



Jahresbericht 2023



**BUNDESPOLIZEI**





# Inhaltsverzeichnis

4 Grußwort der Bundesministerin  
des Innern und für Heimat

6 Vorwort des Präsidenten des  
Bundespolizeipräsidiums

## **8 Aufgaben der Bundespolizei**

10 Die Bundespolizei – Wir sind Sicherheit

14 Dimensionen

16 Die Bundespolizei in Zahlen

18 Organigramm

## **20 Bilanz**

22 Delikte

24 Gewalt gegen Einsatzkräfte

26 Super-Recogniser

26 Fahndung

28 SIS 3.0 – Erweiterung des  
Schengener Informationssystems

30 Zuverlässigkeits- und Sicherheits-  
überprüfungen

31 Einsatz bei CBRN-Gefahrenlagen

32 Kriminaltechnik

34 Schwere und Organisierte Kriminalität

35 Politisch motivierte Kriminalität

35 Internationale Ermittlungen

36 Projektgruppe Smart Borders  
Bundespolizei

37 Bekämpfung von Gewaltdelikten  
im Bahnverkehr

38 Prävention und Opferschutz

40 Bundesbereitschaftspolizei

42 Fußball

44 Auskunftsstelle VISA

44 Passenger Name Records

45 Länderspezifisches Informations-  
und Erkenntnissystem

45 Humanitäre Aufnahmeverfahren

46 Migration

48 Luftsicherheitskontrollen

49 Rückführungen

50 Auslandsverwendungen

## **58 Jahresrückblick 2023**

## **74 Personal und Ausstattung**

76 Personal der Bundespolizei

77 Personalhaushalt

77 Haushalt

78 Verwaltung

78 Polizeivollzugsdienst

80 Nachwuchsgewinnung

82 Aus- und Fortbildung

83 Laufbahnen in der Bundespolizei

84 Amts- und Dienstbezeichnungen  
der Bundespolizei

86 Spitzensportförderung

88 Ärztlicher und  
Sicherheitstechnischer Dienst

91 Bundespolizeiseelsorge

92 Führungs- und Einsatzmittel

## **98 Abkürzungsverzeichnis**



# Grußwort

**Liebe Leserinnen und Leser,**

die Bundespolizei ist und bleibt ein entscheidender Garant für die Sicherheit der Menschen in Deutschland. Das zeigen schon die eindrucksvollen Erfolgszahlen aus dem Jahr 2023. Insgesamt konnten ihre Beamtinnen und Beamten über 21.000 offene Haftbefehle vollstrecken – ein neuer Rekord. In mehr als hundert Fällen gab es dabei Bezüge zur Politisch motivierten Kriminalität, davon fast zwei Drittel mit rechtsextremistischem Hintergrund. Darin liegt ein wichtiger Beitrag zum Schutz unserer Demokratie.

Die Beschäftigten der Bundespolizei sind Tag für Tag zur Stelle, um unsere Grenzen zu schützen, Gefahren abzuwenden und Kriminellen das Handwerk zu legen. Sie sind für uns da, an Flughäfen und Bahnhöfen, zu Lande und auf See, im Flugdienst, in den Spezialeinheiten und besonderen Diensten. Ein Einsatz, der immer wieder

Gefahr für Leib und Leben bedeutet. Dieser verlässliche und engagierte Dienst an unserer Gesellschaft ist unschätzbar wertvoll!

Ich danke ihnen von Herzen dafür!

Und gerade deshalb ist es mir wichtig, dass die Bundespolizei für ihre verantwortungsvollen Aufgaben alle rechtlichen Befugnisse und materiellen Ressourcen zur Hand hat, ihre hervorragende Arbeit fortzusetzen.

Denn die Sicherheit der Menschen muss an erster Stelle stehen – beginnend bei den Sicherheitsbehörden selbst.

Wichtig ist mir auch, dass die Bundespolizei ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Die seit einigen Jahren betriebene Ausbildungs- und Einstellungsoffensive der Bundespolizei trägt Früchte. Neue, hoch motivierte Kolleginnen und Kollegen helfen als Teil der aktuell 55.800 Beschäftigten, unser Land als Teil der Bundespolizei auch künftig sicher zu halten. Dabei fängt alles mit der Ausbildung an. Wir arbeiten konsequent

daran, sie ansprechend und modern zu gestalten. Seit 2023 hat beispielsweise die Bundespolizei See mit dem umgebauten Einsatzschiff BP 26 „Eschwege“ erstmals ein eigenes Schulschiff, um den steigenden Anforderungen an das maritime Fachpersonal zu begegnen.

Die Bundespolizei hat im vergangenen Jahr erneut gezeigt, dass unser Land zu jeder Zeit auf sie bauen kann. Dazu hat jede und jeder der dort Beschäftigten einen Beitrag geleistet. Sie haben meinen Dank und meinen tiefen Respekt!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre des Jahresberichtes der Bundespolizei.

Ihre



Nancy Faeser

Bundesministerin des Innern und für Heimat

# Vorwort

## Liebe Leserin, lieber Leser,

das zurückliegende Jahr 2023 hat der Bundespolizei erneut viel abverlangt. Sie hatte einen ihrer längsten und bedeutendsten Einsätze ihrer 73-jährigen Geschichte. Denn ab dem 16. Oktober hat Bundesinnenministerin Faeser zu den bereits seit 2015 bestehenden Binnengrenzkontrollen zu Österreich ebenfalls notifizierte Grenzkontrollen an den Landgrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz vorübergehend wiedereingeführt. Notwendig wurde dieser Schritt aufgrund der dort stark ansteigenden Migrationsströme in die Bundesrepublik Deutschland.

Nicht nur der sich anschließende deutliche Rückgang der illegalen Migrationszahlen, die fast 12.000 Personenfahndungstreffer

und knapp 2.000 vollstreckten Haftbefehle sowie 440 festgestellte Schleuser bis Jahresende allein in diesen 4 Grenzabschnitten belegen die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen.

Neben der instrumentalisierten Migration über Weißrussland sind nach wie vor besonders die sogenannten Behältnis-schleusungen ein untrügliches Zeichen für die Unmenschlichkeit der Schleuser. Wenn Menschen zusammengepfercht und unter schlimmsten Bedingungen in Fahrzeugen tagelang zum Beispiel durch Osteuropa über alle Grenzen bis nach Deutschland transportiert werden. Erinnerung sei an eine Schleusung in Bayern vom 13. Oktober 2023: Als der Schleuser mit hohem Tempo vor den Bundespolizisten fliehen will, über-

schlägt er sich mit dem Transporter. Sieben Menschen starben, darunter ein sechs Jahre altes Kind. Und 16 Geschleuste wurden teils schwer verletzt.

Für Sie, liebe Leserin, lieber Leser, besteht die Gewissheit: Die Bundespolizei ist und bleibt Ihr verlässlicher Partner für Ihre Sicherheit!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Dr. Dieter Romann  
Präsident des Bundespolizeipräsidiums





## Aufgaben der Bundespolizei



# Die Bundespolizei – Wir sind Sicherheit

Die Bundespolizei ist nicht nur fester Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur, sondern auch ein verlässlicher Pfeiler für die Polizeiarbeit in Europa und darüber hinaus. Neben der Kernaufgabe des Grenzschutzes leistet die Bundespolizei einen Beitrag für die Sicherheit der Menschen auf Bahnanlagen und Flughäfen sowie innerhalb deutscher Küstengewässer. Darüber hinaus gehören der Schutz von Bundesorganen, deutschlandweite Einsätze bei Großveranstaltungen oder die Beteiligung an internationalen Polizeimissionen zu ihrem Arbeitsalltag. Die Bundespolizei bietet spezialisierte Kompetenzen für die Sicherheit in Deutschland. Von der Ermittlungsarbeit bis zur Terrorismusbekämpfung: zu Land, zu Wasser und in der Luft.



## Grenzschutz

Für grenzpolizeiliche Aufgaben und Gefahrenabwehr ist die Bundespolizei entlang der insgesamt 3.831 Kilometer langen Landgrenze in einem 30 Kilometer breiten Gebiet zuständig. Entlang der 888 Kilometer langen deutschen Seegrenze in der Nord- und Ostsee beträgt die Ausdehnung des Grenzgebietes 50 Kilometer. Die Bundespolizei überwacht, fahndet und ermittelt im Einsatz gegen grenzüberschreitende Kriminalität. An vielen Flug- und Seehäfen führt sie grenzpolizeiliche Kontrollen sowie einreiseverhindernde und aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch. Es erfolgen stichprobenartige grenzpolizeiliche Maßnahmen an den Binnengrenzen unterhalb der Schwelle von Grenzkontrollen – soweit Grenzkontrollen nicht vorübergehend wiedereingeführt werden.



## Bahnpolizei

Die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes ist eine weitere Kernaufgabe der Bundespolizei. Darunter fallen insbesondere der Schutz der Reisenden und die Gewährleistung eines möglichst reibungslosen Ablaufes des Bahnbetriebes auf der Grundlage bahnpolizeilicher Kriterien. Auch die Bekämpfung von Kriminalität ist hierunter zu verstehen. Ein weiterer Schwerpunkt unternehmerischer und staatlicher Sicherheitsvorsorge ist der Schutz von Bahnanlagen, die zudem Bestandteil der kritischen Infrastruktur sind. Die Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes umfassen 5.697 Bahnhöfe und -haltepunkte in einem Schienennetz von 33.464 Streckenkilometern.





## Luftsicherheit

Die Bundespolizei nimmt an insgesamt 13 Flughäfen in Deutschland Aufgaben zum Schutz der Luftsicherheit wahr. In ihrem Auftrag kontrolliert speziell geschultes Luftsicherheitskontrollpersonal mittels modernster Sicherheitsausrüstung Fluggäste sowie mitgeführtes Gepäck auf gefährliche und verbotene Gegenstände. Den Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs stellt die Bundespolizei zudem durch das Bestreifen des Flughafengeländes sowie durch den bewaffneten Schutz der Luftsicherheitskontrollstellen sicher.



## Schutz von Bundesorganen

Die Bundespolizei schützt auf Ersuchen von sowie im Einvernehmen mit den Ländern besonders gefährdete Verfassungsorgane und Ministerien des Bundes. Hierzu zählen unter anderem das Bundespräsidialamt, das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern und für Heimat, das Bundesverfassungsgericht und die Zentrale der Deutschen Bundesbank. Sie sichert Veranstaltungen sowie in- und ausländische Besuche und gewährleistet durch die Verhinderung und Abwehr von Angriffen die Funktionsfähigkeit dieser Organe.



## Aufgaben auf See

Die Bundespolizei ist Teil des Maritimen Sicherheitszentrums in Cuxhaven und damit des Kooperationsnetzwerkes der auf See operierenden Kräfte des Bundes und der Küstenländer. Sie setzt Einsatzschiffe sowie Kontroll- und Streifenboote in Nord- und Ostsee sowie im Rahmen des Frontex-Engagements im östlichen Mittelmeer ein. Die Bundespolizei schützt die seeseitige EU-Außengrenze, kontrolliert den Seeverkehr, überwacht kritische Infrastruktur, bekämpft maritime Kriminalität und ermittelt bei Umweldelikten. Weltweit leisten speziell geschulte Bundespolizeikräfte Präventionsarbeit für deutsche Reedereien gegen Piraterie und Entführungen.



## Kriminalitätsbekämpfung

Die Kriminalitätsbekämpfung der Bundespolizei zeichnet sich durch spezialisierte Ermittlungskompetenzen aus. Verfolgt werden prioritär Delikte der Schleusungs-, Gewalt- und Eigentums kriminalität. Auch die polizeiliche Kriminalprävention sowie Gefahrenabwehr in Bezug auf Politisch motivierte Kriminalität gehören zur Kriminalitätsbekämpfung. Die polizeifachliche Datenverarbeitung bildet dabei die Grundlage einer erfolgreichen Aufgabenbewältigung.



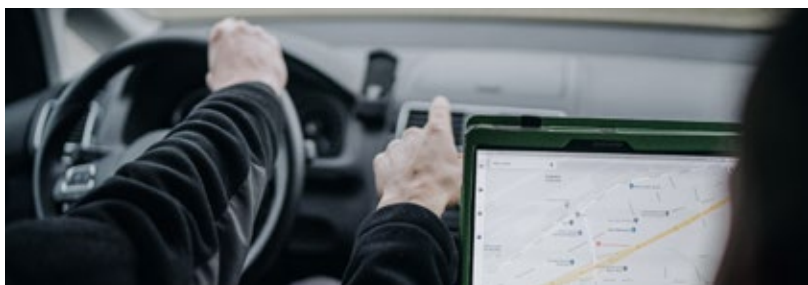
## Internationales Engagement

Das internationale Engagement der Bundespolizei unterstützt mittelbar auch die Aufgabenerfüllung im Inland. Zum Schutz der EU-Außengrenzen werden speziell geschulte Kräfte wie Dokumenten- und Visumberater, Verbindungsbeamte, Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland und Frontex Team Member eingesetzt. Darüber hinaus erfolgt eine Beteiligung an Friedensmissionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Inklusive der Spezialkräfte für Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland setzt die Bundespolizei jährlich mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland ein. Die polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe dient der Umsetzung sicherheitspolitischer Kooperationen in Drittstaaten.



## Mobile Fahndungseinheiten

Die Mobilen Fahndungseinheiten (MFE) bilden mit ihren verdeckt agierenden Kräften eine unverzichtbare Fähigkeit im System der Kriminalitätsbekämpfung ab. Ihre Kernaufgaben liegen in der Observation, der verdeckten Aufklärung und Fahndung gegen Schwere und Organisierte Kriminalität. Die MFE unterstützen zudem auf Anforderung die Polizeien der Länder, das Bundeskriminalamt und den Zoll. Dank ihrer spezialisierten Ausstattung sowie des hohen Fortbildungsniveaus stehen diese Einheiten darüber hinaus für die Bewältigung von Bedrohungs- und Anschlagsszenarien bereit, insbesondere für Fahndungen, aber auch als Zugriffs- und Interventionskräfte. Sie stützen die Reaktions- und Durchhaltefähigkeit anderer Spezialkräfte sowie der Spezialeinheit GSG 9 der Bundespolizei.



## 9 GSG 9 der Bundespolizei

Die GSG 9 der Bundespolizei ist die polizeiliche Spezialeinheit des Bundes im Kampf gegen schwere Gewaltkriminalität und den internationalen Terrorismus. Sie wird im In- und Ausland eingesetzt. Zu den speziellen Fähigkeiten ihrer Einsatzeinheiten gehören unter anderem Fallschirmspringen, Tauchen und die schnelle Verlegfähigkeit in urbanem Gelände. Mit ihren internationalen Partnern steht sie im ständigen Austausch im Hinblick auf technische Neuerungen und taktische Konzepte und leistet auch so ihren Beitrag zur weltweiten Sicherheit. Gegründet wurde die GSG 9 der Bundespolizei 1972 nach den terroristischen Anschlägen auf die Olympischen Spiele in München.



## Bundespolizei-Flugdienst

Der Flugdienst unterstützt die Dienststellen der Bundespolizei sowie sonstige nationale und internationale Bedarfsträger mit Sicherheitsaufgaben. Mit 94 Hubschraubern ist er nach der Lufthansa der zweitgrößte Betreiber ziviler Luftfahrzeuge in Deutschland und einer der größten polizeilichen Flugdienste weltweit.



## Einsatz- und Ermittlungsunterstützung

Die Spezialkräfte der Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei bündeln operativ-technische sowie digitalforensische Kompetenzen der Organisation. Sie wirken bei Einsätzen und Ermittlungen unter besonderen technischen Herausforderungen mit. Unter anderem überwachen sie mit spezieller Technik verdeckt Objekte, Personen oder Fahrzeuge und werten Speichermedien aus. Dadurch gewonnene Informationen können wertvolle Ermittlungsergebnisse liefern und bilden die Grundlage für weitere operative Maßnahmen. Im digitalen Zeitalter ist die schnelle Anpassung und stetige Weiterentwicklung der Fähigkeiten dabei oberste Prämisse.



## Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland

Die drei Säulen der Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei sind der Personenschutz für Botschaftsangehörige in Gebieten mit erhöhter Gefährdungslage, der Schutz deutscher Liegenschaften in über 80 Auslandsvertretungen weltweit sowie die Sicherheitsberatung.



## Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr

Um der hohen Gefährdung des Luftverkehrs zu begegnen, werden an Bord deutscher Luftfahrzeuge speziell ausgebildete Kräfte der Dienststelle Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr der Bundespolizei eingesetzt. Sie sollen die Sicherheit aufrechterhalten oder wiederherstellen sowie den Missbrauch eines Flugzeugs als Waffe verhindern.

## Dimensionen

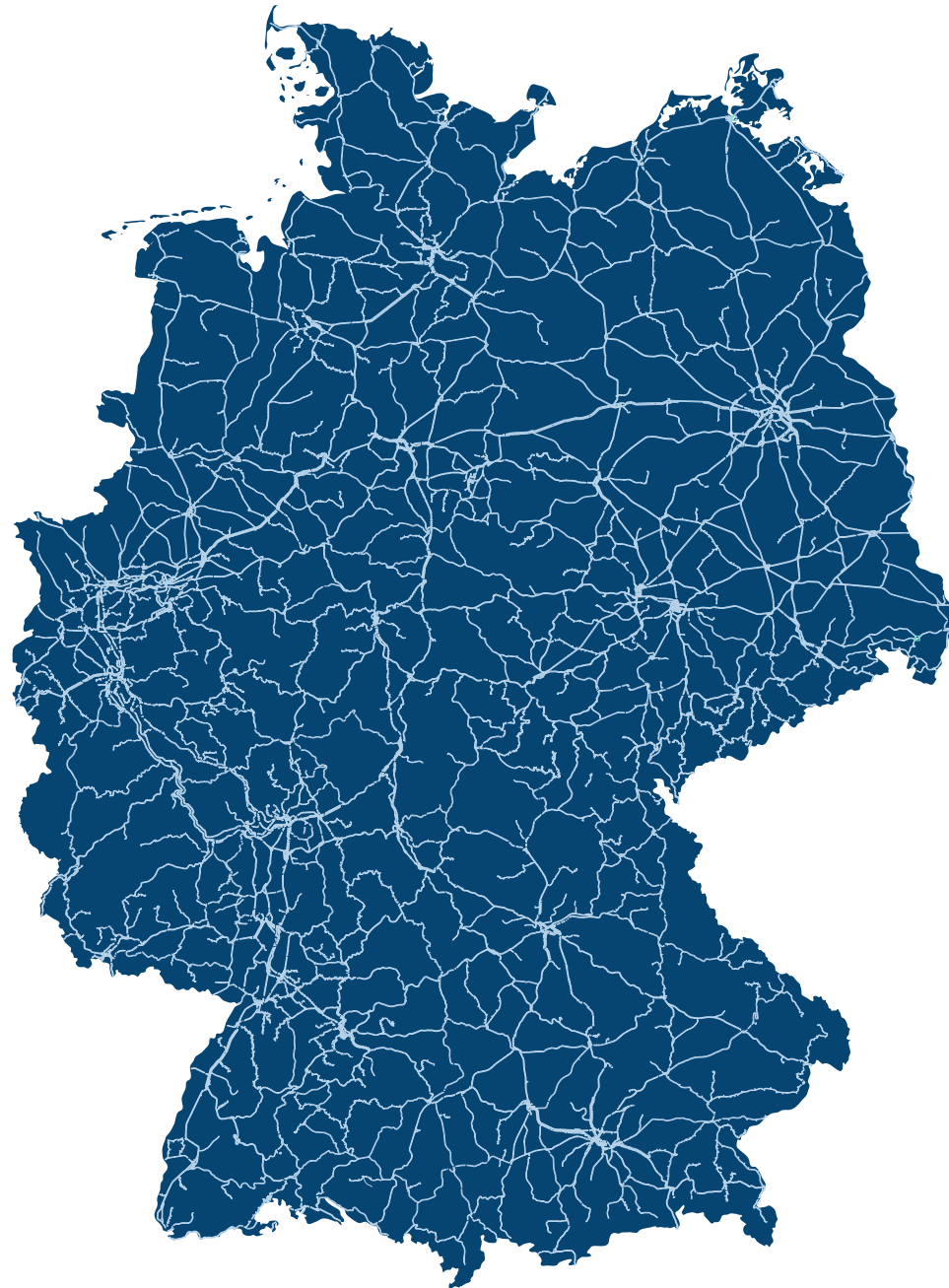
5.697

Bahnhöfe und  
-haltepunkte

2,51 Mrd.  
Bahnreisende<sup>1</sup>

33.464 km

Streckennetz der  
Eisenbahninfrastruktur-  
unternehmen des  
Bundes



<sup>1</sup> Quelle: Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Stand 2022.  
Angaben für 2023 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.



**888 km**  
Seegrenze

**3.831 km**  
Landgrenze

**13**  
Verkehrs-  
flughäfen

**186.116.392**  
Fluggäste an den  
Verkehrsflughäfen

# Die Bundespolizei in Zahlen



1

Bundespolizei-  
präsidium



11

Bundespolizei-  
direktionen



10

Bundespolizei-  
abteilungen



81

Bundespolizei-  
inspektionen,  
davon



9

Bundespolizei-  
inspektionen  
Kriminalitäts-  
bekämpfung



143

Bundespolizei-  
reviere



1

Bundespolizei-  
akademie



7

Bundespolizeiaus-  
und -fortbildungs-  
zentren



2

Bundespolizei-  
sportschulen



1

Bundespolizei-  
trainingszentrum  
Kührointha



2

Diensthunde-  
schulen



1

GSG 9 der  
Bundespolizei



1

Bundespolizei-  
Flugdienst



1

Polizeiliche  
Schutzaufgaben  
Ausland der  
Bundespolizei



1

Besondere  
Schutzaufgaben  
Luftverkehr der  
Bundespolizei



1

Einsatz- und  
Ermittlungs-  
unterstützung  
der Bundespolizei



1

Entschärfungs-  
dienst der  
Bundespolizei



1

Direktionsbereich  
Bundespolizei See



45

Polizeiärztliche  
Dienste



8

Regionale Bereichs-  
werkstätten



3

Bundespolizei-  
orchester



1

Reiterstaffel

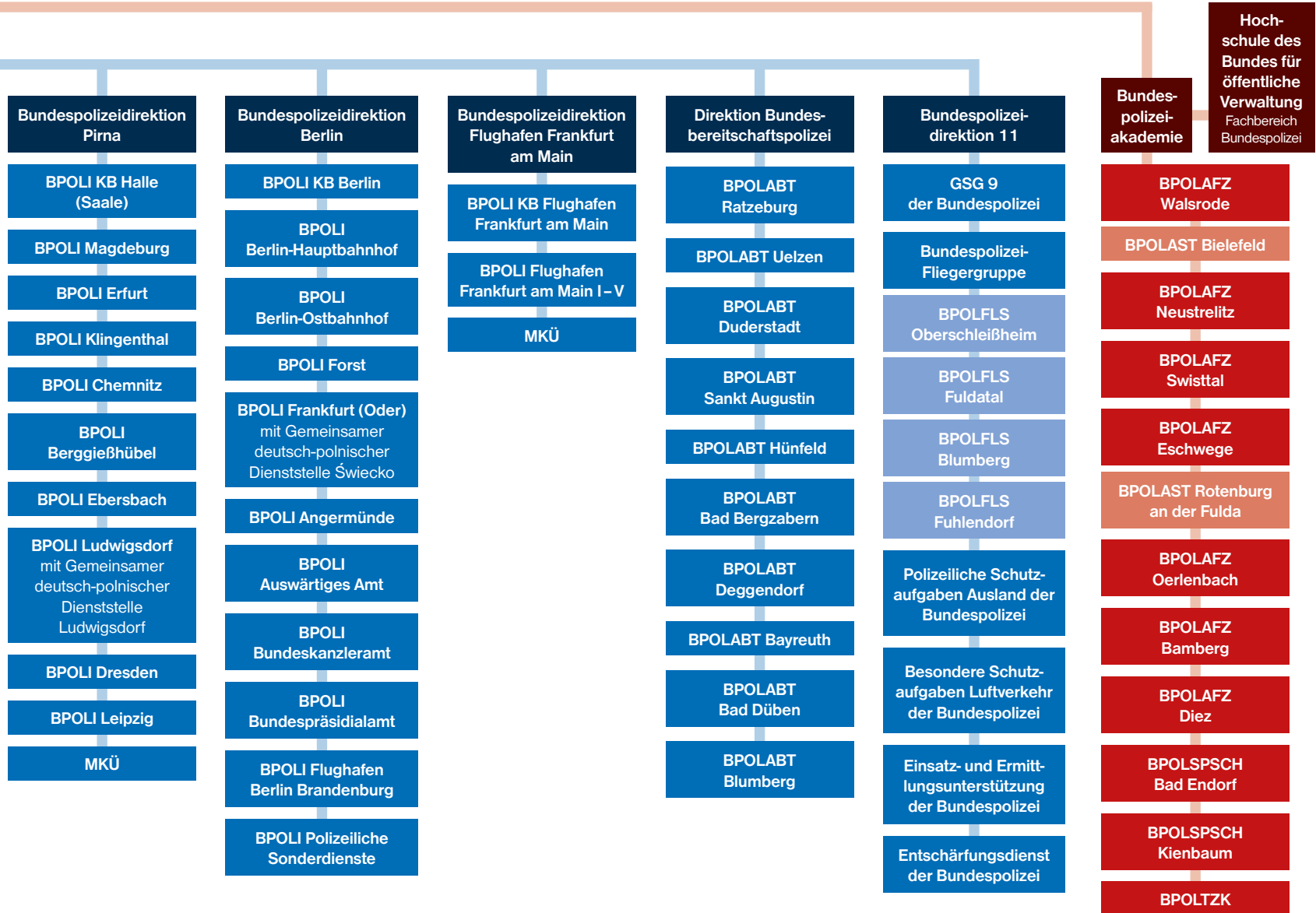
# Bundespolizeipräsidium



BPOLD – Bundespolizeidirektion  
 BPOLI – Bundespolizeiinspektion  
 KB – Kriminalitätsbekämpfung  
 MKÜ – Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit

BPOLABT – Bundespolizeiabteilung  
 BPOLFLS – Bundespolizei-Fliegerstaffel  
 BPOLAFZ – Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum  
 BPOLAST – Bundespolizeiausbildungsstätte

BPOLSPSCH – Bundespolizeisportschule  
 BPOLTZK – Bundespolizeitrainingszentrum Kührointhaus



Die Standortkarte der Bundespolizei finden Sie unter [www.bundespolizei.de/standorte](http://www.bundespolizei.de/standorte).



## Bilanz



# Delikte

## 790.245

**Straftaten**  
im Zuständigkeitsbereich  
der Bundespolizei

12,5% mehr als  
2022 (702.166)

### Erschleichen von Leistungen

+ 7,3%

131.296

2022

140.868

2023

### nach Waffengesetz

+ 8,8%

4.472

2022

4.866

2023

### nach Aufenthaltsgesetz

+ 38,3%

281.506

2022

389.331

2023

### Gewaltdelikte

+ 10,6%

28.839

2022

31.887

2023

davon Körper-  
verletzungsdelikte

+ 9,2%

17.207

2022

18.786

2023

davon Widerstand gegen  
Vollstreckungsbeamte

+ 15,6%

2.807

2022

3.245

2023

davon tätlicher Angriff auf  
Vollstreckungsbeamte

+ 18,7%

1.456

2022

1.728

2023

### Sexualdelikte<sup>1</sup>

+ 14,9%

2.174

2022

2.498

2023

### Eigentumsdelikte

+ 19,0%

56.652

2022

67.393

2023

davon Taschen- und  
Handgepäckdiebstahl

+ 16,4%

23.915

2022

27.849

2023

davon aus Fahraus-  
weisautomaten

+ 18,3%

257

2022

304

2023

### Sachbeschädigungen

- 2,6%

33.680

2022

32.820

2023

davon Graffiti

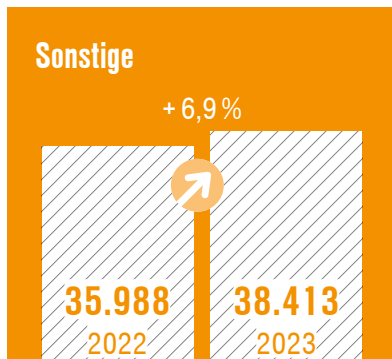
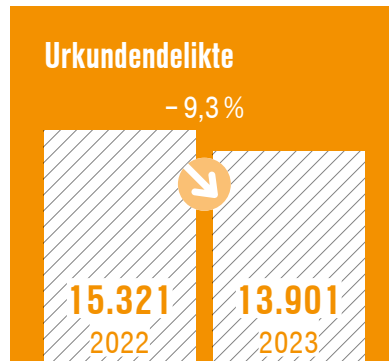
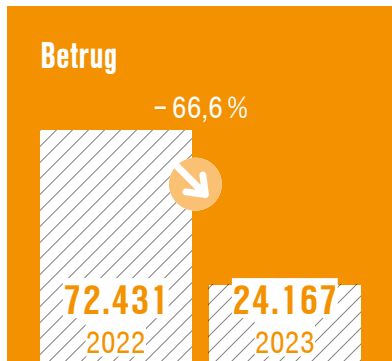
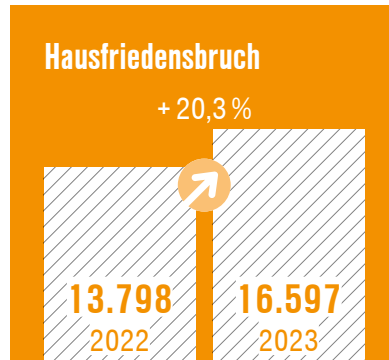
+ 1,2%

19.146

2022

19.369

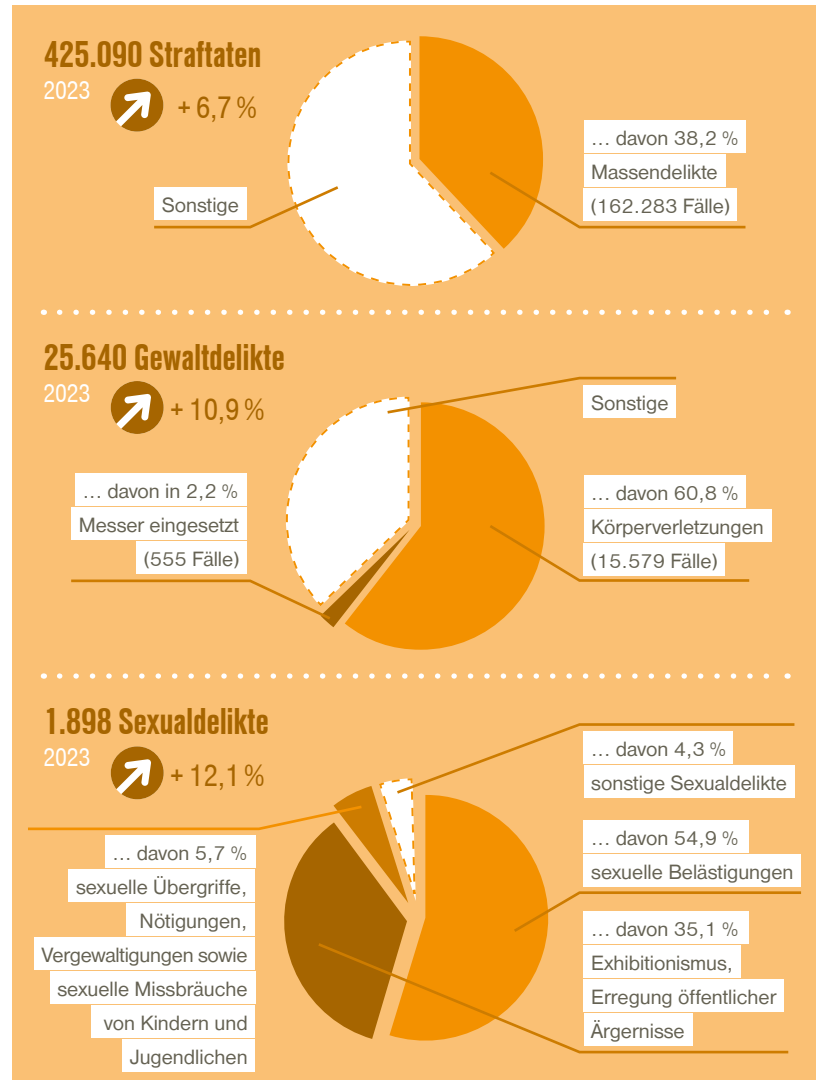
2023



Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik der Bundespolizei (PES). Diese erhebt statistische Daten im Aufgabenspektrum der Bundespolizei auf Grundlage des Feststellungsprinzips. Ein Vergleich der Daten der PES mit den Daten der polizeilichen Kriminalstatistik ist aufgrund der verschiedenen Erfassungskriterien nicht möglich.

<sup>1</sup> Nach dem 13. Abschnitt des StGB (Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, §§ 173-184l).

## Delikte auf Bahnanlagen und in Zügen



# Gewalt gegen Einsatzkräfte

Mit insgesamt 2.979 angegriffenen Bundespolizeibeamtinnen und -beamten im Jahr 2023 wurde die größte Zahl von Angriffen seit Einführung der statistischen Erhebung im Jahr 2001 registriert. Neben der Großeinsatzlage in Lützerath im Januar 2023 mit insgesamt 145 angegriffenen Einsatzkräften führten insbesondere vermehrt Einzelfälle zu dieser besorgniserregenden Steigerung.

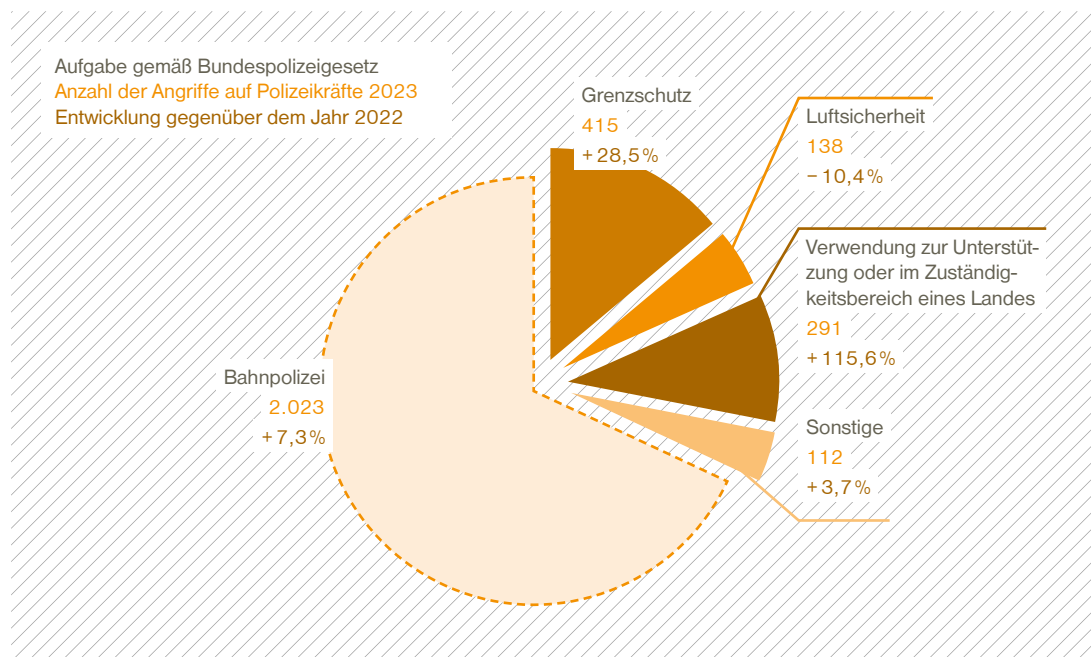
Die Angriffe erfolgten fast immer mittels körperlicher Gewalt. Fußtritte, Faustschläge, Anspucken, Bisse sowie Kopf- und Körperstöße gingen jedoch in jedem siebten Angriff auch mit dem Einsatz von Gegenständen einher. Flaschen, Steine und Dinge des täglichen Gebrauchs wurden am häufigsten eingesetzt. Besonders gefährlich und dennoch keine Seltenheit: Es erfolgten erneut Angriffe mit Fahrzeugen, beispielsweise indem ein Polizeifahrzeug von der Straße abgedrängt oder auf einen Bundespolizisten oder eine Bundespolizistin zugefahren wurde. Weiterhin wurden in 22 Fällen Bundespolizeiangehörige mit Schusswaffen bedroht, wozu auch Attrappen und Schreckschusswaffen zählen. In einem Fall wurde sogar mit einer Langwaffe auf Beamtinnen und Beamte gezielt.

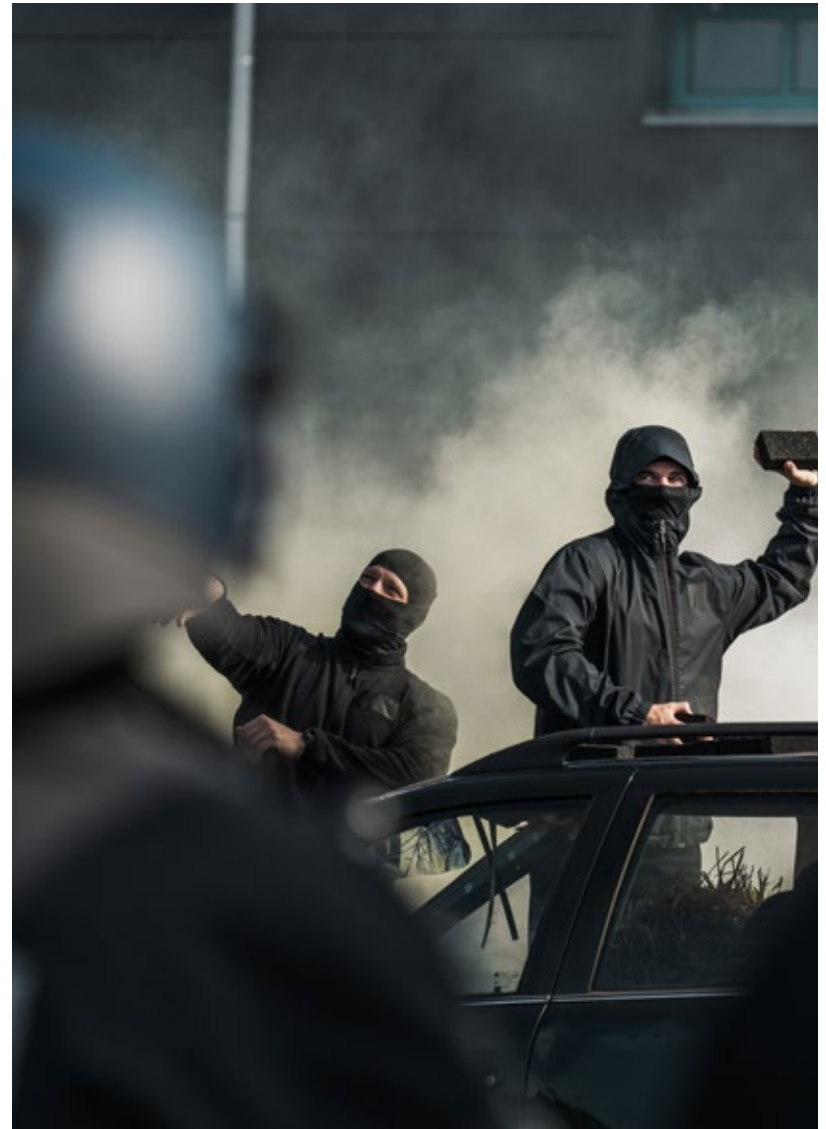
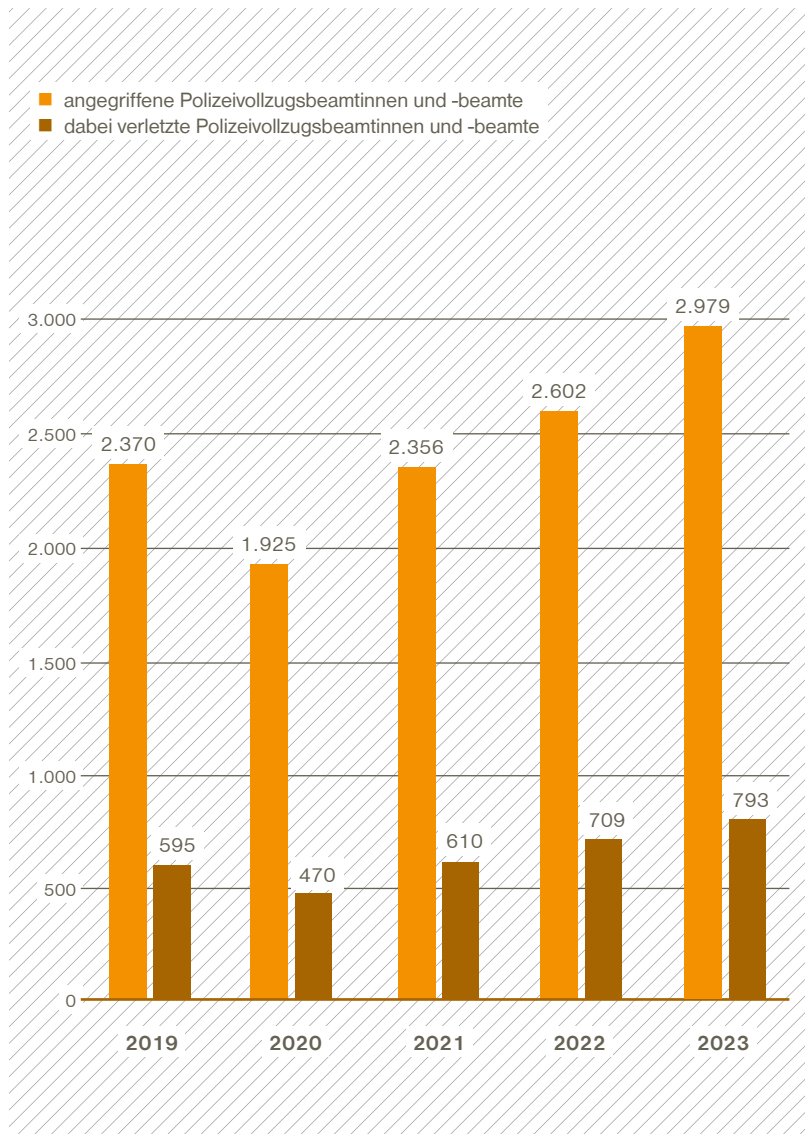
Die häufigsten Angriffe gab es während der alltäglichen Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei, überwiegend bei Streifengängen, kriminalpolizeilichen Ermittlungen oder der Begleitung von Rückführungen. Auch bei Veranstaltungen und Fußballereinsätzen kam es

zu Attacken. Insgesamt wurden 291 Bundespolizistinnen und -polizisten beim Einsatz zur Unterstützung der Polizeien verschiedener Bundesländer angegriffen.

Die betroffenen Bundespolizeiangehörigen waren zu 15 Prozent weiblich und zu 85 Prozent männlich. 4 Prozent waren Auszubildende. Jeder Vierte war mit einer sogenannten Bodycam zur Videoaufzeichnung ausgestattet. 27 Prozent der Angegriffenen wurden verletzt (793), ebenfalls der Höchstwert seit Datenerhebung. Dies führte bei 11 Prozent der Verletzten zu einer Dienstunfähigkeit (88).

Die Täterinnen oder Täter waren im Durchschnitt 33 Jahre alt und zu 78 Prozent männlich. Annähernd die Hälfte stand unter dem Teil erheblichem Alkohol- und/oder Drogeneinfluss (49 Prozent). 60 Prozent waren bereits polizeilich in Erscheinung getreten. Bei annähernd einem Viertel von ihnen (24 Prozent) handelte es sich um Mehrfach- oder Intensivtäterinnen oder -täter. Bei etwa der Hälfte (49 Prozent) der ermittelten Angreiferinnen oder Angreifer handelte es sich um deutsche Staatsangehörige.





## Super-Recogniser

Die Bundespolizei hat in den eigenen Reihen bereits 115 Super-Recogniser zertifiziert. Hierbei handelt es sich um Beschäftigte, die überdurchschnittlich gut in der Lage sind, sich Gesichter einzuprägen und diese auch nach langer Zeit und unter schwierigen Bedingungen wiederzuerkennen. Statistisch betrachtet verfügt im Bundesschnitt nur eine von fünfzig Personen über diese Fähigkeit. Die Super-Recogniser der Bundespolizei werden bundesweit im alltäglichen Dienst und bei besonderen Lagen gewinnbringend eingesetzt und erweitern die bundespolizeiliche Fahndungskompetenz. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der University of Greenwich zur Identifizierung dieser begabten Menschen wird fortgesetzt. 2023 startete das zweite Testverfahren zur Selbsterprobung für alle Beschäftigten der Bundespolizei.

## Fahndung

Die polizeiliche Fahndung ist für die Bundespolizei ein wesentlicher Baustein bei der Kriminalitätsbekämpfung. Darüber hinaus hat die Fahndung große Bedeutung für die Gefahrenabwehr, insbesondere im grenzpolizeilichen Aufgabenbereich der Bundespolizei. Mit regionalen, überregionalen und internationalen Fahndungsmaßnahmen werden Straftäter und Personen, die eine Gefahr darstellen, polizeilich erkannt, um sie der Justiz zuzuführen oder Gefahren für andere abzuwehren.

Die Bundespolizei konnte 2023 wie schon in den Jahren zuvor einen Anstieg bei den Fahndungstreffern erzielen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein weiteres Plus von 14,7 Prozent verzeichnet.

Statistisch stellte die Bundespolizei so täglich etwa 740 Personen- und Sachfahndungstreffer fest.

Insgesamt konnte die Bundespolizei 21.766 offene Haftbefehle vollstrecken. Dies ist erneut der höchste jemals erzielte Wert und umfasst 9,2 Prozent aller im Jahr 2023 erfolgten Personenfahndungstreffer. Bei 109 der vollstreckten Haftbefehle bestanden Bezüge zur Politisch motivierten Kriminalität, fast zwei Drittel betraf Beschuldigte, die dem rechten Spektrum zuzuordnen waren.

+ 12,6 %

27.431

2022



30.885

2023

festgestellte Fahndungsausschreibungen zur Kontrolle von Straftätern und gefährlichen Personen, davon **9.266** mit Bezügen zur Politisch motivierten Kriminalität

+ 14,7 %

19.023

2022



21.766

2023

vollstreckte Haftbefehle, durchschnittlich 59,6 pro Tag



**235.529**

Personenfahndungserfolge (2022: 200.725)

+ 17,3 %



**34.535**

Sachfahndungserfolge (2022: 34.786)

- 0,7 %



davon

**9.266**

Personenfahndungserfolge mit Bezügen zur Politisch motivierten Kriminalität

+ 12,9 %

16.156

2022



18.238

2023

Fahndungstreffer anlässlich einer Festnahme nach Aufenthaltsrecht, Einreiseverweigerung und Zurückweisung

+ 10,7 %

1.124

2022



1.244

2023

Kraftfahrzeuge

+ 19,6 %

132.625

2022



158.569

2023

Aufenthaltsermittlungen und sonstige Personenfahndungstreffer, zum Beispiel aufgrund von Ausreiseuntersagungen, Entnahme einer DNA-Probe oder Ausschreibungen zur Vermögensabschöpfung

+ 10,6 %

5.490

2022



6.071

2023

Gewahrsamnahmen

- 0,8 %

29.838

2022



29.613

2023

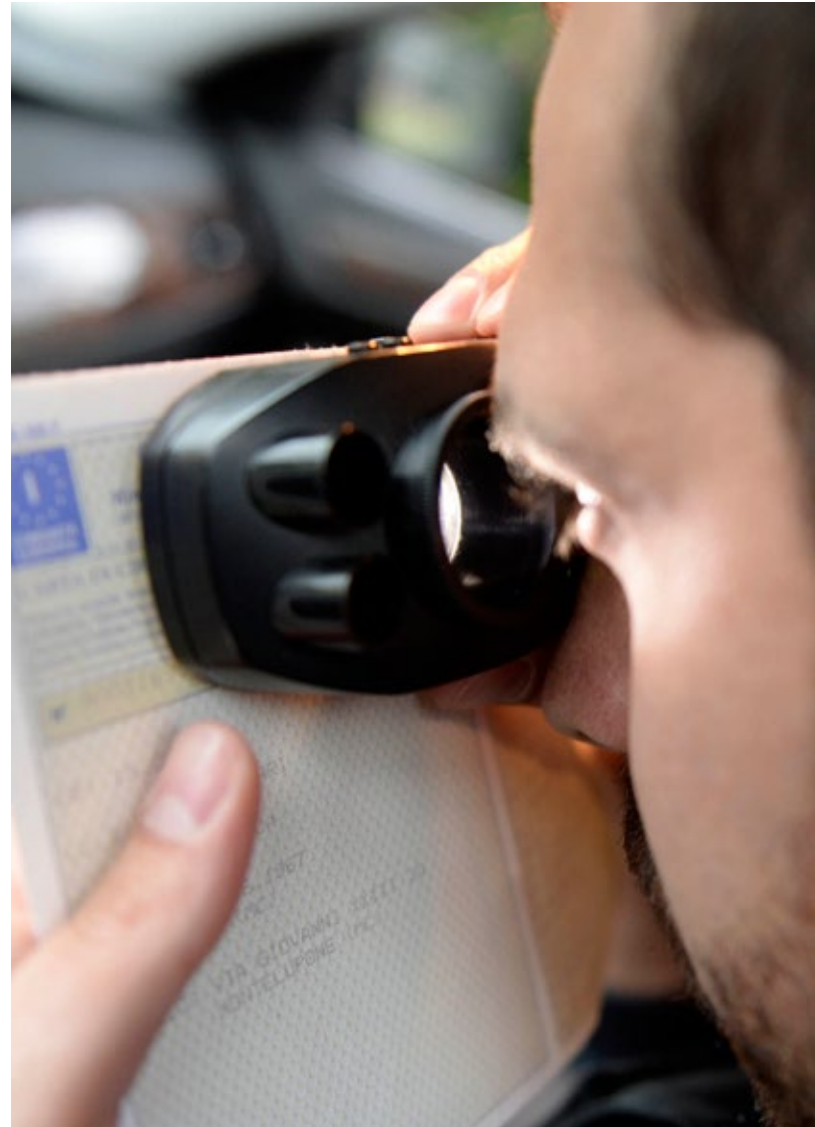
falsche oder verloren gegangene Dokumente zum Beispiel Passpapiere, Visaetiketten

# SIS 3.0 – Erweiterung des Schengener Informationssystems

Das Schengener Informationssystem (SIS) ist ein gemeinsames Fahndungs- und Informationssystem zu Personen- und Sachfahndungsdaten innerhalb der Vertragsstaaten des Schengen-Raums. Es wird auch von Europol und Frontex genutzt. Im März 2023 zuletzt umfassend erweitert, ist das SIS ein unverzichtbarer Bestandteil im europäischen Sicherheitsgefüge. Ende 2023 waren mehr als 90 Millionen Ausschreibungen im SIS gespeichert, davon etwa 73 Millionen im Zusammenhang mit ausgestellten Dokumenten.

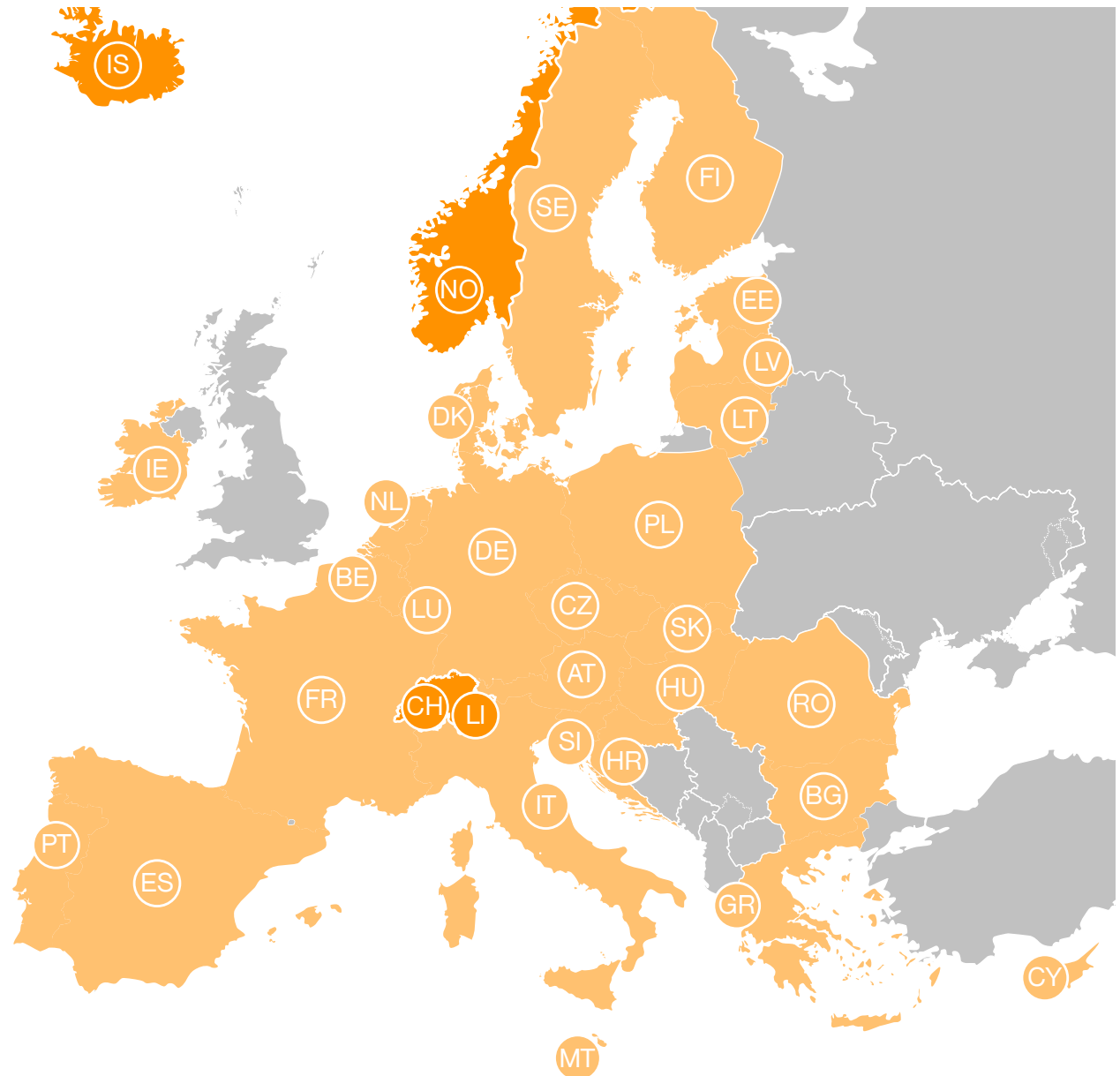
Betrieb und Nutzung des erweiterten SIS wurden mit Stichtag 7. März 2023 durch drei EU-Verordnungen für die Bereiche Grenzkontrollen, Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger sowie polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit umgesetzt. Direkten Zugang zum SIS haben die Polizeien von Bund und Ländern, die Staatsanwaltschaften sowie über 2.000 weitere Behörden, darunter mehr als 600 Ausländerbehörden sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Sie erhalten damit Leserechte sowie die Möglichkeit, migrationsbedingte Ausschreibungen in das SIS einzufügen und sich über aufenthaltsrelevante Informationen mit den Behörden anderer Staaten auszutauschen. Die technisch und rechtlich neuen Anforderungen werden auch bei der Bundespolizei als Hauptnutzerin des Systems umgesetzt und erweitern die Fahndungs- und Ausschreibungsmöglichkeiten. Die hinzugekommenen Ausschreibungskategorien wie technische Güter, totalgefälschte Dokumente und Banknoten oder die Suche nach ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen, schutzbedürftigen oder unbekanntenen Personen – gegebenenfalls mittels Tatortspuren – leisten einen wertvollen Beitrag für die Sicherheit in Europa. Zudem wurden neue Fahndungsmöglichkeiten bei automatisierten Grenzkontrollsystemen mittels biometrischer Komponenten geschaffen.

Die zentrale nationale Federführung des neuen SIS wurde dem Bundeskriminalamt übertragen. Die entsprechenden Anpassungserfordernisse in der Bundespolizei wurden durch eine eigens eingerichtete Projektgruppe „SIS 3.0 – BPOL“ begleitet. In den Jahren 2022 und 2023 wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei mit zahlreichen Schulungen auf die SIS-Erweiterung vorbereitet.



**4**  
teilnehmende  
assoziierte Staaten

**27**  
teilnehmende  
EU-Mitgliedstaaten



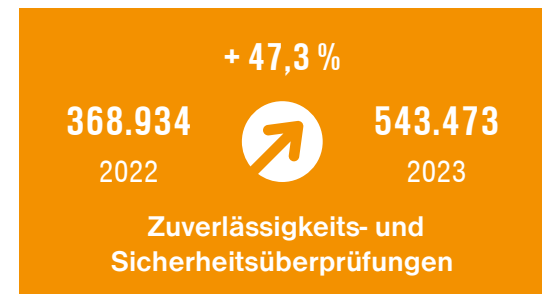
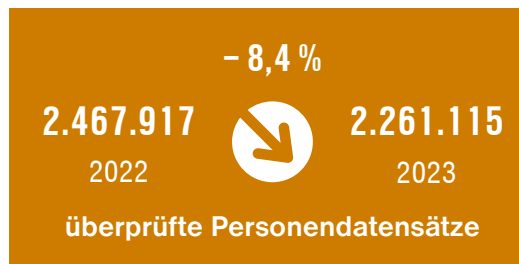
# Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen

Bundes- und Landesgesetze sehen Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen (ZSÜ) unter anderem für Personen vor, die beispielsweise in sicherheitsempfindlichen Bereichen wie Behörden oder Flughäfen tätig werden wollen beziehungsweise Aufenthalt, Einbürgerung oder eine Berechtigung zum Erwerb und Führen von Waffen oder Sprengstoff beantragen.

Bei der Bundespolizei vorhandene sicherheitsrelevante Informationen fließen in den Prüfprozess anderer Bedarfsträger mit ein. Im Jahr 2023 überprüfte die Bundespolizei selbst insgesamt 2.261.115 Personendatensätze.

Das Konsultationsverfahren im Asylkontext (AsylKon) gemäß § 73 Abs. 1a Aufenthaltsgesetz ermöglicht es, die Datensätze von Asylsuchenden sowie unerlaubt eingereisten Personen nach der (Erst-)Registrierung einer sofortigen automatisierten Überprüfung im Ausländerzentralregister zuzuführen. Die Aufenthaltsrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen (AZP) gemäß § 73 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz erfolgen für die Ausländerbehörden zur Feststellung von Versagungsgründen oder aufgrund möglicher Sicherheitsbedenken vor der Erteilung oder Verlängerung diverser Aufenthaltstitel, einer Duldung oder einer Aufenthaltsgestattung.

Weiterhin führt die Bundespolizei ZSÜ gemäß dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz sowie nach weiteren gesetzlichen Vorgaben durch.



# Einsatz bei CBRN-Gefahrenlagen

Die Bundespolizei verfügt zur Bewältigung von polizeilichen Gefahrenlagen im Zusammenhang mit chemischen, biologischen, radioaktiven und nuklearen (CBRN) Gefahrstoffen über mobile, autarke und schnell verfügbare Einsatzmittel und hochspezialisiertes Fachpersonal. Beides kann flexibel in der Bundespolizei sowie zur Unterstützung von in- und ausländischen Bedarfsträgern eingesetzt werden.

Insbesondere das Spüren und Messen von möglichen CBRN-Gefahrstoffen zur Erkundung der Gefahrenbereiche sowie die Dekontamination und die medizinische Erstversorgung der Einsatzkräfte zählen zu den Kernaufgaben.

## **UnterstützungsverBund CBRN (UVB-CBRN)**

Die Bundesministerien des Innern und für Heimat, der Verteidigung, für Gesundheit sowie für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit richteten bereits 2021 den sogenannten UnterstützungsverBund CBRN (UVB-CBRN) ein. Darin werden die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes, des Bundesamtes für Strahlenschutz, des Robert Koch-Instituts, des ABC-Abwehrkommandos der Bundeswehr sowie des Wehrwissenschaftlichen Instituts für Schutztechnologien – ABC-Schutz (WIS) der Bundeswehr mit denen der Bundespolizei gebündelt. Zweck ist die Bewältigung von Bedrohungslagen oder Anschlägen mit chemischen, biologischen, radioaktiven oder nuklearen Stoffen. Dies umfasst Fähigkeiten zur Detektion und Analyse, Intervention, Informationsgewinnung und Delaborierung sowie zur Dekontamination und Tatortarbeit.

Der Bundespolizei obliegt die Koordination der Tagesaufgaben für den UVB-CBRN sowie die Führung des Verbundes im Einsatz. Der Verbund steht Bundes-, Landes- und im Einzelfall auch ausländischen Behörden auf deren Anforderung zur Verfügung.

## **Projekt rescEU-CBRN-DECON Germany**

Die Europäische Union stärkt ihre Kompetenzen zur Bekämpfung von CBRN-Gefahrenlagen mit dem Projekt rescEU-CBRN-DECON, um insbesondere die fachlichen Kapazitäten für die Mitgliedstaaten zu verbessern. Gemeinsam mit dem Technischen Hilfswerk (THW) und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) werden seit 2022 unterschiedliche Einsatzeinheiten beim THW und der Bundespolizei ertüchtigt, um die Dekontamination von Personen, Infrastruktur und Ausrüstung zu gewährleisten. Diese Kompetenzen dienen der Einsatzunterstützung, sofern die auf nationaler Ebene verfügbaren Kapazitäten nicht ausreichen.

Die Bundespolizei bringt ihre Einsatzerfahrungen, insbesondere die Expertise in der Dekontamination, in das Projekt mit ein. Der Fokus liegt dabei auf Logistik und Wartung sowie auf der Ausbildung aller Einsatzkräfte. Weitere rescEU-Projekte sind in Spanien und Kroatien angesiedelt. Bis zum Projektende 2026 soll die EU damit zusätzliche und spezialisierte technische sowie personelle Kapazitäten erhalten, die zur Bekämpfung von CBRN-Gefahren ausgestattet und vorbereitet sind.

Für die Realisierung stehen den Projektpartnern 37,5 Millionen Euro Gesamtbudget zur Verfügung, das zu 100 Prozent von der EU bereitgestellt wird.

# Kriminaltechnik

Die Kriminaltechnischen Dienste der Bundespolizei sind maßgeblich an der Ermittlung von Straftätern sowie der Rekonstruktion des Geschehens an Tatorten beteiligt. Durch modernste kriminaltechnische Methoden zur Spurensicherung vor Ort und weitergehende Untersuchungen in den Spurensicherungslaboren leisten sie einen erheblichen Beitrag zur Beweisführung. Sie werden bundesweit eingesetzt und unterstützen bei Bedarf die Arbeit des Bundeskriminalamtes oder der Polizeibehörden einzelner Bundesländer.



+ 26,7 %

292  
2022



370  
2023

**internationale DNA-Treffer im Rahmen des Prümer Vertrags**

Der Prümer Vertrag regelt gegenseitige und automatisierte Abgleiche von DNA-Datensätzen, Fingerabdrücken und Kfz-Kennzeichen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

**66.244**

durchgeführte Dokumentenprüfungen mittels BPOL-App

+ 37,1 %

537  
2022



736  
2023

**erfasste Personen-DNA**

- 34,8 %

233  
2022



152  
2023

**Spur-Person-Treffer-DNA**

- 10,1 %

966  
2022



868  
2023

**erfasste Spur-DNA**

- 51,2 %

172  
2022



84  
2023

**Spur-Spur-Treffer-DNA**

+ 75,9 %  
3.476 2022  6.113 2023

durchgeführte  
Lichtbildvergleiche

+ 14,3 %  
2.386 2022  2.726 2023

durch Lichtbildvergleiche  
identifizierte Personen

2.103  
erstellte Lichtbildprodukte


Dazu zählen Fotomappen mit mutmaßlichen  
Tätern, sog. Phantombilder oder  
Bildbearbeitungsleistungen.

+ 11,2 %  
37,1 % 2022  48,3 % 2023

Trefferquote  
Gesichtserkennungssystem  
(retrograd)

+ 44,3 %  
7.697 2022  11.103 2023

durchgeführte Recherchen  
Gesichtserkennungssystem  
(retrograd)

+ 86,4 %  
2.853 2022  5.317 2023


durch Gesichtserkennungs-  
system (retrograd) identifizierte  
Personen

+ 10,6 %  
189.379 2022  209.425 2023

Fast-ID-  
Prüfungen

+ 1,0 %  
30,0 % 2022  31,0 % 2023

Fast-ID-  
Identifizierungsquote

+ 6,3 %  
150.143 2022  159.540 2023

erkennungsdienstliche  
Behandlungen

# Schwere und Organisierte Kriminalität

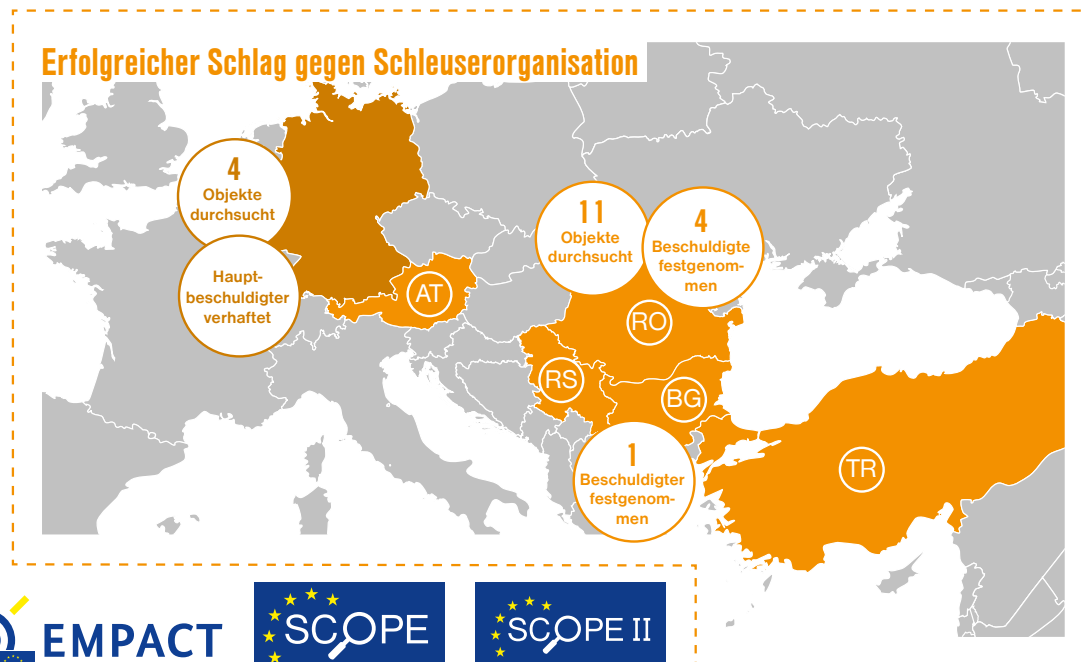
Im Jahr 2023 wurden von der Bundespolizei zahlreiche Ermittlungsverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität und in deren Vorfeld geführt. Im besonderen Fokus lag dabei die Bekämpfung der **Schleusungskriminalität**. Die neun Bundespolizeiinspektionen Kriminalitätsbekämpfung sowie der Zentrale Ermittlungsdienst des Bundespolizeipräsidiums bildeten das Grundgerüst der Ermittlungen. Die enge Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnerbehörden sowie Europol ist dabei unverzichtbar. Im Verlauf des Jahres 2023 war die Bundespolizei in insgesamt 15 temporären oder dauerhaften Gemeinsamen Ermittlungsgruppen (GEG) aktiv. Hierbei erfolgte die gemeinsame Ermittlungsarbeit mit den Landeskriminalämtern oder der Bundeszollverwaltung in deliktübergreifenden Verfahren.

Darüber hinaus nimmt die Bundespolizei innerhalb von EMPACT die Vertretung Deutschlands im Bereich der Schleusungskriminalität wahr. Bereits seit dem 1. Januar 2022 hat sie für einen Zeitraum von vier Jahren die Gesamtleitung für die europaweite Koordination übernommen. Im Jahr 2023 leitete die Bundespolizei zwei operative EMPACT-Aktionen, bei denen die Schwerpunkte auf der Bekämpfung von lebensgefährlichen Behältnisschleusungen sowie der Identifizierung von gefälschten oder missbräuchlich verwendeten Reisedokumenten lagen.

## Fallbeispiel: Ermittlungsverfahren „Yolcu“

Die Ermittlungen der Bundespolizei richteten sich gegen eine international agierende Schleuserorganisation. Bereits seit Oktober 2021 soll die Gruppe in hoher Zahl vorwiegend türkische und syrische Staatsangehörige über die Balkanroute nach Deutschland und in andere westeuropäische Staaten geschleust haben. Ihr werden 79 Fälle mit insgesamt mindestens 860 geschleusten Personen (international bis zu 1.100) zugerechnet.<sup>1</sup> Schleusungswillige zahlten zwischen 6.000 und 13.000 Euro. Um die Ermittlungen effizient führen und

hierbei auch gegen Organisationsteile im Ausland vorgehen zu können, wurden sie gemeinsam mit Strafverfolgungsbehörden der Länder Rumänien und Serbien sowie in enger Abstimmung mit der Türkei und Österreich geführt. Am 7. Juni 2023 erfolgten in Deutschland insgesamt vier Hausdurchsuchungen. Der Haftbefehl gegen den Hauptbeschuldigten konnte vollstreckt werden. In Rumänien wurden elf Objekte durchsucht. Vier Beschuldigte im rumänisch geführten Verfahren wurden festgenommen. Zudem erfolgte die Festnahme eines Beschuldigten für Rumänien in Bulgarien.



<sup>1</sup> Stand 31.12.2023

## Politisch motivierte Kriminalität

Bei der Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) leistet die Bundespolizei im Zusammenwirken mit nationalen und internationalen Partnern einen erheblichen Beitrag zur Gefahrenabwehr und zur Sicherung der Strafverfolgung. Die Möglichkeiten gefahrenabwehrender Maßnahmen der Bundespolizei zur Bekämpfung der PMK sind vielfältig. Zu ihnen gehören insbesondere Einreiseverweigerungen oder aufenthaltsbeendende Maßnahmen bis hin zur Anregung des Freiheitsentzugs in eigener Zuständigkeit der Bundespolizei. Die Bundespolizei hatte mit Ablauf des 31. Dezember 2023 fast 49.000 Personen zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben. Davon wiesen über 26.000 Personen einen Terrorismusbezug auf.

Rechtsextremistische Veranstaltungen im Ausland waren in der Vergangenheit zentrale Anziehungspunkte für die einschlägige internationale Szene, um öffentlichkeitswirksam entsprechendes Gedankengut zu verbreiten sowie die internationale Vernetzung voranzutreiben. Die Teilnahme von Rechts- und Linksextremisten mit deutscher Staatsangehörigkeit begründet regelmäßig die Gefahr einer Ansehensschädigung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere wenn es zu Gewaltexzessen bei Aufeinandertreffen beider Lager oder mit der Polizei kommt.

Im Zusammenhang mit derartigen Veranstaltungen initiiert die Bundespolizei Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen. Schwerpunkte bilden die Prüfung der Ausreiseuntersagung sowie die Verhinderung des Verbringens von verbotenen oder gefährlichen Gegenständen in das Bundesgebiet bei der Rückreise. Hierzu zählen insbesondere Waffen und Propagandamittel. Als Ergebnis untersagte die Bundespolizei im Jahr 2023 insgesamt 82 Personen die Ausreise.

## Internationale Ermittlungen

In der Kriminalitätsbekämpfung arbeitet die Bundespolizei weltweit intensiv mit anderen Staaten zusammen. Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form internationaler Rechtshilfe in strafrechtlichen Angelegenheiten hat sich seit den 1990er-Jahren rasant entwickelt. Laufende oder geplante Ermittlungsverfahren sowie operative Maßnahmen in den teilnehmenden Staaten werden aktiv unterstützt. Der Austausch von Informationen zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden erfolgt vorwiegend über das durch Europol bereitgestellte Nachrichtenübermittlungssystem SIENA (Secure Information Exchange Network Application). Das Bundespolizeipräsidium fungiert als zuständige Prüf- und Bewilligungsbehörde für die Bundespolizei und entscheidet über ein- und ausgehende Ersuchen in strafrechtlichen Angelegenheiten. Es übernimmt zudem die fachliche Verantwortung für Aus- und Durchlieferungen sowie für die Überstellungen Strafgefangener.

### 35 Prozent mehr Rechtshilfeersuchen

Seit 2009 stiegen die Ersuchen zwischen der Bundespolizei und externen Partnern kontinuierlich an. Das Gesamtaufkommen der internationalen Rechtshilfe innerhalb der Bundespolizei belief sich 2023 auf insgesamt über 18.000 Vorgänge. Es erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr erneut um rund ein Viertel. Die Zahl der gestellten Rechtshilfeersuchen seitens der Bundespolizei an das Ausland sowie Ersuchen aus dem Ausland belief sich auf mehr als 8.600 Vorgänge und stieg 2023 im Vorjahresvergleich um mehr als ein Drittel.

### Europäische Polizeiprojekte SCOPE und SCOPE II

Das seit 2021 laufende und mit EU-Finanzmitteln ausgestattete Projekt SCOPE (Fighting Migrant Smuggling by establishing Common Operational Partnerships in Europe with Third States) verfolgt das Ziel, durch den Aufbau nachhaltiger kriminalpolizeilicher Partnerschaften die Schleusungskriminalität auf den Hauptmigrationsrouten in die EU und nach Deutschland zu bekämpfen. Es sieht Kooperationen mit Partnerbehörden in der Türkei und den Staaten des Westbalkans vor. Schwerpunkte sind die Verhinderung von Behältnisschleusungen und die Verfolgung von Straftaten. Das Projekt endet 2024 und wird durch das ebenfalls EU-finanzierte Projekt SCOPE II abgelöst.

# Projektgruppe Smart Borders Bundespolizei

Im Rahmen der Smart-Borders-Agenda wird der europäische Außengrenzschutz digitalisiert, um die Grenzkontrollen effektiver und moderner zu gestalten. Mit der Einführung des Entry/Exit System (EES) werden im ersten Schritt die manuellen Stempel abgelöst und um ein elektronisches Dossier mit biometrischen Daten (Gesichtsbild und Fingerabdruckdaten) sowie Angaben zur Ein- und Ausreise ergänzt. Gemeinsam mit den Partnern der Industrie wird an innovativen technischen und organisatorischen Lösungen gearbeitet.

## Entry/Exit System (EES)

Die technischen Fortschritte auf europäischer Ebene lassen eine Einführung des EES im Jahr 2024 erwarten. Für die nationale Integration hat die Bundespolizei im Jahr 2023 die Weiterentwicklung der integrierten Grenzkontrollanwendung und die Einführung von Self-Service-Systemen initiiert. Es wurden zunächst 250 dieser Systeme an verschiedenen Flughäfen installiert. Reisende sollen nach Einführung der Self-Service-Systeme ihre Daten selbstständig erfassen und so insgesamt die Bearbeitungszeiten an den manuellen Grenzkontrollstellen reduzieren. Gemeinsam mit der Luftverkehrsindustrie arbeitet die Bundespolizei intensiv daran, die Reisenden auf die Neuerungen in der Grenzkontrolle vorzubereiten.

## Interoperability (IO)

Zur interoperablen Verknüpfung der europäischen Datenbanken hat die Bundespolizei die Integration in Bestandssysteme intensiviert. Unter anderem erfolgte international die Mitwirkung an der Entwicklung eines EU-Kommunikationstools, welches den Behörden der Mitgliedstaaten den Informationsaustausch ermöglichen wird.



**Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert.**

## Visa-Informationssystem (VIS)

Auf Grundlage der umzusetzenden Geschäftsanforderungen und der erfassten Geschäftsprozessmodelle entwickelt die Bundespolizei seit Herbst 2023 die zukünftigen Prozesse zur Erteilung von Visa mit.

## European Travel Information and Authorisation System (ETIAS)

Gemäß der aktuellen europäischen Zeitplanung folgt die Einführung des ETIAS voraussichtlich im Jahr 2025. Ab diesem Zeitpunkt beginnen die Einführungsphasen (Übergangszeiträume), in denen visumsbefreite Drittstaatsangehörige für den Grenzübertritt grundsätzlich eine Reisegenehmigung besitzen müssen. In Vorbereitung auf die erwartete Einführung des ETIAS im Jahr 2025 hat die Bundespolizei im Jahr 2023 wesentliche Meilensteine im Bereich der Prozessausgestaltung und des Aufbaus der nationalen ETIAS-Stelle erreicht.

## Nutzerkreiserweiterung – EasyPASS

EasyPASS ist das seit vielen Jahren in Deutschland etablierte und im Jahr 2023 von 22,7 Millionen Reisenden genutzte (teil-)automatisierte Grenzkontrollsystem. Es trägt an vielen Flughäfen zur Verringerung der Wartezeiten an der Grenzkontrolle bei. Bisher war die Nutzung der EasyPASS-Anlagen nur Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der EU oder des Europäischen Wirtschaftsraumes sowie der Schweiz vorbehalten. Mit der Mitte 2023 eingeführten Erweiterung des Nutzerkreises auf Drittstaatsangehörige mit deutschem nationalen Aufenthaltstitel und auch auf Reisende mit deutschem Visum für den längerfristigen Aufenthalt bei der Ausreise kann seitdem ein größerer Personenkreis den schnellen Weg durch die Grenzkontrolle wählen. Auf diese Weise reduzierte die Bundespolizei die Wartezeiten an den manuellen Grenzkontrollstellen.

# Bekämpfung von Gewaltdelikten im Bahnverkehr

Die Zahl der Gewaltdelikte auf Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes stieg in den letzten Jahren stetig. Im Jahr 2023 wurden hier 25.640 Delikte und 2022 insgesamt 23.110 Delikte festgestellt. Dies ist ein Anstieg von 11 Prozent und im Vergleich zum Vorpandemiejahr 2019 von 42 Prozent. Wie bereits in den letzten Jahren sind insbesondere die Großstadtbahnhöfe von Gewaltdelikten betroffen. Dennoch werden zunehmend auch schwerste Delikte in kleinstädtischen oder ländlichen Gebieten sowie in Zügen festgestellt. Beispielhaft ist der tödliche Messerangriff am 25. Januar 2023 in einer Regionalbahn in Brokstedt (Schleswig-Holstein). Dieser Sachverhalt erzeugte hohe mediale Aufmerksamkeit und führte zu weiteren gemeinsamen Sicherheitsmaßnahmen von Bund und Ländern und noch engerer Abstimmung von Einsatzmaßnahmen.

## Sicherheitsforschung und Präsenz

Gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG investiert die Bundespolizei in die sozialwissenschaftliche Sicherheitsforschung zur Steigerung der objektiven und subjektiven Sicherheit. In einer Grundlagenstudie konnten Auslöser für sicherheitskritische Situationen von Menschen in besonderen sozialen Problemlagen identifiziert und wirksame präventive Maßnahmen abgeleitet werden. „Bahnhofsflücker“ könnten künftig an ausgewählten Bahnhöfen auf bestehende Regeln hinweisen und in Konfliktsituationen moderieren.

Gewaltdelikte sind besonders dazu geeignet, das Sicherheitsgefühl der Reisenden nachhaltig zu beeinträchtigen. Die Bundespolizei führt auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes zahlreiche, ineinandergreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewaltdelikte durch. Dies erfolgt auf Basis einer fortwährenden polizeilichen Lagebeurteilung. Beispielhaft waren das im Jahr 2023 etwa 800 sogenannte Schwerpunkteinsätze, erhöhte Präsenz an Brennpunkten, Gefährderansprachen, Platzverweise, Gewahrsamnahmen sowie die Initiierung von Beförderungsausschlüssen und Betretungsverboten im Zusammenwirken mit Eisenbahnverkehrsunternehmen. Weiterhin wurden lageangepasste und zeitlich befristete Allgemeinverfügungen zum Mitführverbot von gefährlichen Gegenständen, zum Beispiel Messern, für besonders gefährdete Bereiche auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes seitens der Bundespolizei erlassen. Im Jahr 2023 waren es 48 gegenüber 9 im Jahr 2022. Dies führte zu zahlreichen Feststellungen, unter anderem von verbotenen Gegenständen im Sinne des Waffengesetzes, wie Springmessern sowie Schlagringen.

Darüber hinaus haben die Länder dauerhafte Waffenverbotszonen in und um Bahnhöfen eingerichtet, zum Beispiel in Hamburg. Die Bundespolizei unterstützt die Durchsetzung dieser Verbotszonen im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung. Ein weiterer wichtiger Baustein zur Reduzierung von Gewalttaten ist die Sensibilisierung der Bevölkerung inner-

halb der wiederkehrenden kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem zum richtigen und zivilcouragierten Verhalten in gefahrenträchtigen Situationen sowie zum umsichtigen Zeugen-Helfer-Verhalten. Zur Erhöhung der Sicherheit bauen die Deutsche Bahn AG und die Bundespolizei gemeinsam die Videotechnik an Bahnhöfen aus. Zum 31. Dezember 2023 waren etwa 9.000 Kameras im Einsatz. Bis Ende 2024 soll sich deren Zahl auf 11.000 erhöhen.

Letztlich kann die Sicherheit auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes nur gewährleistet werden, wenn alle Behörden, zum Beispiel Kommunen (Ordnungsdienste/soziale Dienste), Landespolizeien und Eisenbahnverkehrsunternehmen die Maßnahmen aufeinander abstimmen. Die Bundespolizei arbeitet mit allen betroffenen Partnern eng und vertrauensvoll zusammen.



# Prävention und Opferschutz



## Richtiges Verhalten an Bahnanlagen

Insbesondere Kinder und Jugendliche unterschätzen oft die Gefahren, die mit dem Bahnbetrieb verbunden sein können. Leichtsinns und Selbstüberschätzung, Unaufmerksamkeit, aber auch Unkenntnis können das eigene oder das Leben anderer gefährden. Dabei ließen sich allein durch die Beachtung der Hinweisschilder und einfacher Verhaltensregeln zahlreiche Unfälle verhindern. Die Bundespolizei setzt sich aus diesem Grunde mit der Deutschen Bahn AG und anderen Akteuren für eine umfassende Aufklärung über elementare Verhaltensregeln ein. Im Jahr 2023 veröffentlichte die Bundespolizei die Kampagne „Sei sicher unterwegs“, deren wichtigste Grundsätze lauten: „Es ist verboten, Gleisanlagen zu betreten! Wo Züge fahren, ist kein Platz für Abenteuer. Selfies im Gleis oder die Abkürzung über die Schienen sind lebensgefährlich. Das Klettern auf abgestellte Züge ist wegen des Spannungsüberschlags aus der Oberleitung oft tödlich.“ Mit Aktionen vor Ort, in Bildungseinrichtungen sowie in sozialen Medien klärt die Kampagne über richtiges Verhalten in Bahnhöfen und an Bahnanlagen auf.

Weitere Informationen auf:



[bundespolizei.de/  
sicher-auf-bahnanlagen](https://bundespolizei.de/sicher-auf-bahnanlagen)



### Unterstützung für Betroffene von Straftaten und schweren Unfällen

Um die Folgen für Betroffene und Geschädigte von Straftaten möglichst gering zu halten, setzt die Bundespolizei 89 qualifizierte Opferschutzbeauftragte ein. Diese unterstützen Betroffene von Straftaten in der ungewohnten Situation eines Strafverfahrens. Sie helfen Geschädigten, gesetzlich zustehende Rechte in Anspruch zu nehmen und vermitteln weiterführende Angebote. Zudem sind die Opferschutzbeauftragten Ansprechpartner für Opferhilfeeinrichtungen und schulen Bundespolizistinnen und -polizisten im Streifendienst für einen fürsorglichen Umgang mit Opfern.



Weitere Informationen auf:



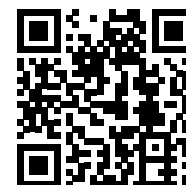
[www.bundespolizei.de/opferschutz](http://www.bundespolizei.de/opferschutz)



### Zivilcourage im öffentlichen Personenverkehr

Bundesweit sorgen die Bundespolizei und Sicherheitskräfte der Eisenbahnverkehrsunternehmen für die Sicherheit in Zügen und Bahnhöfen. Trotz aller Vorsorge kann es dennoch zu Belästigungen, bedrohlichen Situationen oder sogar körperlichen Angriffen kommen. Je jünger die Betroffenen sind, umso schwerer und weitreichender kann insbesondere auch die physische und psychische Belastung nach einem Ereignis sein. Jede und jeder Einzelne sollte wissen, wie man sich vor Konflikten schützen und anderen helfen kann, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Gemeinsam mit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel – hat die Bundespolizei ein auf sozialpsychologischen Erkenntnissen basierendes Zivilcouragetraining für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse entwickelt. Qualifizierte Zivilcouragetrainer der Bundespolizei schulen junge Menschen, die in ihrer Freizeit oder auf dem Schulweg überwiegend und regelmäßig mit der Bahn fahren. Gefahrenträchtige Situationen werden durchgespielt und Handlungskompetenzen aufgebaut.

Weitere Informationen auf



[www.bundespolizei.de/zivilcourage](http://www.bundespolizei.de/zivilcourage)

# Bundesbereitschaftspolizei

Die geschlossenen Einsatzeinheiten der Bundesbereitschaftspolizei verfügen über 6.000 Einsatzkräfte. Diese unterstützen mobil und flexibel die Dienststellen der Bundespolizei, insbesondere bei besonderen Einsatzen. Zudem werden sie regelmäßig von Bundes- und Landesbehörden, wie den Polizeien der Länder, dem Zoll oder dem Bundeskriminalamt, angefordert. Nicht zuletzt bei Großveranstaltungen und Versammlungen, Exekutivmaßnahmen in Ermittlungsverfahren sowie im Innen- und Außenschutz bei Staatsbesuchen entfalten die Einheiten ihr Potenzial.

## Ganzjährig vielfältige Einsatzen

Die Bundesbereitschaftspolizei unterstützte erneut die Polizeien der Länder bei einer Vielzahl von Einsatzen. Beispielhaft genannt seien Einsätze anlässlich der Protestaktionen der „Letzten Generation“ oder der Räumung des Braunkohleortes Lützerath. Anlässlich von Risikospielbegegnungen der Fußballligen, Demonstrationen sowie verschiedenen Einsätzen zum Jahreswechsel unterstützte die Bundesbereitschaftspolizei auch mehrfach die Polizei der Niederlande mit Wasserwerfern. Das Bundeskriminalamt und verschiedene Zollfahndungsämter wurden bei Fahndungs- und Exekutivmaßnahmen gegen Geldwäsche, illegale Arbeitsaufnahme, Drogenschmuggel und Menschenhandel unterstützt.

Darüber hinaus verlangte die weiterhin andauernde Migrationslage und die im Oktober 2023 vorgenommene vorübergehende Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen den Einsatzkräften der Direktion Bundesbereitschaftspolizei einiges ab. Durchgängig unterstützten sie die Dienststellen der Bundespolizei an den südlichen und östlichen Grenzen der Bundesrepublik.

## Effektiv und flexibel dank Spezialisierung

Die Direktion Bundesbereitschaftspolizei verfügt bundesweit über zehn Bundespolizeiabteilungen. Aufgrund einer Vielzahl an Spezialkräften kann sie auf unterschiedliche Anlässe adäquat agieren. Die Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften werden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen und bei Festnahmen von Intensivtätern eingesetzt.

Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit Plus kann darüber hinaus etwa die GSG 9 der Bundespolizei bei der Intervention im Zusammenhang mit Terroranschlägen und lebensbedrohlichen Szenarien unterstützen. Technische Einsatzkräfte unterstützen die Einsatzhundertschaften mit Wasserwerfer- und Sonderwageneinheiten. Sie retten mit besonders geschulten Einsatzkräften Menschen aus Höhen und Tiefen, helfen bei der Öffnung von Türen oder verschlossenen Behältnissen sowie beim Entfernen von technischen Blockaden.

Die Beweissicherungs- und Dokumentationseinheit sowie die Aufklärungseinheit setzen Video- und Fototechnik zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ein, um beispielsweise Tatverdächtige zu identifizieren und den Verlauf des polizeilichen Einsatzes zu dokumentieren. Die medizinische Einsatzversorgung wird in allen Bundespolizeiabteilungen durch die Polizeiärztlichen Dienste sichergestellt. Die Unterstützungseinheiten gewährleisten unter anderem mit Einsatzküchen und flexibler Logistik die Versorgung der Einsatzkräfte im Einsatzraum.

## Internationale Zusammenarbeit

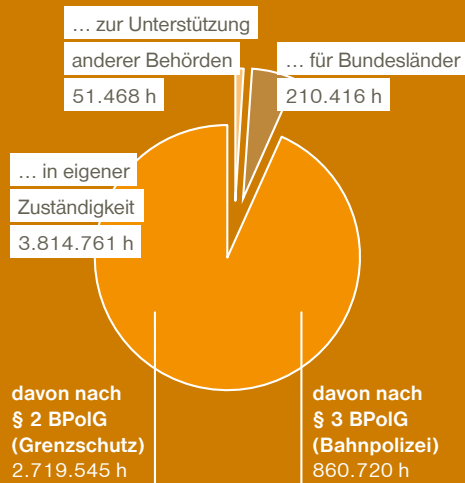
Der Direktion Bundesbereitschaftspolizei angeschlossen ist die Internationale Einsatzeinheit (IEE) mit qualifizierten Beamtinnen und Beamten, die eine zusätzliche, auf internationale Zusammenarbeit spezialisierte Fortbildung absolviert haben. Diese kann nach Aufruf und unter Beachtung ihrer fachlichen Bindungen im Ausland insbesondere für die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache eingesetzt werden. Darüber hinaus verfügt die Bundesbereitschaftspolizei über die Deutsch-Französische Einsatzeinheit (DFEE). Die DFEE kommt wechselseitig in beiden Staaten, insbesondere bei grenzüberschreitenden Fahndungen, zum Einsatz.



**4.076.645**

geleistete Einsatzstunden der  
Bundesbereitschaftspolizei

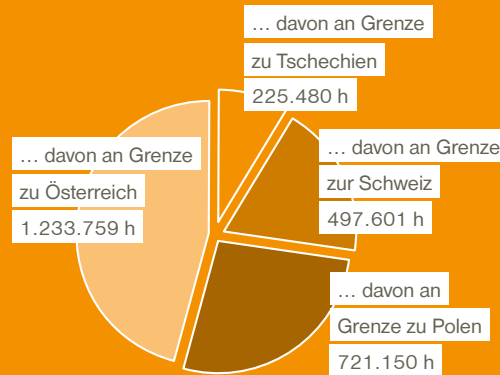
22,6% mehr als  
2022 (3.325.177)



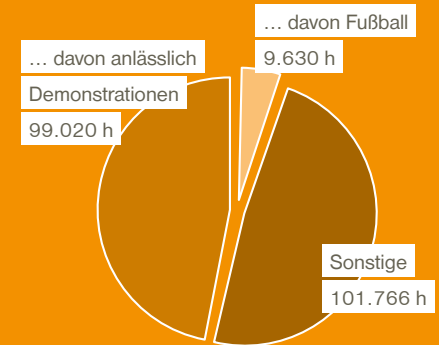
### Ausgewählte Einsatzanlässe 2023

**2.677.990 h Migration**

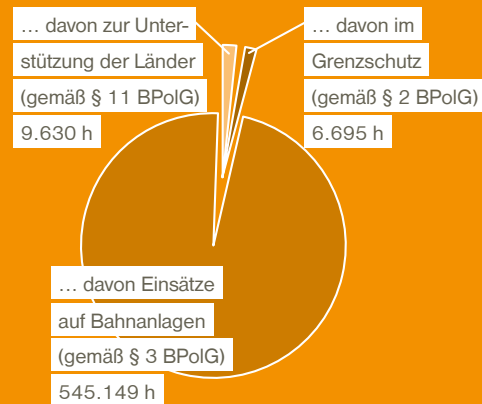
110,9% mehr als 2022 (1.270.025 h)



**210.416 h Unterstützung der Bundesländer (§ 11 BPolG)**



**561.474 h Fußball**



**209.387 h anlässlich Demonstrationen insgesamt**

**80.698 h Räumung Braunkohletagebau Garzweiler (Lützerath)**

**40.382 h Schutz von Militärtransporten**

# Fußball

Erstmals seit der Covid-19-Pandemie konnten Fußballspiele im Jahr 2023 ohne Einschränkungen stattfinden. Dies spiegelte sich in einer deutlichen Steigerung der Einsatzkennzahlen der Bundespolizei wider.

Die Züge der Eisenbahnverkehrsunternehmen stellten weiterhin ein attraktives und populäres Reisemittel für Anhänger verschiedener Vereine, insbesondere der drei Fußballprofiligen, dar. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl bahnreisender Fans um 54 Prozent auf 4.521.647 Personen an. Für die Einsatzbewältigung und Überwachung anlässlich des schienengebundenen und grenzüberschreitenden Fußballfanreiseverkehrs setzte die Bundespolizei insgesamt 105.739 Einsatzkräfte (+ 38 Prozent) ein, darunter 42.126 Angehörige der Direktion Bundesbereitschaftspolizei.

Derzeit nehmen 275 Einsatzkräfte der Bundespolizei die Tätigkeit der Szenekundigen Beamten wahr. Diese waren bei 1.309 von 1.796 Anlässen eingesetzt. Sie berieten Führungskräfte zur Lagebeurteilung, begleiteten Risikogruppen und unterstützten bei der Identifizierung von mutmaßlichen Straftätern.

Im Jahr 2023 registrierte die Bundespolizei 1.585 Straftaten im Zusammenhang mit dem Fußballfanreiseverkehr. Dies entspricht einem Anstieg von 40,3 Prozent. Hiervon fielen 628 Straftaten auf sogenannte Gewaltdelikte (Körperverletzung, Landfriedensbruch, Raub, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie

Widerstand), was einer Zunahme von 40,2 Prozent entspricht. Die Gewaltdelikte bilden wie im Vorjahr einen Anteil 39,6 Prozent am gesamten Straftatenaufkommen im Zusammenhang mit dem Fußballfanreiseverkehr. Dies spiegelt sich auch in der Zunahme der getroffenen Maßnahmen wider. Es wurden 37 Prozent mehr präventive und 83 Prozent mehr repressive Eingriffmaßnahmen der Bundespolizei erforderlich.

Trotz prozentualen Anstiegs der genannten Vorfälle ist die Anzahl der Verletzten geringfügig auf 239 und somit um 1 Prozent zurückgegangen. Unter den Verletzten ist wie auch bereits im Jahr 2022 jede fünfte Person eine Einsatzkraft der Bundespolizei.



**1.796**

Einsatzanlässe

**741.058**

Einsatzstunden

Bundespolizei gesamt

**105.739**

eingesetzte  
Polizeivollzugsbeamte

davon

**42.126**

Bundesbereitschaftspolizei

**5.489**

Szenekundige  
Beamte

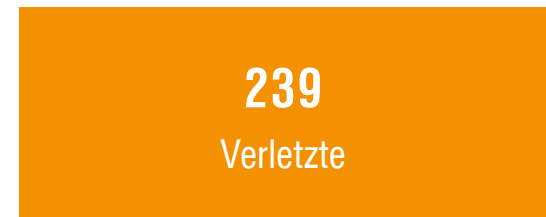
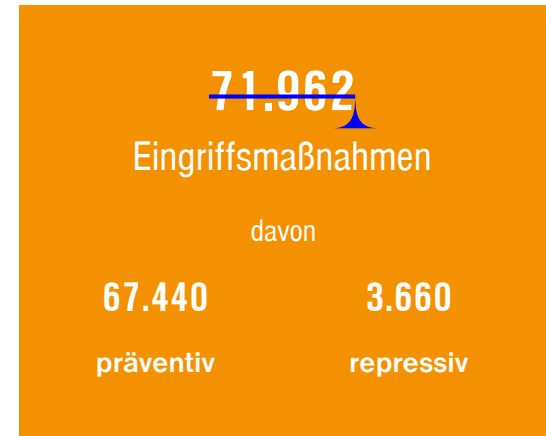
**4.521.647**

bahnreisende  
Fußballfans

davon

**535.189**

Gastfans



## Auskunftsstelle VISA



Die Auskunftsstelle VISA (ASt VISA) ist das zentrale Frühwarnsystem der Bundespolizei gegen rechtswidrige Erlangung oder Verwendung von Aufenthaltstiteln. Die ASt VISA bewertet Informationen, steuert Erkenntnisse und initiiert im Bedarfsfall Ermittlungsverfahren. Sie berät das Auswärtige Amt, die deutschen Auslandsvertretungen, im Ausland eingesetzte Bundespolizeiangehörige sowie eigene Dienststellen zum Deliktsbereich Visumerschleichung. Verfälschte oder unrichtig ausgestellte Visa gewannen 2023 bei der illegalen Migration erneut an Bedeutung. An deutschen Auslandsvertretungen finden Schulungen und Beratungen zur Bekämpfung dieser Art des Dokumentenmissbrauchs statt.

## Passenger Name Records

Die Verarbeitung von Passagierdaten (Passenger Name Records – PNR) dient der Verhütung, Aufdeckung und Verfolgung terroristischer Straftaten und schwerer Kriminalität. Sie erfolgt auf Basis des Fluggastdatengesetzes und der europäischen Richtlinie (EU) 2016/681.

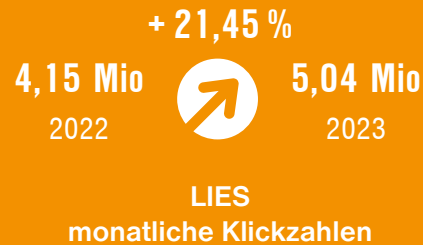
Das Bundeskriminalamt übermittelte im Jahr 2023 für 27 deutsche Flughäfen insgesamt 77.782 PNR-Folgemaßnahmen an die Leitstelle „PNR Folgemaßnahmen BPOL“ im Bundespolizeipräsidium. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 16 Prozent dar (2022: 92.601). Ausschlaggebend dafür sind die Anpassungen nach dem EuGH-Urteil C817/19 aus dem Jahr 2022, insbesondere die daraus resultierende Abbindung von rund 70 Prozent aller EU-Flugrouten vom PNR-System. Dennoch vollstreckte die Bundespolizei im zurückliegenden Jahr 1.611 Haftbefehle auf Grundlage von PNR-Folgemaßnahmen, davon 376 im Intra-Schengen-Flugverkehr.

In 955 Fällen erwirkten Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) und Dokumenten- und Visumberater (DVB) der Bundespolizei aufgrund von PNR-Folgemaßnahmen Beförderungsausschlüsse und verhinderten damit Schleusungshandlungen auf dem Luftweg. Mit einem Anteil von 76 Prozent bildete der Schengen-Binnenverkehr den Schwerpunkt dieser Feststellungen.

Hervorzuheben ist die von der Bundespolizei fortwährend verstärkt genutzte Musterfunktionalität. Diese ermöglicht einen automatisierten Abgleich von Fluggastdaten auf bestimmte Indikatoren (Muster). Ziel ist es, bislang unerkannte Urkunden- und Schleusungsdelikte aufzudecken. Die aktivierten Muster der Bundespolizei generierten im Jahr 2023 insgesamt 1.386 relevante PNR-Treffer, wovon 826 Fälle zu einem Beförderungsausschluss führten.

## Länderspezifisches Informations- und Erkenntnissystem

Das Länderspezifische Informations- und Erkenntnissystem (LIES) ist ein speziell für die Grenzkontrolle entwickeltes Informationsportal. Dort können sämtliche verfügbaren Informationen über ein Reisedokument abgerufen werden. LIES ist nach Ländern gegliedert, enthält aktuelle Warnhinweise und zeigt mit nur wenigen Klicks, welche Einreisevoraussetzungen die überprüfte Person erfüllen muss. Die Anwendung ist nicht nur für die Kontrollebene an den Flughäfen interessant, sondern auch für Nutzerinnen und Nutzer, die grenzpolizeiliche Informationen übersichtlich aufbereitet benötigen. Die zentrale Verarbeitung und übersichtliche Bereitstellung von Informationen zu Ländern und Dokumenten macht die Kontrolle deutlich effizienter. Im Jahr 2023 verzeichnete LIES durchschnittlich 5,04 Millionen Aufrufe monatlich. Im Vergleich zu 2022 stellt dies eine Steigerung von rund 21,5 Prozent dar (2022: 4,15 Millionen Aufrufe/Monat).



## Humanitäre Aufnahmeverfahren

Deutschland realisierte die humanitäre Aufnahme von schutzbedürftigen Personen insbesondere aus dem Libanon sowie aus Niger, Ägypten, Kenia, Jordanien und aus Gaza (über Ägypten).

Dies geschah im Rahmen von Bundesaufnahmeverfahren, im Rahmen von Landesaufnahmeverfahren sowie fortgesetzt im Rahmen des europäischen freiwilligen Solidaritätsmechanismus aus Italien, Spanien und Zypern. Um das Sicherheitsniveau in diesen Verfahren zu steigern, führte die Bundespolizei gemeinsam mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie dem Bundeskriminalamt Befragungen vor Ort durch. Unter Beteiligung der Bundespolizei wurden im Rahmen dieser humanitären Aufnahmeverfahren 3.439 Personen in Deutschland aufgenommen.

### Aufnahme schutzbedürftiger Menschen aus Afghanistan

Seit der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 nimmt Deutschland schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan auf und unterstützt diese bei der Ausreise. Im Jahr 2023 wurden für diese Aufnahmeverfahren aus Afghanistan (über Pakistan) zusätzliche Sicherheitsbefragungen etabliert. Durch die beteiligten Sicherheitsbehörden wurden in diesen Verfahren seit Juni 2023 insgesamt 2033 Befragungen durchgeführt.

# Migration

Die Migrationslage stellte die Bundespolizei im Jahr 2023 erneut vor große Herausforderungen. Globale Entwicklungen und politische Krisen spiegelten sich in einem steigenden Migrationsdruck nach Europa und insbesondere in Richtung Deutschland wider. Durch zielgerichtete Maßnahmen, wie zeitlich und örtlich flexible Kontrollen sowie offene und verdeckte Forderungen, trat die Bundespolizei diesen Herausforderungen auch 2023 entgegen und leistete so einen bedeutenden Beitrag für die innere Sicherheit Deutschlands.

Mit 127.549 festgestellten unerlaubten Einreisen wurde ein erneuter Höchstwert seit 2016 erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies einen Anstieg von rund 39 Prozent dar.

Am 16. Oktober 2023 wurden an den Landgrenzen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Tschechien und der Schweiz vorübergehend wiedereingeführte Binnengrenzkontrollen aufgenommen und zu Österreich fortgesetzt. Eine Bilanz dieser Maßnahme bis zum Jahreswechsel 2023/2024 ist auf Seite 70 dargestellt.

Deutschland ist eines der Hauptzielländer der illegalen Migration nach Europa und ist daher in besonderem Maße durch den steigenden Migrationsdruck auf die europäischen Außengrenzen betroffen. Nach Angaben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex zählten die Mitgliedstaaten im Jahr 2023 etwa 380.000 unerlaubte Übertritte über die EU-Außengrenzen. Gegenüber 330.000

unerlaubten Grenzübertritten im Jahr 2022 stellt dies einen Anstieg von etwa 15 Prozent dar.

## Balkanregion weiterhin Teil der Hauptroute

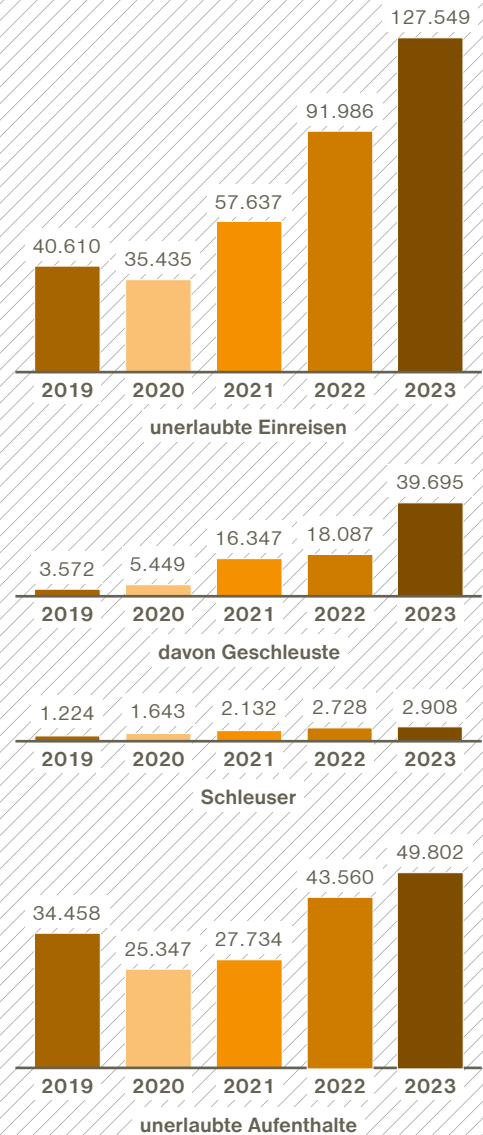
Von besonderer Relevanz für Deutschland war erneut die illegale Migration über die Staaten der Balkanregion. Neben Staatsangehörigen aus Syrien und Afghanistan gewann hierbei insbesondere die Türkei als Herkunftsland an Bedeutung. Türkische Staatsangehörige reisten häufig zunächst visumfrei auf dem Luftweg nach Serbien oder nach Bosnien und Herzegowina und anschließend unter Zuhilfenahme von Schleuserorganisationen auf dem Landweg weiter in das Gebiet der Schengener Vertragsstaaten und insbesondere nach Deutschland.

## Feststellungen an Ostgrenze überstiegen Vorjahresniveau

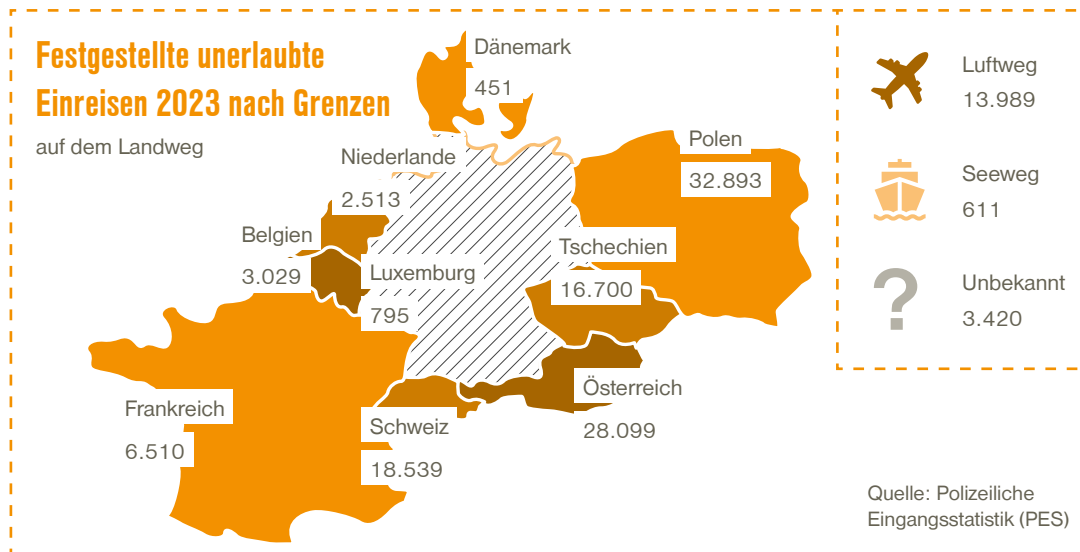
Neben den Migrationsrouten durch die Balkanregion wirkten sich wieder unerlaubte Grenzübertritte über die Russische Föderation und Belarus nach Europa auf die nationale Migrationslage und die östlichen Grenzen Deutschlands aus. Zwar war infolge verstärkter Grenzschutzmaßnahmen in Verbindung mit dem Ausbau physischer Barrieren an den EU-Außengrenzen seit Jahresmitte ein Rückgang der monatlichen Feststellungszahlen unerlaubter Einreisen mit Belarus-Bezug zu verzeichnen. Dennoch überstieg die Gesamtzahl von 11.932 festgestellten Personen das Niveau des Vorjahres (2022: 8.760) deutlich um etwa 36 Prozent.

Die Anzahl festgestellter unerlaubter Einreisen in Deutschland stieg im Jahresverlauf stark an

## Feststellungen an den Grenzen<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Außengrenzen der BRD, inkl. Flug- und Seehäfen



und erreichte im September den Höchstwert mit 21.375 Personen. Nach einem zunächst marginalen Rückgang im Oktober mit 20.073 Feststellungen sank die Anzahl in den Folgemonaten deutlich auf zuletzt 7.497 festgestellte Personen im Dezember.

Die Belastungsverteilung an den deutschen Binnengrenzen gestaltete sich im Verlauf des Jahres sehr dynamisch. Während in den Monaten Januar bis März die Feststellungszahlen im Süden an den Grenzen zu Österreich und der Schweiz überwogen, erfolgte zwischen April und Oktober eine Verschiebung an die östlichen Grenzen zu Polen und Tschechien. Ab November überwogen wiederum die Feststellungen an den südlichen Grenzen.

#### Flexible Binnengrenzfahndung erfolgreich

Die Bekämpfung der illegalen Migration durch eine intensivierete Binnengrenzfahndung sowie die Gewährleistung ausreichender Bearbeitungs-

kapazitäten forderte nicht nur die örtlich zuständigen Bundespolizeidienststellen in besonderem Maße. Sie erforderte zudem den Einsatz der Bundesbereitschaftspolizei sowie der nicht unmittelbar betroffenen Bundespolizeidienststellen und unterstrich deren ausgeprägte Flexibilität.

Diese wurde insbesondere durch die ab dem 16. Oktober 2023 vorübergehend wiederingeführten Kontrollen an den Grenzen zu Polen, zu Tschechien sowie zur Schweiz erfolgreich unter Beweis gestellt. Neben der Fortführung der Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Landgrenze für weitere sechs Monate wurde die Bundespolizei dadurch vor eine zusätzliche personelle sowie logistische Herausforderung gestellt. Der Anfang November an den östlichen Grenzen einsetzende, starke Rückgang der Feststellungen von Schleusern und unerlaubten Einreisen unterstreicht den Beitrag der Bundespolizei zur Gewährleistung der inneren Sicherheit. Dieser Effekt wurde

durch die vorübergehend wiederingeführten Binnengrenzkontrollen in einigen südosteuropäischen Nachbarstaaten und insbesondere durch die ab Ende Oktober 2023 in Nordserbien durchgeführten polizeilichen Maßnahmen gegen Schleusergruppierungen verstärkt.

#### Fahndung zur Aufdeckung von Behältnisschleusungen

Behältnisschleusungen stellen nach Seewegschleusungen die Schleusungsart mit den meisten bekannten Schwerverletzten und Toten in beziehungsweise nach Europa dar.

Gemeinsam mit 26 Teilnehmerstaaten sowie mit den Agenturen Europol, Frontex und Eurojust verfolgt die Bundespolizei die Bekämpfung von Behältnisschleusungen auf den Routen entlang der Balkanregion in Richtung Mitteleuropa.

Fallbeispiele aus dem Jahr 2023 sind auf Seite 64 zusammengefasst.

# Luftsicherheitskontrollen



Im Jahr 2023 zeigte sich ein Anstieg des Fluggastaufkommens um etwa 35 Millionen zum Jahr 2022 auf rund 186,1 Millionen Fluggäste. Insgesamt stellten sich etwa 41,5 Millionen Fluggäste einer Luftsicherheitskontrolle, bevor sie ihren Flug antraten. Die Kontrollen wurden von Luftsicherheitskontrollpersonal, welches für private Sicherheitsdienstleister im Auftrag der Bundespolizei tätig ist, durchgeführt. Es wurden dabei 571.745 gefährliche oder nach dem Luftsicherheitsgesetz verbotene Gegenstände im Handgepäck beziehungsweise im aufgegebenen Gepäck der Reisenden gefunden. Dies stellt erneut eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr dar (33,7 Prozent).



**419**  
Schusswaffen



**1.416**  
Schusswaffen-  
nachbildungen



**46.106**  
Munitionsteile und  
pyrotechnische  
Erzeugnisse

**41.536.912**  
durchgeführte  
Luftsicherheitskontrollen

**571.745**  
hierbei festgestellte  
verbotene Gegenstände



davon  
**396.152**  
im Handgepäck



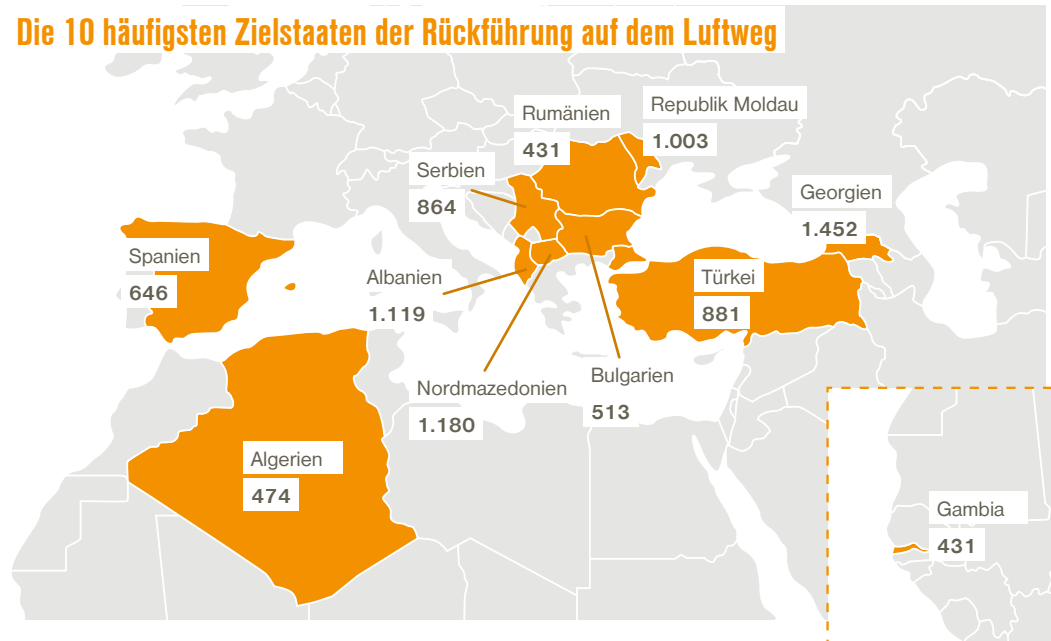
davon  
**173.738**  
im Reisegepäck



davon  
**1.855**  
an Personen

# Rückführungen

## Die 10 häufigsten Zielstaaten der Rückführung auf dem Luftweg



Im Jahr 2023 wurde für 52.976 Personen die Rückführung im Wege der Abschiebung oder Zurückschiebung in das europäische Ausland oder in Drittstaaten geplant. Tatsächlich konnten 21.206 Personen auf dem Land-, Luft- oder Seeweg rückgeführt werden. Hierbei handelte es sich um 16.430 Abschiebungen und 4.776 Zurückschiebungen. Hauptursächlich für die Diskrepanz zwischen den geplanten und tatsächlich vollzogenen Rückführungen war auch 2023, dass zur Rückführung vorgesehene Personen aus unterschiedlichsten Gründen am Flugtag nicht an die Bundespolizei übergeben wurden.

Es erfolgten 15.719 Rückführungen auf Veranlassung der Länder und 5.487 in bundespolizeieigener Zuständigkeit.

Von den 16.430 Abschiebungen erfolgten 8.695 begleitet sowie 7.735 unbegleitet. Von den 4.776 Zurückschiebungen erfolgten 148 begleitet und 4.628 unbegleitet. Insgesamt 11.862 Kräfte der Bundespolizei waren im Jahr 2023 bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahmen im Einsatz. Die Bundespolizei verfügte Stand Ende 2023 über 2.220 qualifizierte Personenbegleiterinnen und Personenbegleiter Luft (PBL).

## Rückführungen

52.976

geplante

21.206

vollzogene

davon

15.719

für die Länder

davon

5.487

für die  
Bundespolizei

12.945

2022



16.430

2023

Abschiebungen

5.149

2022



4.776

2023

Zurückschiebungen

2.000

2022



2.200

2023

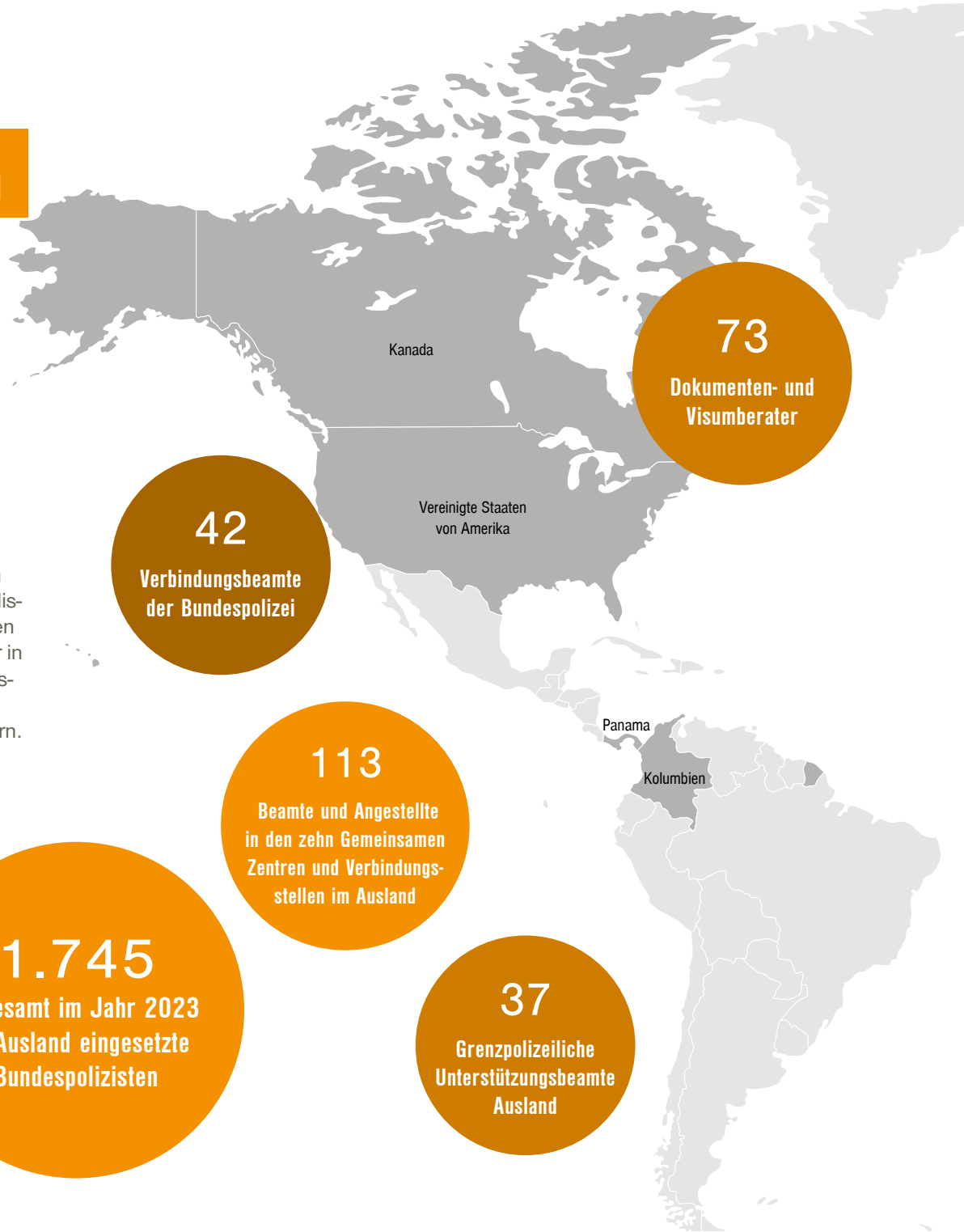
Personenbegleiter Luft

# Auslandsverwendungen

Einsätze und Verwendungen im Ausland orientieren sich an den Aufgaben der Bundespolizei. Sie ergänzen insbesondere die nationalen grenzpolizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung der illegalen Einreise und Migration.

In Ausbildungs- und Ausstattungsmaßnahmen werden Partnerbehörden entlang der Hauptmigrationsrouten gestärkt und ertüchtigt. Sie tragen so unmittelbar vor Ort zur Stabilisierung bei.

Krisen und staatliche Instabilität begünstigen Kriminalität bis hin zum Terrorismus und können zu Migrationströmen führen. Bilaterale Aufbauprojekte und die Beteiligung an Missionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen sollen unter anderem örtliche Sicherheitsbehörden wieder in die Lage versetzen, ihre Aufgaben eigenständig und rechtsstaatlich wahrzunehmen, sowie demokratische Rahmenbedingungen unter Beachtung der Menschenrechte fördern.



**259**

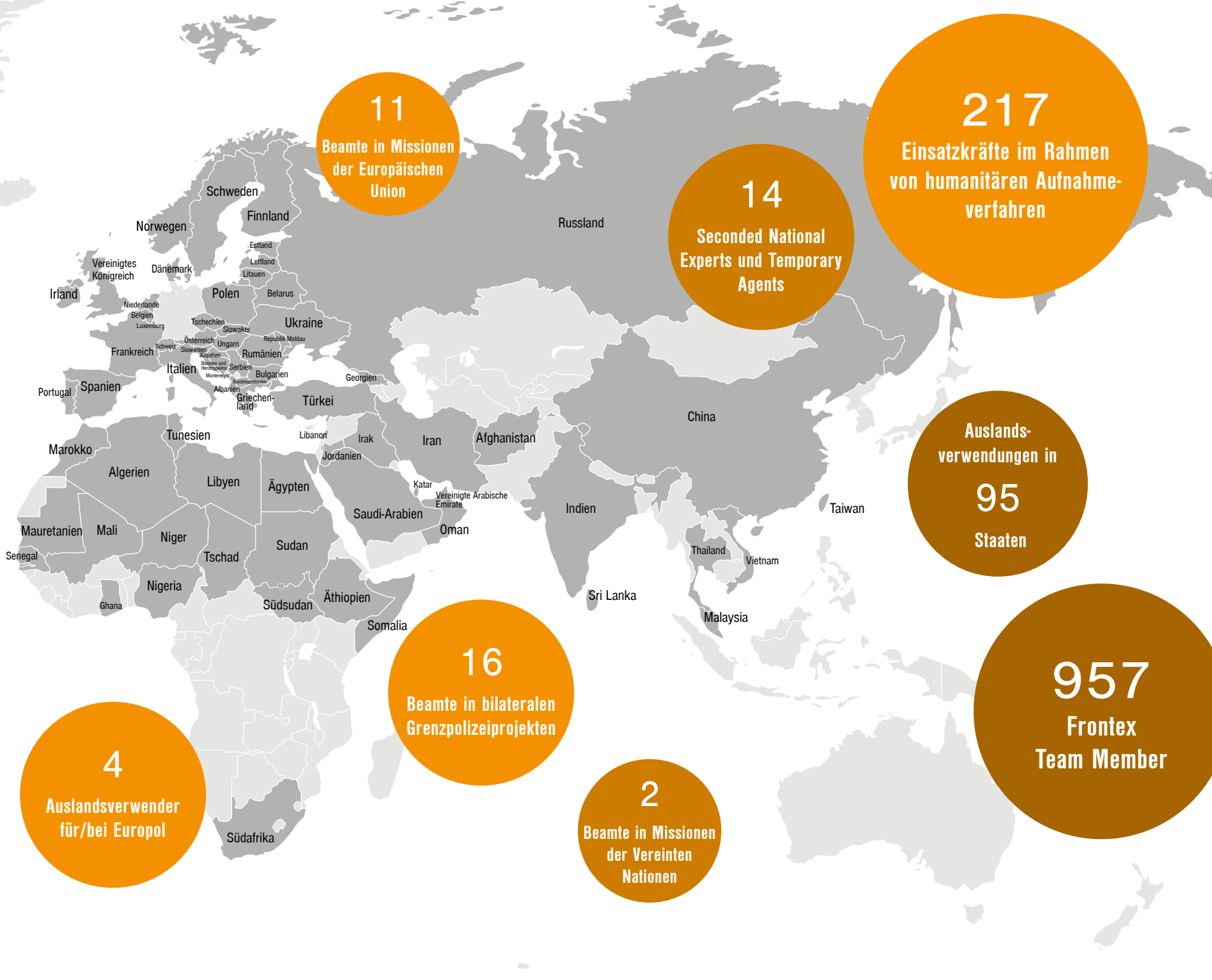
Einsatzkräfte Polizeiliche  
Schutzaufgaben Ausland  
der Bundespolizei

**1.745**

insgesamt im Jahr 2023  
im Ausland eingesetzte  
Bundespolizisten

**37**

Grenzpolizeiliche  
Unterstützungsbeamte  
Ausland



**11**  
Beamte in Missionen  
der Europäischen  
Union

**14**  
Seconded National  
Experts und Temporary  
Agents

**217**  
Einsatzkräfte im Rahmen  
von humanitären Aufnahme-  
verfahren

Auslands-  
verwendungen in  
**95**  
Staaten

**16**  
Beamte in bilateralen  
Grenzpolizei-  
projekten

**957**  
Frontex  
Team Member

**4**  
Auslandsverwender  
für/bei Europol

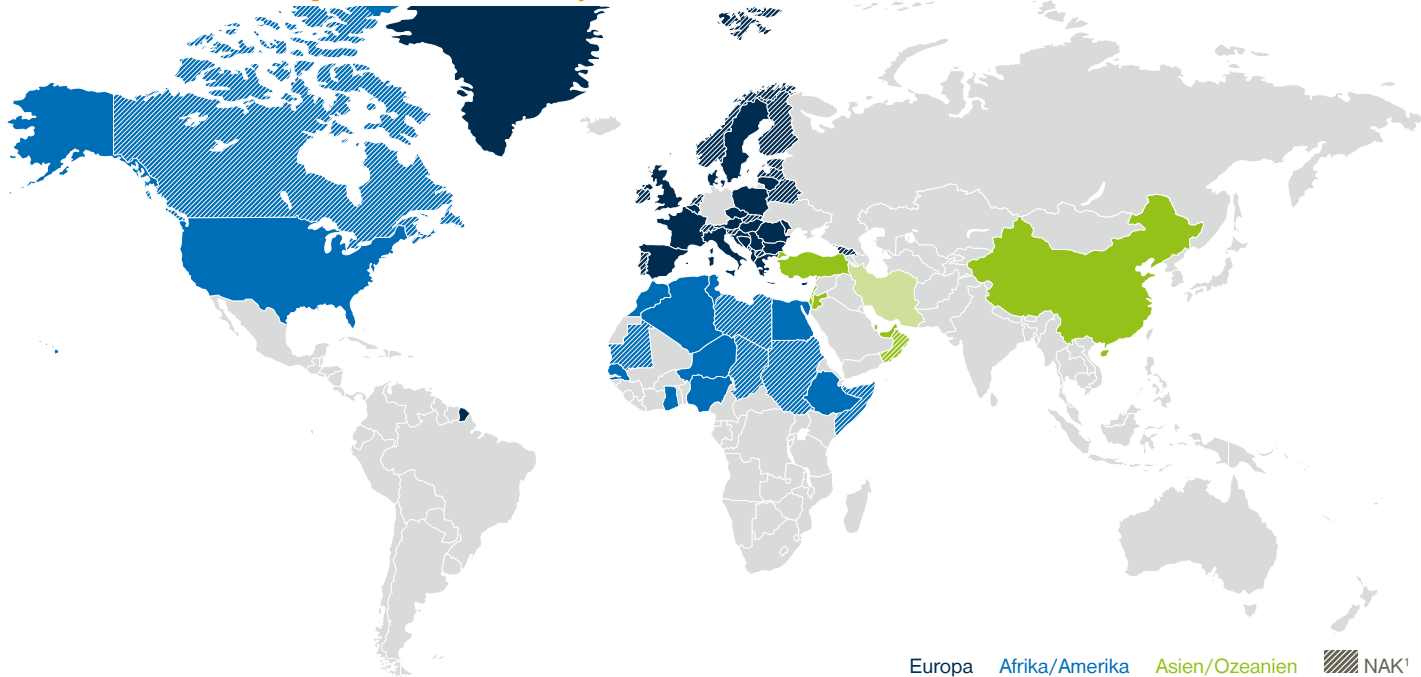
**2**  
Beamte in Missionen  
der Vereinten  
Nationen

## Verbindungsbeamte der Bundespolizei

Die Verbindungsbeamten der Bundespolizei (VB BPOL) stellen den Informationsaustausch auf strategischer und operativer Ebene sicher. Sie koordinieren die Rückführung von illegal nach Deutschland eingereisten Personen in deren Herkunftsländer, beraten und unterstützen in der Luftsicherheit, bei Polizei-kooperationen und der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. 2023 waren 42 VB BPOL in 65 Staaten eingesetzt. VB BPOL sowie Dokumenten- und Visumberater (DVB) wurden durch insgesamt 54 lokal Beschäftigte unterstützt.



## Standorte der Verbindungsbeamten der Bundespolizei



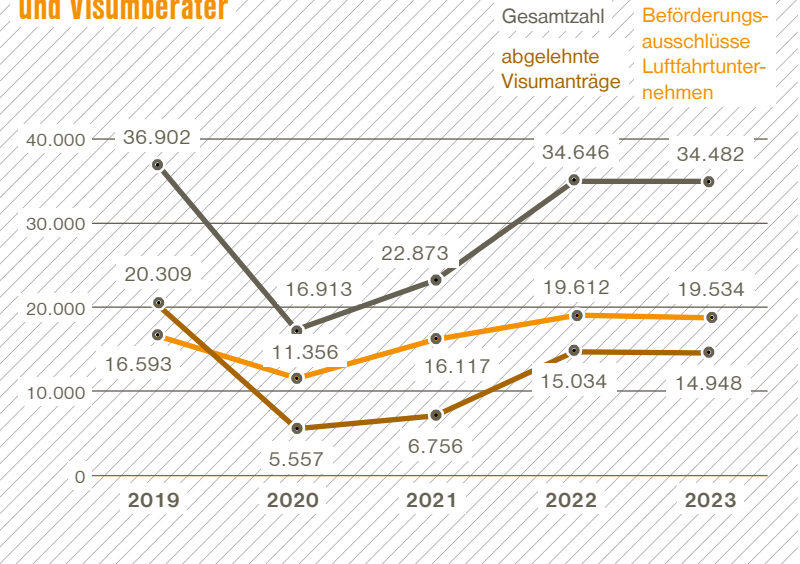
<sup>1</sup> Nebenakkreditierung, weiterer zu betreuender Staat.

## Dokumenten- und Visumberater

Dokumenten- und Visumberater (DVB) treten der illegalen Einreise nach Deutschland und in das Gebiet der Schengener Vertragsparteien bereits in Drittstaaten entgegen. Sie sind insbesondere auf das Erkennen von Dokumentenfälschungen spezialisiert und bilden einen wichtigen Teil der Vorverlagerungsstrategie zur Bekämpfung illegaler Migration. 2023 haben 73 DVB an 30 Standorten in 25 Ländern insgesamt 34.482 unerlaubte Einreisen im Ansatz verhindert. Hierzu fanden 64.747 Beratungen von Behörden und Organisationen an den Auslandsflughäfen und 41.094 Visaprüfungen statt. Im Ergebnis wurden 19.534 Beförderungsausschlüsse ausgesprochen und 14.948 Visumanträge abgelehnt. Es wurden 8.966 Beschäftigte verschiedener Luftfahrtunternehmen und Visastellen fachlich geschult.



## Verhinderte unerlaubte Einreisen durch Dokumenten- und Visumberater



## Gemeinsame Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit

Die Erhebung von Informationen und deren unmittelbarer Austausch mit den benachbarten Polizei-, Zoll- und Grenzbehörden ist entscheidend für die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. In insgesamt zehn Verbindungsstellen und Gemeinsamen Zentren (GZ) sind mehr als 100 Bundespolizeiangehörige für die Gewinnung, Verarbeitung und Steuerung von Informationen eingesetzt. Die Zusammenarbeit der GZ mit den Partnerbehörden ist entscheidend für alle Aufgabenbereiche der Bundespolizei. GZ bilden ein wichtiges Bindeglied zwischen Deutschland und den Anrainerstaaten.

## Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland

2023 wurden 37 Bundespolizeiangehörige als Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) an grenzpolizeilich bedeutsamen Flug- und Seehäfen in Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien und Kroatien eingesetzt. Ihre Aufgabe innerhalb der bilateralen Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der jeweiligen Staaten sowie verschiedenen Luftfahrtunternehmen beinhaltet die Verhinderung der Sekundärmigration nach Deutschland sowie die Bekämpfung von Urkunden- und Kfz-Sachwert-Delikten. Der Erfolg der GUA spiegelte sich auch 2023 deutlich in den Zahlen wider. Vor allem an den Flughäfen in Griechenland waren GUA an insgesamt 7.094 Beförderungsausschlüssen (davon 3.734 auf Flügen nach Deutschland) direkt beteiligt. Dabei wurden 48 Schleuser und 7.382 inkriminierte Dokumente erkannt. Den deutschen Flughafendienststellen wurden zusätzlich insgesamt 1.939 Personen im Kontext der Sekundärmigration (Verdacht der scheinlegalen Einreise) angekündigt. Im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt wurden GUA auf Anforderung des Auswärtigen Amtes über mehrere Wochen in einer zweistelligen Anzahl zur Unterstützung von Identitätsprüfungen während etwaiger Evakuierungsmaßnahmen an die deutsche Auslandsvertretung in Zypern entsandt.



## Missionen für den Frieden

Durchschnittlich 51 Bundes- und Landespolizisten sowie Angehörige des Bundeskriminalamtes und der Bundeszollverwaltung beteiligten sich im Jahr 2023 an 13 Friedensmissionen. Darunter waren drei Missionen der Vereinten Nationen und zehn der Europäischen Union. Ihr Einsatz diente unter anderem dem Schutz der Zivilbevölkerung sowie dem Auf- und Ausbau der Strukturen der Sicherheitsbehörden vor Ort und trug somit zur Stabilisierung von Krisenregionen bei. Damit wurde auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen geleistet.



**FRONTEX**  
EUROPEAN BORDER AND COAST GUARD AGENCY

### Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex

Die Zusammenarbeit Deutschlands mit Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, leistet einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit der europäischen Außengrenzen. Gemeinsam mit anderen nationalen Einheiten werden so die Grenzkontrollen und Sicherheitsmaßnahmen unterstützt, um eine effektive Kontrolle und den Schutz der EU-Grenzen zu gewährleisten.

Die Bundespolizei als größter Kontingentsteller der Mitgliedstaaten entsendet neben Personal auch Schiffe, Hubschrauber und anderes technisches Gerät zu Frontex. Die Polizeibeamtinnen und -beamten werden dabei auch außerhalb der EU, beispielsweise in Serbien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Montenegro, Albanien, Georgien, der Republik Moldau und Nordmazedonien eingesetzt.

Im Jahr 2023 wurden so 957 Beamtinnen und Beamte unter der Ägide von Frontex in Lang- und Kurzzeitverwendungen in insgesamt 28 Staaten entsandt.

### European Union Mission in Armenia (EUMA)

Die European Union Mission in Armenia (EUMA) ist eine nicht exekutive, nicht bewaffnete zivile Mission der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Anfang 2023 hat die EU mit aktiver Unterstützung Deutschlands die neue Mission auf armenischem Staatsgebiet entlang der internationalen Grenze unter Führung eines hochrangigen Beamten der Bundespolizei auf den Weg gebracht. Durch ihre unparteiische Präsenz und durch Gespräche mit den Menschen vor Ort soll die EUMA für mehr Stabilität auf beiden Seiten der Grenze sorgen. Die politische Situation zwischen Armenien und Aserbaidschan ist aufgrund des Bergkarabach-Konflikts nach wie vor angespannt. Besonders in der Grenzregion zu Aserbaidschan kommt es immer wieder zu Schusswechseln zwischen bewaffneten Kräften. Für die Mission besteht ein großes Interesse innerhalb der Mitgliedstaaten. Zahlreiche hochrangige Regierungsdelegationen haben die EUMA bereits besucht. Außenministerin Baerbock reiste am 4. November 2023 nach Armenien und nahm an einer Patrouillenfahrt in der Grenzregion zu Aserbaidschan teil. Aus Deutschland sind derzeit 10 Polizeibeamtinnen und -beamten des Bundes und der Länder sowie 6 zivile Experten zur EUMA entsandt. Die EU hat beschlossen, das Personal der EUMA in naher Zukunft von 103 auf insgesamt 209 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzustocken, um die operativen Fähigkeiten der Mission zu stärken.

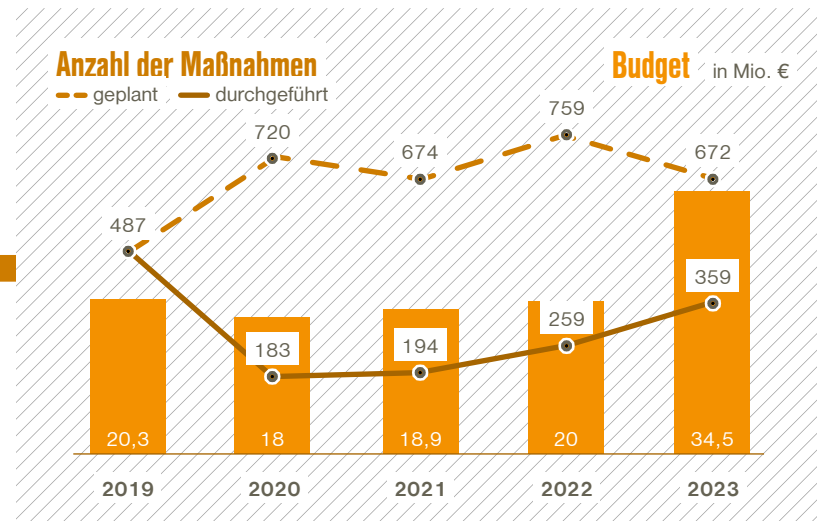


## Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation

Die Polizeiliche Aufbauhilfe (PAH) und Kooperation (PKO) dienen als Instrumente der internationalen Zusammenarbeit der bundespolizeilichen Vorverlagerungsstrategie insbesondere zur Bekämpfung der illegalen Migration und Schleusungskriminalität. Auch die Abwehr von Gefahren unter anderem auf den internationalen Luftverkehr oder durch Terrorismus und Piraterie sind wesentliche Inhalte. Damit leistet die Bundespolizei einen Beitrag zur ressortübergreifenden Strategie der Bundesregierung zur Sicherheitssektorreform (SSR) in Drittstaaten. Im Weiteren dient das Engagement zur Heranführung von EU-Beitrittskandidaten (insbesondere in der Region Westbalkan) an die Standards der Europäischen Union. Hierbei folgt die Bundespolizei stets ihren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundprinzipien unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte. PAH und PKO der Bundespolizei stellen damit einen messbaren und unverzichtbaren Beitrag zur deutschen Sicherheits- und Außenpolitik dar.

Die Maßnahmen der PAH und der PKO erfolgten 2023 in 64 Ländern überwiegend innerhalb der grenzpolizeilichen Aufgaben, der maritimen Sicherheit sowie der Luftsicherheitsaufgaben. Die geografischen Schwerpunkte lagen 2023 in den Staaten des Westbalkans, Nordafrikas und der Region des Nahen Ostens. Das Auslandsengagement orientiert sich dabei an geopolitischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die bundespolizeiliche Aufgabenwahrnehmung. In diesem Kontext ist das Engagement zur Unterstützung des ukrainischen Grenzschutzes sowie der israelischen Partnerbehörden hervorzuheben. In der Tunesischen Republik und dem Königreich Saudi-Arabien betreibt die Bundespolizei Projektbüros.

Die in der PAH und der PKO eingesetzten Experten vermitteln den ausländischen Partnerbehörden nach dem „Train-The-Trainer-Prinzip“ bundespolizeiliches Fachwissen. Sie fördern den Informations- und Erfahrungsaustausch sowie polizeiliche Fähigkeiten. Die Ausbildungshilfe wird durch maßgeschneiderte Ausstattungshilfen ergänzt. Diese umfassen unter anderem essenzielle Führungs- und Einsatzmittel.



## Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine

Die ukrainischen Grenzbehörden stehen vor herausfordernden Aufgaben. Zur Unterstützung des ukrainischen Grenzschutzes leistet die Bundespolizei seit Kriegsbeginn im Jahr 2022 mit Hilfsleistungen ihren Beitrag. Ein Teil dieser umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung ist die Polizeiliche Aufbauhilfe (PAH) der Bundespolizei. Das bundespolizeiliche Engagement ermöglicht die Ausstattung der ukrainischen Grenzpolizei mit Einsatzfahrzeugen, medizinischen Geräten sowie persönlicher Schutzausrüstung.



Finanziert von der Europäischen Union

## Finanzierungsinstrumente der Europäischen Union

### Dezentrale Fondsmittelverwaltung

In der europäischen Förderperiode des mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 stellt die Europäische Union mit dem „Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visapolitik (BMVI)“ für Deutschland etwa 160 Millionen Euro zur Umsetzung von Maßnahmen im Kontext des Grenz- und Visamanagements zur Verfügung. Diese Mittel werden im Bundespolizeipräsidium durch die „Verwaltungsbehörde BMVI“ verwaltet und unter Einhaltung der europäischen Förderkriterien an das Auswärtige Amt sowie an verschiedene Bundes- und Landesbehörden verteilt. Als wichtige Investition in die Sicherheitsarchitektur des integrierten Grenzmanagements konzentrieren sich die

Fördermaßnahmen mit rund 100 Millionen Euro auf die Informationstechnik für Smart Borders, von denen allein die Bundespolizei knapp 60 Millionen Euro für das Entry/Exit System (EES), das European Travel Information and Authorisation System (ETIAS) sowie das Grenzüberwachungssystem EUROSUR erhält. Entsendungen von Dokumenten- und Visumberater in Drittstaaten werden mit über 21 Millionen Euro gefördert.

### Zentrale Fondsmittelverwaltung

Neben den EU-Fördermitteln, die national in den Mitgliedstaaten verwaltet werden, vergibt die Europäische Kommission auch direkt Fördergelder und bezuschusst ausgewählte Projekte. In diesem

Kontext führen verschiedene Bundespolizeibehörden sogenannte „Union Actions“ gemeinsam mit europäischen Partnern durch. Diese werden mit Fördergeldern etwa aus dem Fonds für die innere Sicherheit (ISF) oder dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) kofinanziert. Damit unterstützt die Bundespolizei den Aufbau internationaler Ermittlungsteams, die Heranführung von Beitrittskandidaten der Europäischen Union an die grenzpolizeiliche Zusammenarbeit und die Nutzung polizeilicher Informationssysteme, die Polizeiliche Aufbauhilfe in Drittstaaten sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden.

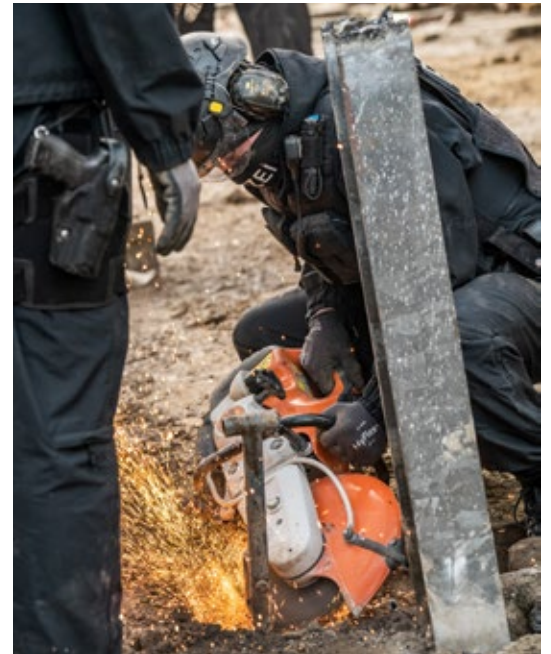


## Bilaterales Polizeiprojekt Tunesien

Bereits 2015 startete die Bundespolizei ein Pilotprojekt für Polizeiliche Aufbauhilfe (PAH) in Nordafrika. Seitdem ist das Projektbüro in Tunesien Ausdruck der (grenz-)polizeilichen Schwerpunktsetzung der Bundespolizei in Nordafrika und des Engagements innerhalb der Sicherheitssektorreform. Die dortige PAH unterstützt die tunesische Nationalgarde sowie die lokale Grenz- und Ausländerpolizei bei der professionellen Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Terrorismus. Integraler Bestandteil der Arbeit ist die Vermittlung demokratischer, rechtsstaatlicher Grundsätze sowie die Beachtung von Menschenrechten. Tunesien wird beim Grenzschutz, der Dokumenten- und Urkundensicherheit sowie in der Aus- und Fortbildung gefördert. Des Weiteren beteiligt sich die Bundespolizei an der Implementierung des EU-geförderten Projektes zur Stärkung der tunesischen Küstenwache.



Jahresrückblick 2023

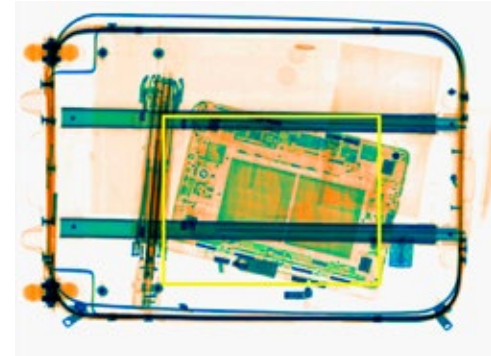


# Das Jahr 2023

Januar 2023

## Computertomografie für die Luftsicherheitskontrolle

Seit Januar 2023 werden durch die Bundespolizei erstmals Computertomografen in der Luftsicherheitskontrolle im Regelbetrieb eingesetzt. Vorausgegangen war eine zweijährige Erprobung der Technik. Computertomografie ermöglicht es, während des Kontrollprozesses dreidimensionale Bilder vom Handgepäck der Flugreisenden zu erstellen. Die Kontrollzeit wird somit erheblich verkürzt, da elektronische Gegenstände und Flüssigkeiten zukünftig im Gepäck verbleiben können. Computertomografen werden künftig flächendeckend an allen großen Verkehrsflughäfen in Deutschland eingesetzt.



Januar



Januar 2023

## Großplakat „All Cops Are Beautiful“

Mit außergewöhnlichen Werbemitteln will die Bundespolizei neue Zielgruppen erreichen und kommunizieren, dass der Polizeiberuf eine attraktive und sinnstiftende Tätigkeit ist. Mit dem Großplakat „All Cops Are Beautiful“ am Berliner Alexanderplatz und der gleichnamigen Social-Media-Kampagne wurden junge Menschen auf die Bundespolizei und ihre vielfältigen Beschäftigungsfelder aufmerksam gemacht. Der Wahlspruch lud bewusst zur kritischen Auseinandersetzung mit dem bekannten, diskreditierend besetzten Kürzel „A.C.A.B.“ ein.

Januar 2023

### Unterstützungseinsatz

Am 11. Januar 2023 begann die Räumung des besetzten, ehemaligen Dorfes Lützerath auf dem Tagebau-Gelände „Garzweiler II“. Die Bundespolizei unterstützte die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen mit Einsatzkräften sowie technischem Gerät.



Februar

März



März 2023

### Offizielle Indienststellung der Deutsch-Französischen Einsatzeinheit „Daniel Nivel“

Am 14. März 2023 wurde die Deutsch-Französische Einsatzeinheit „Daniel Nivel“, kurz DFEE, mit einer feierlichen Zeremonie offiziell in den Dienst gestellt. Die Veranstaltung musste pandemiebedingt mehrmals verschoben werden. Die DFEE ist wichtiger Pfeiler der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland und hat sich seit ihrer Gründung 2019 erfolgreich etabliert. Der Namenszusatz „Daniel Nivel“ wurde zu Ehren des französischen Gendarmen gewählt, welcher 1998 bei der Fußball-WM in Lens von deutschen Hooligans ins Koma geprügelt wurde und bis heute an den Folgen leidet.

März 2023

### Smartphone mit „schockierendem“ Feature

Am Flughafen Frankfurt am Main wurde während einer Luftsicherheitskontrolle ein Smartphone der besonderen Art gefunden. Der Entschärfungsdienst identifizierte den vorab als Gefahrenobjekt erkannten Gegenstand, welcher einem „iPhone“ ähnelte, als Elektroschocker. Der Elektroschock konnte durch die Betätigung eines Schiebeschalters in Kombination mit der Lautstärketaste ausgelöst werden. Mit diesem Gegenstand hätten Personen bis hin zur Bewegungsunfähigkeit geschädigt werden können. Das Gerät wurde beschlagnahmt. Gegen den Reisenden wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.



April



April 2023

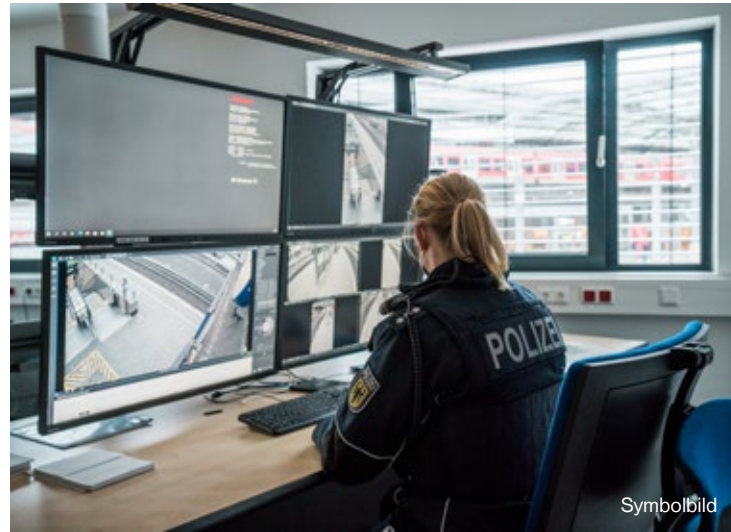
### Evakuierung aus dem Sudan

Im April 2023 eskalierte in der sudanesischen Hauptstadt Khartum der Konflikt zwischen staatlichen Streitkräften und einer paramilitärischen Gruppe. Die mit dem Schutz deutscher Auslandsvertretungen betraute Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei (PSA BPOL) gewährleistete eine fortlaufende polizeifachliche Unterstützung des Sicherheitsberaters der Auslandsvertretung in Khartum. Das Personenschutzkommando (PSK) der PSA BPOL wurde alarmiert sowie ein Krisenunterstützungsteam (KUT) unter Beteiligung der Bundeswehr gebildet. Gemeinsam evakuierten sie vom benachbarten Jordanien aus während einer Waffenruhe 700 Personen aus 30 Nationen, darunter 170 deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

April 2023

### Gesichtserkennungssystem überführt Schläger

Nach einem Körperverletzungsdelikt an einem Frankfurter Bahnhof konnten Fahnderinnen und Fahnder der Bundespolizei den Täter identifizieren. Er wurde während der Tat von Sicherheitskameras aufgezeichnet. Vorhandene Fahndungsbilder wurden in ein Gesichtserkennungssystem hochgeladen, mögliche Treffer der Software wurden ausgewertet und mehrfach mit Bildmappen verglichen. Auf diese Weise konnte der bis dahin unbekannte Beschuldigte identifiziert werden. Nach einem Beschluss zur Wohnungsdurchsuchung wurde nicht nur der Beschuldigte, sondern auch dessen auffällige Tatkleidung aufgefunden.



Symbolbild

Ma



Mai 2023

### Internationaler Polizei- und Rettungsdienstwettkampf „Rallye Rejviz“

Im Mai 2023 beteiligten sich Bundespolizisten am internationalen Polizei- und Rettungsdienstwettkampf „Rallye Rejviz“ in Tschechien. In den Disziplinen „Polizei“ sowie „Rettungsdienst“ mussten von den insgesamt 27 Teams herausfordernde Übungen bewältigt werden. Die sehr realitätsnah dargestellten Szenarien waren an Ereignisse der nahen Vergangenheit angelehnt. Sieger wurde die Slowakei. Das Team der Bundespolizei errang den 2. Platz, gefolgt von den polnischen Kollegen auf Platz 3.

2023

# Behältnisschleusungen – Im Kampf gegen ein menschenunwürdiges Geschäftsmodell

Laut der EU-Grenzschutzagentur Frontex hatte Europa 2023 die höchste Zahl irregulärer Einreisen seit 2015. Im zurückliegenden Jahr wurden von der Bundespolizei 127.549 unerlaubt in das Bundesgebiet eingereiste Personen festgestellt. Im Vergleich zu 2022 stellt dies einen Anstieg von etwa 39 Prozent dar.

Einen besonderen Schwerpunkt bei der Fahndung und Grenzkontrolle<sup>1</sup> bildet die Aufdeckung sogenannter Behältnisschleusungen. Im Jahr 2023 wurden bundesweit mehr als 1.200 Fälle mit insgesamt etwa 17.500 Geschleusten festgestellt. Dies stellt eine Verdoppelung der Fälle zum Vorjahr dar. Die Zahl der Geschleusten hat sich annähernd verfünffacht.

Der Begriff Behältnisschleusung beschreibt den menschenunwürdigen Transport von Personen mit Fahrzeugen in einer für den Personentransport nicht vorgesehenen Art und Weise. Daraus ergeben sich lebensgefährliche Situationen für die Geschleusten durch Sauerstoffmangel, Dehydrierung, Unterkühlung sowie eine erhöhte Verletzungsgefahr bei Unfällen. Die Geschleusten treten die Reise zumeist in Unkenntnis über diese Bedingungen an. International agierende Gruppierungen der Organisierten Kriminalität verstecken die Schleusungswilligen in Lkw oder Kleintransportern zwischen der Ladung. Teilweise werden auch herkömmliche Pkw mit bis zu einem Dutzend Menschen „beladen“. In stunden- oder sogar tagelangen Fahrten harren sie daraufhin bis zur Ankunft am Ziel aus. Ohne Sitzplatz und ohne Verpflegung – geschweige denn Sicherheitsgurte oder Pausen für die Notdurft.

<sup>1</sup>Am 16. Oktober 2023 wurden an den Landgrenzen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz vorübergehende Binnengrenzkontrollen eingeführt. Diese wurden vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) angeordnet und zuvor bei der Europäischen Kommission notifiziert.

## Großschleusung mit Todesfolge

13. Oktober 2023: Bundespolizeikräfte beabsichtigten in der Nähe von Töging am Inn (Bayern) die Kontrolle eines Kastenvagens mit österreichischer Zulassung. Der Fahrer, ein 24-jähriger staatenloser Palästinenser, versuchte sich der Kontrolle zu entziehen. Bei stark überhöhter Geschwindigkeit – ohne Rücksicht auf die im Fahrzeug befindlichen 23 Migrantinnen und Migranten – verlor er in einer Autobahnabfahrt die Kontrolle über das Fahrzeug. Es überschlug sich mehrfach. Am Unfallort leisteten die Kolleginnen und Kollegen sofort Erste Hilfe und konnten einer Person dadurch das Leben retten. Sieben Menschen starben – darunter auch ein 6-jähriges Kind. Alle anderen Betroffenen wurden in Kliniken eingeliefert. Die psychosoziale Notfallhilfe verschiedener Rettungsdienste betreute die vor Ort eingesetzten Kräfte. Die Staatsanwaltschaft Traunstein erwirkte gegen den Fahrer Haftbefehl unter anderem wegen Mordes. Bei Redaktionsschluss war noch kein Urteil ergangen.

## Schleuser wegen Mordes verurteilt

13. Juli 2023, Sachsen, Bundesautobahn 17, nahe der Grenze zu Tschechien: Bundespolizisten beabsichtigten die Kontrolle eines Kleintransporters. Der Fahrer versuchte jedoch mit überhöhter Geschwindigkeit unter anderem über ein Feld zu entkommen und verunfallte. Das Fahrzeug überschlug sich mehrfach. Im Laderaum des Transporters wurden acht Personen – darunter ein Kind – eingeklemmt und teils schwerst verletzt. Eine 25-jährige Frau starb noch am Unfallort. Der Fahrer, ein 22-jähriger Georgier, wurde nach kurzer Flucht zu Fuß mit Hilfe eines Polizeihubschraubers durch Bundespolizisten gestellt. Er ist polizeilich einschlägig bekannt und verbüßte bereits eine sechsmonatige Haftstrafe wegen Schleusungsdelikten.

Im März 2024 wurde der Georgier vom Landgericht Dresden wegen vollendeten Mordes in einem Fall sowie versuchten Mordes in sieben Fällen, siebenfacher gefährlicher Körperverletzung, Einschleusung von Ausländern mit Todesfolge in einem Fall sowie banden- und gewerbsmäßigen Einschleusens von Ausländern in fünf Fällen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht folgte damit dem Plädoyer der zuständigen Staatsanwaltschaft. Aufgrund der Tatsache, dass er die Verletzten im Unfallfahrzeug zurückließ und die Flucht antrat, sah das Gericht den Ansatz bestätigt, auf die Mordmerkmale einzugehen. Außerdem habe der Beschuldigte das Gerichtsverfahren gänzlich gefühls- und gewissenlos, sogar gelangweilt hingenommen. Die gemeinsame Arbeit mehrerer Bundespolizeiinspektionen brachte in diesem durch die Bundespolizei geführten Ermittlungsverfahren „Trafic“ wertvolles Beweismaterial in den Prozess ein. Die Auswertung sichergestellter Smartphones, Gesichtserkennungsrecherchen sowie Zeugenbefragungen flossen in die akribische Beweisführung ein und ermöglichten ein Urteil innerhalb von sechs Monaten.



Juni 2023

### Erneute Waldbrandbekämpfung aus der Luft

Auf Ersuchen einzelner Bundesländer halfen die Hubschrauber der Bundespolizei erneut bei der Waldbrandbekämpfung aus der Luft. Gemeinsam mit zahlreichen (Freiwilligen) Feuerwehren, Hilfsorganisationen sowie der Bundeswehr waren im Juni 2023 Hubschrauber der Bundespolizei in verschiedenen Regionen Deutschlands im Einsatz, um Waldbrände zu bekämpfen. Hierbei warfen die Hubschrauberbesatzungen bei 395 Anflügen insgesamt rund 711.000 Liter Löschwasser ab.



Symbolbild

Juni



Juni 2023

### Special Olympics World Games 2023

Die Eröffnungsfeier der Special Olympics World Games 2023 fand am 17. Juni 2023 im Olympiastadion in Berlin statt. Die An- und Abreise von rund 3.000 Athletinnen und Athleten aus den umliegenden Unterkünften erfolgte mit vier S-Bahn-Sonderzügen vom Berliner Ostbahnhof zum Olympiastadion und zurück. Täglich unterstützte die Bundespolizei die sichere An- und Abreise der Athletinnen und Athleten zu diesem Großereignis. Die Abreise eines Großteils der Athletinnen und Athleten erfolgte am 26. Juni 2023 vom Flughafen Berlin-Brandenburg. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, optimierte die Bundespolizei die Abläufe unter Hinzuziehung der Prozesspartner und sorgte für die reibungslose Ausreise der Teilnehmenden und ihrer Begleitpersonen. Aufgrund der Vielzahl und Größe der mitgeführten Sportausrüstung wurden alle Schnittstellen vom Check-in bis zum Abflug aufeinander abgestimmt.

Juli 2023

### Kein Sommerloch bei der Zielfahndung

Die Zielfahndung der Bundespolizei konnte im Juli 2023 gleich drei erfolgreiche Festnahmen verbuchen. Zunächst wurde in Zusammenarbeit mit den französischen Behörden ein wegen Computerbetrugs und Geldwäsche gesuchter kamerunischer Staatsangehöriger in Straßburg festgenommen. Wenig später wurde in Darmstadt ein Haftbefehl gegen einen flüchtigen syrischen Schleuser und Rauschgiftschmuggler vollstreckt, der später vom Landgericht Kassel zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt wurde. Schließlich konnte die bisher älteste Zielfahndung der Bundespolizei mit der Vollstreckung des Haftbefehls gegen eine iranische Schleuserin, die sich für den Tod von mehreren geschleusten Personen zu verantworten hat, in Wien beendet und die Auslieferung nach Deutschland vollzogen werden.

Juli

Juli 2023

### Neue Funktionskennzeichnung in der Bundespolizei - MED

Zur besseren Erkennbarkeit der Angehörigen des Polizeiärztlichen Dienstes (PÄD) wurde die Funktionskennzeichnung „MED“ - für „Medizin“ - eingeführt. Die Kolleginnen und Kollegen des PÄD sind nun an einer Kennzeichnung auf dem rechten Ärmel des Einsatzanzuges sowie auf dem Notfallrucksack zu erkennen. Im Bedarfsfall kann somit eine noch schnellere medizinische Versorgung in Einsatzlagen sichergestellt werden.





August 2023

### Super-Recogniser landen Treffer während Bundesliga-Match

Super-Recogniser der Bundespolizei unterstützten die Landespolizei Bremen anlässlich des Eröffnungsspiels zur Bundesligasaison. Ziel des Einsatzes war die Wiedererkennung und Identifizierung von Straftatverdächtigen nach zahlreichen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz während einer vorangegangenen Spielbegegnung. Es konnten mehrere straftatverdächtige Personen wiedererkannt werden. Durch die Landespolizei erfolgte anschließend die jeweilige Identitätsfeststellung für die weitere Ermittlungsarbeit.

August

September

August 2023

### 20 Menschen in Kleintransporter eingeschlossen

Ein weiterer rücksichtslos agierender Schleuser ging der Bundespolizei am 21. August 2023 in Burghausen (Bayern) ins Netz. Die Beamten kontrollierten nahe der Grenze zu Österreich einen Kastenwagen mit ungarischer Zulassung. Der Fahrer, ein 28-jähriger Syrer, konnte sich ordnungsgemäß mit seinem syrischen Reisepass und einem schwedischen Aufenthaltstitel ausweisen. In dem Fahrzeug wurden insgesamt 20 Frauen, Männer und Kinder syrischer Herkunft entdeckt, zusammengepfercht im Laderaum. Gegen den Fahrer hat die Bundespolizei ein Ermittlungsverfahren wegen Einschleusens von Ausländern unter lebensgefährdenden Umständen eingeleitet. Der Beschuldigte wurde einem Richter vorgeführt, der auf Untersuchungshaft entschied. Bei Redaktionsschluss war das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen.



September 2023

### 15 Jahre Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland

Im April 2008 beauftragte das Bundesministerium des Innern die Bundespolizei mit der Wahrnehmung des Personenschutzes für Botschafterinnen und Botschafter in Krisengebieten. Dies war die Geburtsstunde der heutigen Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland (PSA). Mit einem Festakt hat die Bundespolizei am 6. September 2023 vor etwa 200 geladenen Gästen das 15-jährige Bestehen der Dienststelle geehrt. Im Laufe der Zeit sind die Anforderungen an die Dienststelle PSA BPOL gewachsen. Auch das Aufgabenspektrum ist breiter geworden. Was mit einem Personenschutzauftrag in Gebieten mit erhöhter polizeilicher Gefährdungslage begann und später um den Hausordnungs- und Objektschutzdienst ergänzt wurde, hat sich zu einer Dienststelle mit integrativem Ansatz nach dem Leitgedanken „Sicherheit aus einer Hand“ entwickelt.

September 2023

### Nordic Medic Week

Vom 11. bis 15. September trainierte die GSG 9 der Bundespolizei anlässlich der Nordic Medic Week mit mehreren skandinavischen Spezialeinheiten Verfahren der Operativen Einsatzmedizin. An dem jährlich wiederkehrenden Training beteiligen sich Spezialeinheiten aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen sowie Schweden. Ziel der Zusammenkunft ist die gemeinsame Fortbildung, Entwicklung und Evaluierung von medizinischen Einsatzverfahren. Schwerpunkte bilden die Evakuierung aus unwegsamem Gelände, die Verletztendekontamination und die verlängerte Verletztenversorgung bis hin zur Aufnahme in ein Krankenhaus.

September 2023

### 468 unerlaubte Einreisen in 24 Stunden

Am 13. September 2023 stellten die Einsatzkräfte der Bundespolizeidirektion Pirna (Sachsen) bei Kontrollen in ihrem Zuständigkeitsbereich insgesamt 468 unerlaubt eingereiste Personen fest. Die Mehrheit (378 Personen) bildeten syrische Staatsangehörige. Dies stellt den bisher höchsten Wert an Feststellungen innerhalb eines 24-Stunden-Zeitraumes dar.



Oktober 2023

# Vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen

Seit dem 16. Oktober 2023 finden an den Landgrenzen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Tschechien und der Schweiz – zusätzlich zu den bereits seit September 2015 bestehenden Kontrollen an der Landgrenze zu Österreich – vorübergehend wiedereingeführte Binnengrenzkontrollen statt.<sup>1</sup> Diese wurden vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) angeordnet und zuvor bei der Europäischen Kommission notifiziert. Ursächlich waren stark ansteigende Migrationszahlen an den östlichen sowie südlichen Landesgrenzen und die damit verbundenen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Diese vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen werden grundsätzlich zeitlich und örtlich flexibel durchgeführt. Sie werden zusätzlich mit Maßnahmen der intensivierten Binnengrenzfahndung – der sogenannten Schleierfahndung – sowohl von der Bundespolizei als auch den Polizeibehörden der jeweiligen Bundesländer flankiert.

## Die Bilanz bis Jahresende

In der Zeit zwischen dem 16. Oktober und dem 31. Dezember 2023 hat die Bundespolizei an den vier Grenzabschnitten insgesamt 18.930 unerlaubte Einreisen festgestellt. Davon waren 9.626 Personen von einreiseverhindernden beziehungsweise aufenthaltsbeendenden Maßnahmen betroffen. Darüber hinaus wurden insgesamt 440 Schleuser festgestellt.

Zusätzlich konnten die eingesetzten Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei an den vier Grenzen seit Beginn dieser Grenzkontrollen 11.721 Personenfahndungstreffer erzielen. Dabei wurden 1.966 offene Haftbefehle vollstreckt. Die Einsatzkräfte erzielten ferner 1.237 Sachfahndungstreffer. Dazu zählen als gestohlen gemeldete Pässe oder Fahrzeuge. Darüber hinaus wurden zahlreiche Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie das Sprengstoff- oder Waffengesetz festgestellt.

440

Schleuser  
festgestellt<sup>2</sup>

1.966

offene Haftbefehle  
vollstreckt<sup>2</sup>

1.237

Sachfahndungstreffer<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Bei Redaktionsschluss (31. März 2024)

<sup>2</sup> 16. Oktober – 31. Dezember 2023





September 2023

### 16. September 2023 – Modernisierte Videotechnik an Bahnhöfen

Am 16. September 2023 kam es im Hauptbahnhof Mannheim bei der Anreise zu einem Fußballspiel zu einer direkten Begegnung von etwa 800 Anhängern der Fußballvereine Borussia Dortmund und Hamburger SV, darunter 420 sogenannte Risikopersonen. Nach dem gegenseitigen Erkennen nutzten beide Lager das Aufeinandertreffen spontan für eine massive körperliche Auseinandersetzung. Im Rahmen des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens konnte die Bundespolizei dank der hohen Qualität der am Bahnhof aufgenommenen Bilder der Videoüberwachungsanlage 240 Tatverdächtige erkennen und 163 Personen identifizieren (Stand 18. März 2024).

Oktober



Oktober 2023

### Tag der deutschen Einheit

Anfang Oktober 2023 richtete die Freie und Hansestadt Hamburg die zweitägigen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit aus. Rund um die Binnenalster wurde ein Bürgerfest mit mehr als 700.000 Besucherinnen und Besuchern veranstaltet. Die Bundespolizei gewährleistete mit 1.200 Einsatzkräften die Sicherheit für Bahnreisende.

Oktober 2023

### Angriff der Hamas auf Israel

Mit dem Angriff der als Terrororganisation eingestuftes radikalislamischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist erneut eine kriegerische Auseinandersetzung mit weitreichenden Auswirkungen im Nahen Osten ausgebrochen. Die zur Evakuierung eingesetzten Krisenunterstützungsteams des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Verteidigung wurden in Beirut, Larnaca, Tel Aviv, Amman, Kairo und Rafah durch Bundespolizisten unterstützt. Weiterhin unterstützt die Bundespolizei ihre israelischen Partnereinheiten unter anderem mit Schutzausrüstung und medizinischem Spezialgerät.

November 2023

### Koordinierungsstelle „Demokratische Resilienz“

Der anhaltende Trend zu gesellschaftlicher Polarisierung und extremistischen Bestrebungen stellt eine stetig wachsende Herausforderung für die freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Mit dem Ziel der Festigung und Stärkung der demokratischen Orientierung innerhalb der Bundespolizei wurde am 1. November 2023 die Koordinierungsstelle „Demokratische Resilienz“ im Bundespolizeipräsidium eingerichtet. Sie ist für dieses Thema der zentrale Anlaufpunkt im Bundespolizeipräsidium und arbeitet mit den fachlich zuständigen Organisationseinheiten und den Behörden des Geschäftsbereiches zusammen, um einen Überblick über die Ansätze und Maßnahmen zu gewährleisten und eine einheitliche, koordinierte Begleitung des Themas zu ermöglichen.

November 2023

### Cybersicherheitskonferenz CCICON23

Der Schutz digitaler kritischer Infrastrukturen gewinnt weiter an Bedeutung. Dieser Herausforderung begegnet die Bundespolizei mit Wissenstransfer, Zusammenarbeit und Innovation. Das Thema Cybersicherheit brachte im November 2023 zahlreiche sicherheitsrelevante Behörden bei der Konferenz „Cyber Counter Intelligence Conference 2023“ im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Swisttal zusammen. Mit über 100 Gästen aus internationalen Sicherheitsbehörden, Forschungs- und Firmenpartnern versammelte sich ein breites Spektrum von Fachleuten. Die Konferenz bot eine Plattform für den Wissensaustausch und die Diskussion von bewährten Praktiken, aktuellen Herausforderungen und innovativen Lösungen.

November

Dezember



Dezember 2023

### Besuch des Bundeskanzlers bei der Reiterstaffel

Am 4. Dezember 2023 besuchte Bundeskanzler Olaf Scholz als Mitglied des Deutschen Bundestages die Reiterstaffel der Bundespolizei in Stahnsdorf (Brandenburg). Anlässlich dieses Termins übernahm Bundeskanzler Scholz die Patenschaft für ein Dienstpferd und besiegelte dies durch die „Taufe“ des Tieres auf den Namen „Pacey“. Die Reiterstaffel wird bundesweit anlassbezogen in den verschiedenen Aufgabenfeldern eingesetzt. Dank der Expertise in der polizeilichen Arbeit mit Pferden ist die Dienststelle international geschätzte Ansprechpartnerin und verzeichnet eine Vielzahl von Informationsbesuchen.



## Personal und Ausstattung



# Personal der Bundespolizei

**54.723** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

**39.089**

Polizeivollzugs-  
beamtinnen und  
-beamte

**2.543**

Verwaltungs-  
beamtinnen und  
-beamte

**6.030**

Tarifbeschäftigte

**6.796**

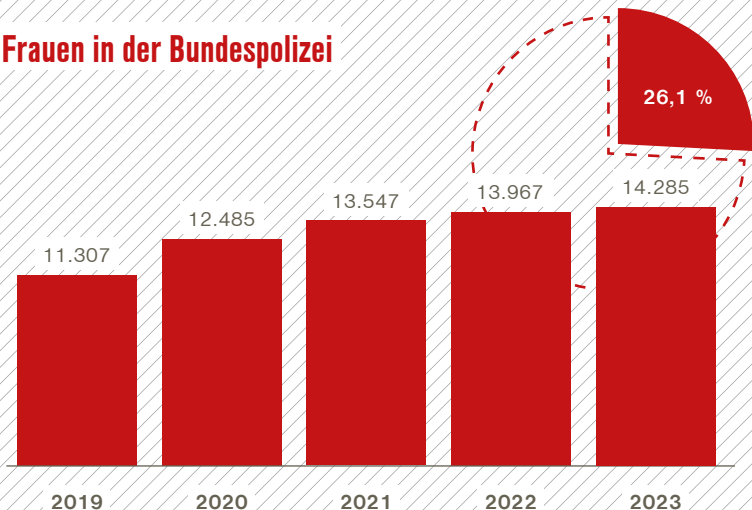
Anwärterinnen  
und Anwärter

**265**

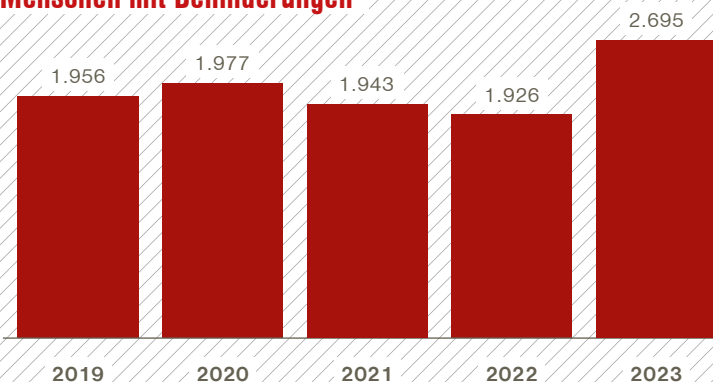
Auszubildende

Stichtag 31.12.2023

## Frauen in der Bundespolizei



## Menschen mit Behinderungen<sup>1</sup>



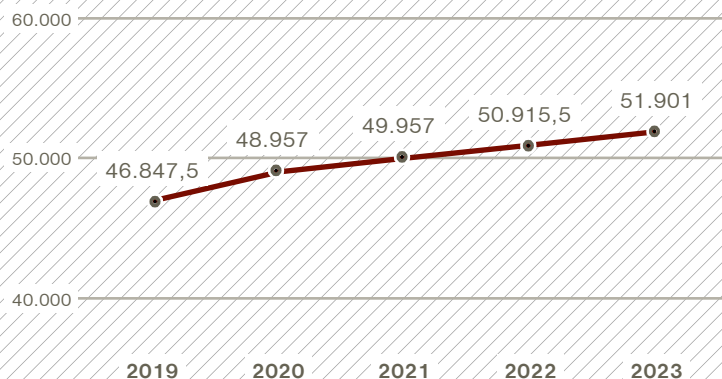
<sup>1</sup> 2019 – 2022 gemäß § 163 II SGB IX; 2023 gemäß § 2 Rahmeninklusionsvereinbarung der Bundespolizei.

# Personalhaushalt

## Stärkung der Bundesbereitschaftspolizei

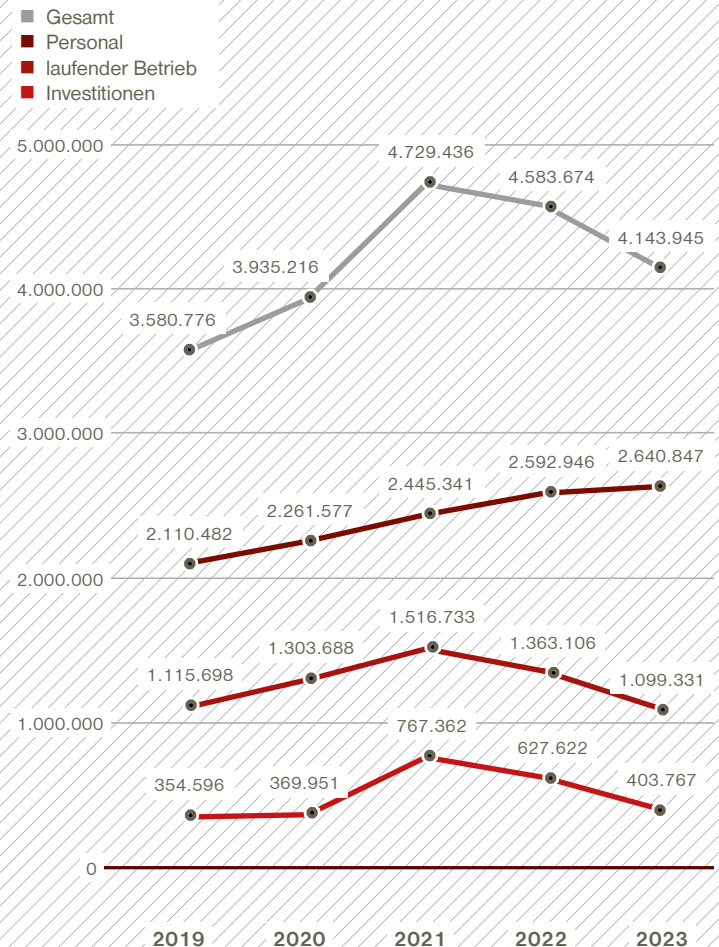
Die Bedeutung der Bundesbereitschaftspolizei als besonders flexible Komponente der Bundespolizei findet ihren Ausdruck auch insbesondere in der Zahl ihrer geleisteten Einsatzstunden. Nicht nur die Zahl der Einsatzstunden insgesamt ist seit 2021 um 32 Prozent gestiegen, sondern auch der Anteil, der zur Verstärkung der eigenen Bundespolizeibehörden geleistet wurde. Die Bundespolizei hat daraufhin durch den Haushaltsgesetzgeber zusätzliche Planstellen zur Aufstellung neuer Einheiten erhalten. Infolgedessen wurde im Jahr 2023 die Einrichtung von sechs zusätzlichen Einsatzhundertschaften angestoßen. Es konnten inzwischen etwa 850 Absolventinnen und Absolventen nach erfolgreichem Abschluss ihrer Laufbahnausbildung in ein Beamtenverhältnis auf Probe wiederingestellt werden. Somit wurde ein zügiger Personalwuchs erreicht. Gleichzeitig konnte durch die Schaffung neuer Einsatzeinheiten die Leistungsfähigkeit der Bundesbereitschaftspolizei gestärkt werden.

## (Plan-)Stellen im Haushaltsjahr



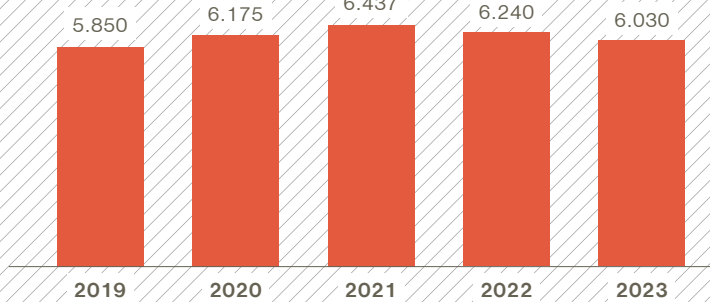
# Haushalt

## Entwicklung des Haushalts der Bundespolizei (in tausend Euro)

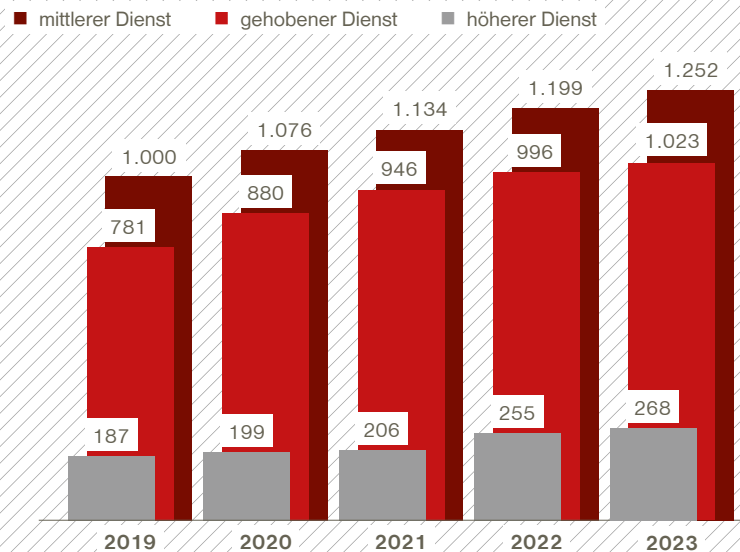


# Verwaltung

## Tarifbeschäftigte

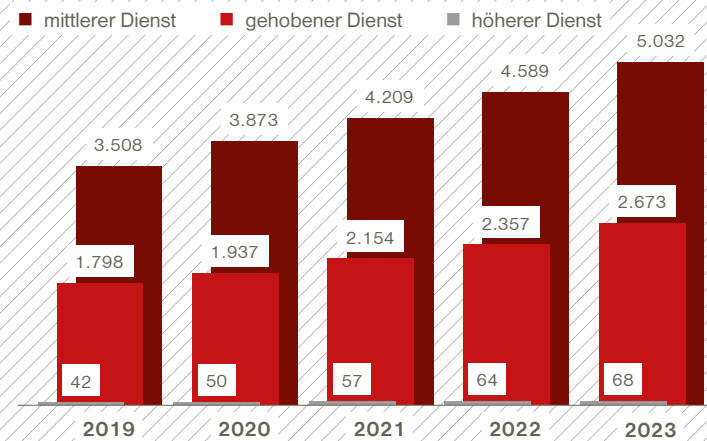


## Verwaltungsbeamtinnen und -beamte

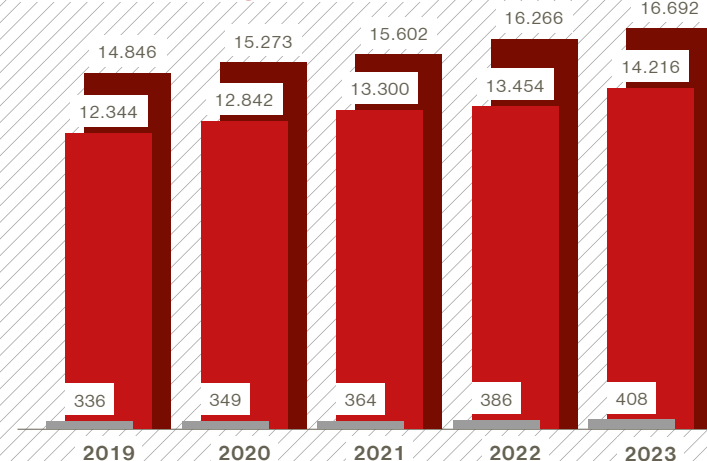


# Polizeivollzugsdienst

## Polizeivollzugsbeamtinnen



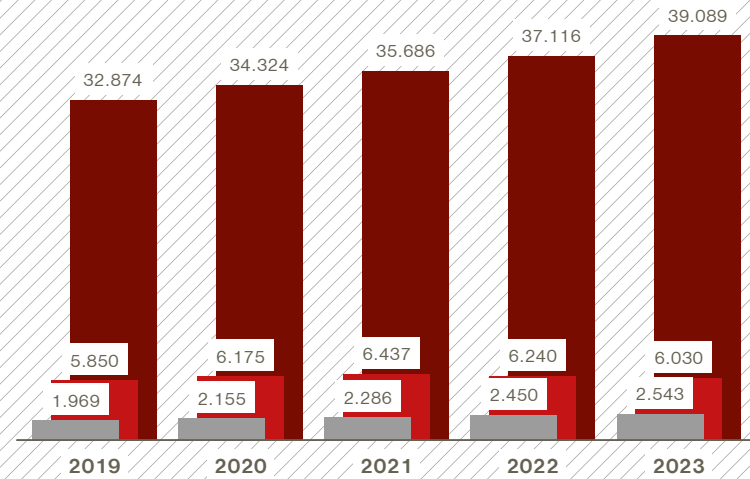
## Polizeivollzugsbeamte



## Personalstruktur der Bundespolizei

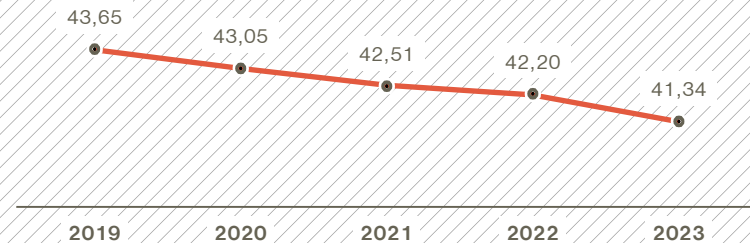
(ohne Anwärterinnen und Anwärter sowie Auszubildende)

- Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte
- Tarifbeschäftigte
- Verwaltungsbeamtinnen und -beamte



## Altersdurchschnitt

(ohne Anwärterinnen und Anwärter sowie Auszubildende)



# Nachwuchsgewinnung

Eine nicht alltägliche Werbekampagne der Bundespolizei für die Vielfalt des Polizeiberufes wurde in der deutschen Presse sowie in den sozialen Medien überwiegend positiv bewertet. Auch international wurde sie von verschiedenen europäischen Polizeibehörden honoriert. Im Januar 2023, zeitgleich mit der Modemesse Fashion Week, zeigte ein Großplakat am Berliner Alexanderplatz zwei Wochen lang sieben Bundespolizeiangehörige als „Models“. Der Slogan „All Cops Are Beautiful“ – zu Deutsch „Alle Polizisten sind schön“ – stand hier sinnbildlich für die Attraktivität der verschiedenen Tätigkeiten. Der Wahlspruch lud bewusst zur kritischen Auseinandersetzung mit dem bekannten, diskreditierend besetzten Kürzel „A.C.A.B.“ ein.

Die Bundespolizei X-Perience Tour, die 2022 ihre Premiere feierte, wurde 2023 intensiviert und von sechs auf elf Stationen erweitert. Mittels VR-Brillen wurden Einsatzszenarien der Bundespolizei virtuell und dreidimensional erlebbar gemacht. Sie zogen bei allen Terminen viele Interessierte an, die neben den Impressionen zusätzlich Informationen zum Polizeiberuf mit nach Hause nahmen.

Die tägliche Arbeit auf den Social-Media-Kanälen der Bundespolizei nimmt weiterhin einen wichtigen Stellenwert bei der Nachwuchswerbung ein. Die vielfältigen Aufgaben in der Bundespolizei werden hier zielgruppengerecht – und unterstützt durch persönliche Ansprache – präsentiert. So konnte die Social-Media-Redaktion die Followerzahlen auf Facebook, Instagram und YouTube weiter ausbauen.

Ein weiterer Meilenstein war die Implementierung der bundespolizei-eigenen Karriere-App. Im Design der Nachwuchskampagne können sich Interessierte über die Laufbahnen informieren und direkt online und offline mit Diktat, Quizfragen sowie anschaulichen Übungen zum Sporttest auf ihr eigenes Auswahlverfahren vorbereiten.



Facebook  
95.001



Instagram  
143.000



YouTube  
64.500







Mit Sicherheit  
vielfältig.  
komm-zur-  
bundespolizei.de

Willkommen bei der  
**Bundespolizei**  
Karriere App!

Infos & Training für deinen  
Karrierestart.  
Komm in unser Team!


FÜR WELCHE LAUFBAHN  
INTERESSIERST DU DICH?




**MITTLERER**  
Polizeivollzugsdienst  
Mehr Infos

**GEHOBENER**  
Polizeivollzugsdienst  
Mehr Infos

„Bundespolizei  
Karriere“-App



Google Play  
(Android)

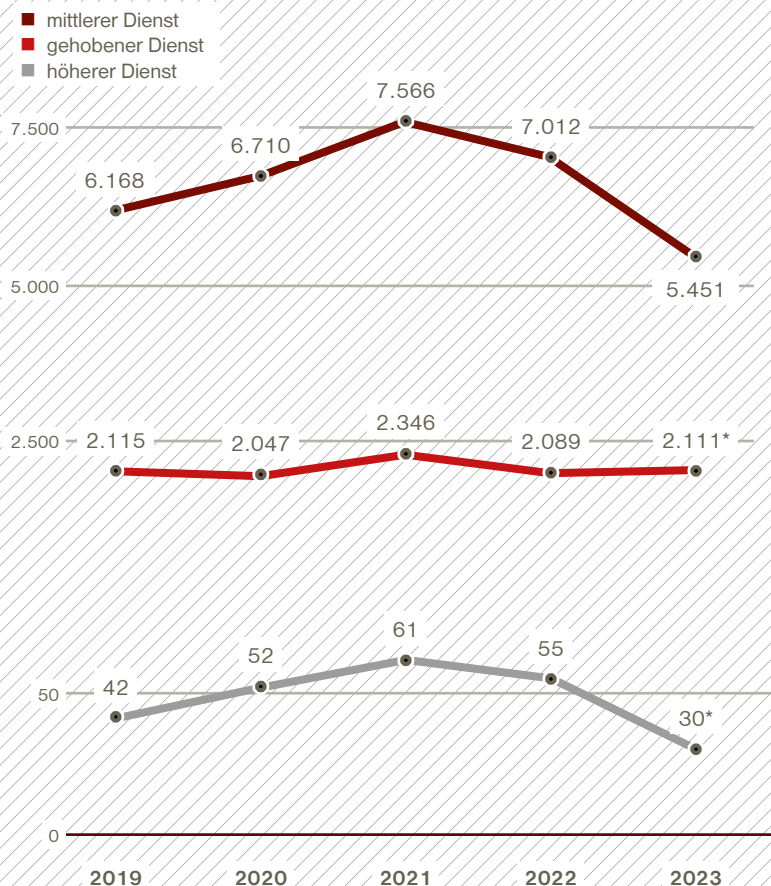


App Store  
(iOS)



# Aus- und Fortbildung

## Entwicklung der Ausbildungszahlen



\* In Ausbildung befindliche Anwärterinnen und Anwärter sowie Aufstiegsbeamte zum Stichtag 1. September 2023.

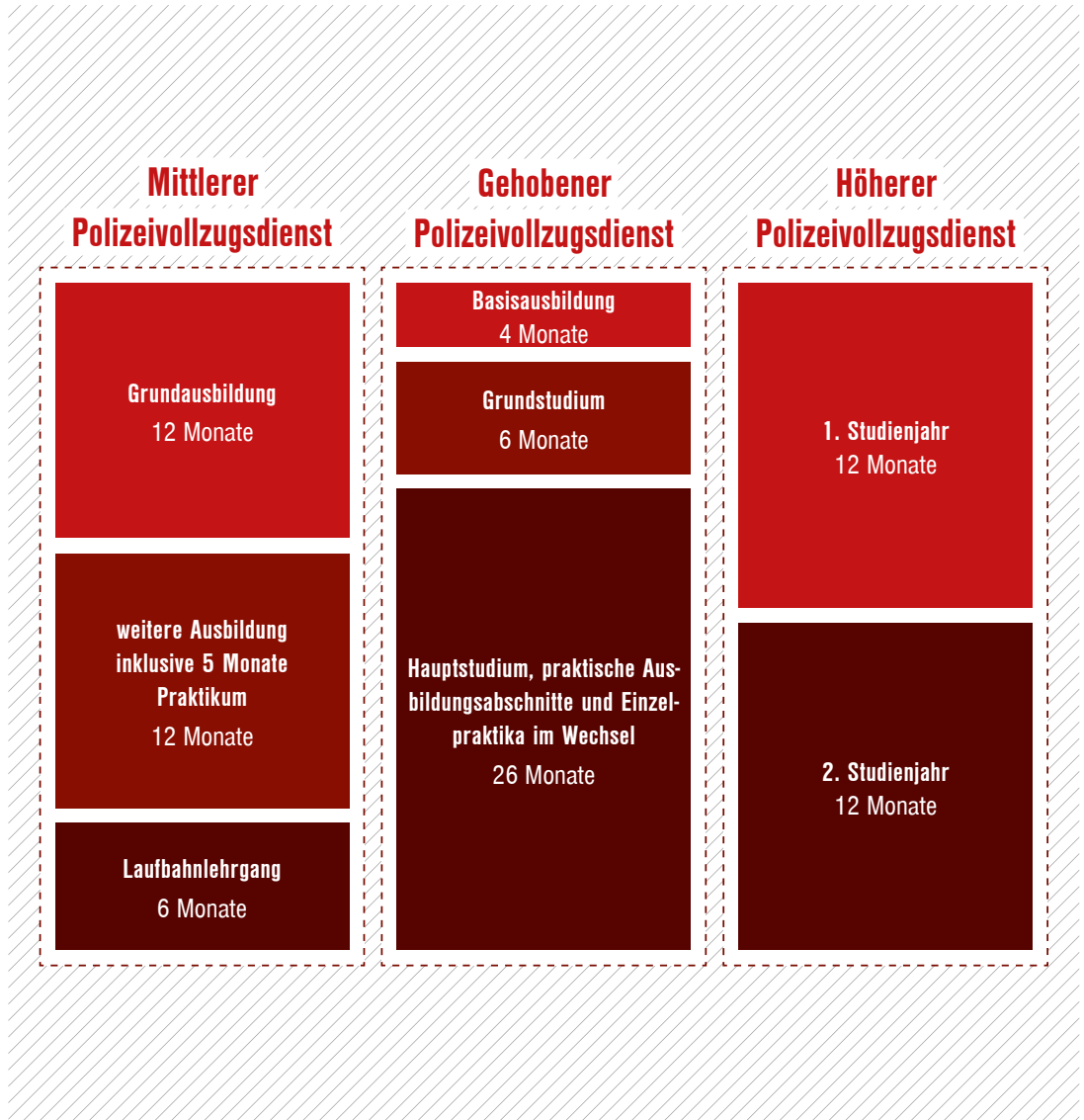
Der Bundestag, die Bundesregierung und das Bundesministerium des Innern und für Heimat haben für die Bundespolizei in den Jahren 2015 bis 2026 einen Aufwuchs von insgesamt rund 17.500 zusätzlichen Planstellen und Stellen vorgesehen. Hinzu kommen weitere rund 11.000 Neueinstellungen, um die Ruhestände und sonstigen Personalverluste zu kompensieren. In dieser Zeit stellt die Bundespolizei damit ca. 28.500 junge Frauen und Männer ein. Von 2015 bis 2030 stellt die Bundespolizei mehr als 41.000 Frauen und Männer in den mittleren und gehobenen Dienst ein.

Diese einzigartige Ausbildungsinitiative erforderte in der Vergangenheit und bedingt auch in den nächsten Jahren die Unterstützung der Einsatzorganisation, um die Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter erfolgreich ausbilden zu können. Die Einsatzbehörden und -dienststellen unterstützen die Ausbildungsorganisation, indem einsatzerfahrene Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte Lehrtätigkeiten übernehmen und die Anwärterinnen und Anwärter im Einsatzpraktikum an die praktische Polizeiarbeit heranzuführen.

Die Einstellungsoffensive der Bundespolizei ist anhaltend erfolgreich. Rund 13.700 Nachwuchskräfte haben im Zeitraum von 2018 bis 2023 in den Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren Bamberg, Diez, Neustrelitz, Eschwege, Walsrode, Oerlenbach und Swisttal sowie den Bundespolizeiausbildungsstätten Rotenburg an der Fulda und Bielefeld erfolgreich ihre Laufbahnprüfung zu Polizeimeisterinnen und Polizeimeistern sowie am Standort der Bundespolizeiakademie in Lübeck zu Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren absolviert. Die Absolventen verstärken seitdem die Bundespolizeidirektionen. Die neuen Kolleginnen und Kollegen helfen nun als Teil der insgesamt rund 55.000 Beschäftigten, die Sicherheit im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei zu gewährleisten.

Zum Stichtag 1. September 2023 haben sich insgesamt 6.980 Anwärterinnen und Anwärter in der Ausbildung befunden. Davon waren 5.451 im Vorbereitungsdienst für den mittleren, 1.517 für den gehobenen und 12 für den höheren Polizeivollzugsdienst. Daneben befanden sich 612 Beamtinnen und Beamte in der Aufstiegsausbildung für die nächst höhere Laufbahn.

# Laufbahnen in der Bundespolizei



# Amts- und Dienstbezeichnungen der Bundespolizei

## Mittlerer Polizeivollzugsdienst



Polizeimeisteranwärter/-in



Bundespolizeiliche Unterstützungskraft



Polizeimeister/-in (A 7)



Polizeiobermeister/-in (A 8)



Polizeihauptmeister/-in (A 9)



Polizeihauptmeister/-in (A 9 mZ)

Aufstiegsausbildung für den gPVD



hier: Polizeiobermeister/-in

Aufstiegsausbildung für den hPVD



hier: Polizeihauptkommissar/-in

## Gehobener Polizeivollzugsdienst



Polizeikommissaranwärter/-in



Polizeikommissar/-in (A 9 gD)



Polizeioberkommissar/-in (A 10)



Polizeihauptkommissar/-in (A 11)



Polizeihauptkommissar/-in (A 12)



Erste(r) Polizeihauptkommissar/in (A 13)



Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in in (A 13 gD mZ)

..... Bundespolizei See

..... Bundespolizei, allgemein

## Höherer Dienst



Polizeiratanwärter/-in



Polizeirat/-rätin



Polizeioberrat/-rätin



Polizeidirektor/-in



Leitende(r) Polizeidirektor/-in



Vizepräsident/-in einer  
Bundespolizeidirektion oder  
der Bundespolizeiakademie

Direktor/-in in der  
Bundespolizei



Vizepräsident/-in beim  
Bundespolizeipräsidium (B 5)

Präsident/-in einer  
Bundespolizeidirektion  
oder der Bundespolizei-  
akademie (B 3, B 4)



Präsident/-in des Bundes-  
polizeipräsidiums

## Sonstige Bereiche

### Medizinisches Personal



Medizinalrat/-rätin



Medizinaloberrat/-rätin



Medizinaldirektor/-in



Leitende(r)  
Medizinaldirektor/-in



Direktor/-in beim  
Bundespolizeipräsidium

### Verwaltungsdienst



Mittlerer Dienst



Gehobener Dienst



Höherer Dienst

### Bundespolizei-Orchester



Angestellte(r)



Leiter/-in

### Bundespolizei-Seeleorge



(Ober-)Pfarrer/-in



Dekan/-in der Bundespolizei

# Spitzensportförderung

## Bundespolizeisportschule Bad Endorf und Bundespolizeisportschule Kienbaum

Die Bundespolizei bietet mit ihren zwei Sportschulen Spitzensportlerinnen und -sportlern neben dem Polizeiberuf optimale Bedingungen für ihre sportlichen Karrieren. Auch 2023 verteidigten Bundespolizei-Athletinnen und -Athleten bei weltweiten Wettkämpfen ihre Spitzenpositionen und feierten große Erfolge.

## Das Sportjahr 2023

Das Sportjahr 2023 war für die 165 Bundespolizeisportlerinnen und -sportler von zahlreichen Weltmeisterschaften geprägt. Insgesamt erkämpften sie sich 52 Medaillen, darunter 15x Gold, 11x Silber und 6x Bronze. Bei den U23-, Junioren- und Jugendweltmeisterschaften holten sie 8 Gold-, 9 Silber- und 3 Bronzemedailles.

Vom 21. Juni bis 2. Juli 2023 fand in Polen in Krakau, den Regionen Kleinpolen und Śląsk die dritte Ausgabe der European Games statt. Diese waren für das Team Deutschland ein wichtiges Sprungbrett auf dem Weg zu den Olympischen Spielen 2024 in Paris. Viele Disziplinen wurden als Europameisterschaften ausgetragen oder galten als Qualifikation für die Olympischen Spiele. In fünf der geförderten Sportarten waren insgesamt zwölf Bundespolizei-Athletinnen und -Athleten vertreten, von denen die Hälfte den Sprung aufs Podest schaffte.

## Die Ausbildung und Weiterentwicklung an den Bundespolizeisportschulen

Mit der Dualen Karriere hat die Bundespolizei seit Einführung der Spitzensportförderung 736<sup>1</sup> Spitzensportlerinnen und -sportler in olympischen Sportarten gefördert und diese parallel zu Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des mittleren Dienstes ausgebildet. Der Ausbildungsplan ist an die Bedürfnisse des Spitzensports im Weltklasseformat angepasst und ermöglicht einen optimalen Wechsel zwischen der polizeifachlichen Ausbildung und der Trainings- und Wettkampfphase.

An beiden Standorten der Bundespolizeisportschulen werden hervorragende Rahmenbedingungen wie hochmoderne Schulungs- und Trainingsstätten, adäquate Unterkünfte und eine optimale Infrastruktur gewährleistet. Die Sportlerinnen und Sportler werden nach der Ausbildung für die Dauer ihrer sportlichen Laufbahn nahezu vollständig vom Einsatzdienst freigestellt. Der Praxisbezug zum Polizeivollzugsdienst bleibt durch jährliche Praktika in einer Behörde oder Dienststelle der Bundespolizei erhalten.

Für die berufliche Weiterentwicklung und Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung besteht seit 2020 die Möglichkeit, über ein verkürztes Aufstiegsverfahren in die Laufbahn des gehobenen Dienstes zu wechseln. Es haben bisher 38<sup>1</sup> ehemalige Spitzensportlerinnen und Spitzensportler diese Chance ergriffen und wechselten erfolgreich vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst.



Lea Sophie Friedrich

## Medaillenspiegel der European Games in Polen 2023

(in alphabetischer Reihenfolge)



### Gold

Timo Trummer

Kanu-Slalom,  
C1 Team (Herren)



### Silber

Erik Abramov  
Miriam Butkerei  
Losseni Kone

Judo, Team (Mixed)  
Judo, Team (Mixed)  
Judo, Team (Mixed)



### Bronze

Henrik Janssen  
Michelle Kroppen

Leichtathletik, Team  
Bogenschießen,  
Recurve Team (Mixed)

<sup>1</sup> Stichtag 31.12.2023

## Erfolge bei Weltmeisterschaften 2023 (in alphabetischer Reihenfolge)<sup>2</sup>



### Gold

Sascha Benecken	Rennrodeln: Doppelsitzer, Doppelsitzer/Sprint, Teamstaffel
Jessica Degenhardt	Rennrodeln: Doppelsitzer, Doppelsitzer/Sprint
Francesco Friedrich	Viererbob
Lea Sophie Friedrich	Bahnradspport: Teamsprint
Tim Hecker	Kanu-Rennsport: C2 500 m
Peter Kretschmer	Kanu-Rennsport: C2 500 m
Michelle Kroppen	Bogenschießen: Recurve Team
Felix Loch	Rennrodeln: Einsitzer/Sprint
Max Rendschmidt	Kanu-Rennsport: K4 500 m
Anna Rupprecht	Skispringen: Team (Normalschanze)
Alexander Schüller	Viererbob
Charline Schwarz	Bogenschießen: Recurve Team



### Silber

Moritz Adam	Kanu-Rennsport: C2 1000 m
Tobias Arlt	Rennrodeln: Doppelsitzer, Doppelsitzer/Sprint
Sebastian Brendel	Kanu-Rennsport: C1 5000 m
Pia Fink	Skilanglauf: Staffel 4 x 5 km
Francesco Friedrich	Zweierbob
Lea Sophie Friedrich	Bahnradspport: Sprint
Lisa Jahn	Kanu-Rennsport: C4 500 m
Michelle Kroppen	Bogenschießen: Recurved Team (Mixed)
Kira Lipperheide	Zweierbob
Alexander Schüller	Zweierbob



### Bronze

Sebastian Brendel	Kanu-Rennsport: C1 1000 m
Lea Sophie Friedrich	Bahnradspport: Keirin, Zeitfahren 500 m
Lisa Jahn	Kanu-Rennsport: C2 200 m
Albert Kuchler	Skilanglauf: Staffel 4 x 10 km
Karl Schulze	Rudern: Beach Sprint/Einer

<sup>2</sup> Ohne U23-, Junioren- und Jugendweltmeisterschaften.



Anna Rupprecht



Peter Kretschmer (li.) und Tim Hecker

# Ärztlicher und Sicherheitstechnischer Dienst



## Sicherheitstechnischer Dienst

Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Sifa) haben die Aufgabe, die Behördenleitungen in allen Fragen des Arbeitsschutzes einschließlich der menschengerechten Gestaltung der Arbeit zu unterstützen.

## Heilfürsorge

Sie bearbeitet Leistungsanträge der Heilfürsorgeberechtigten, gewährleistet die Abrechnung der medizinischen Leistungen und stellt die Aufbewahrung von ärztlichen Aufzeichnungen aller Vollzugsbeamtinnen und -beamten der Bundespolizei sicher.

## Polizeiärztlicher Dienst Einsatz

Dieser Dienst koordiniert bundesweit die notfallmedizinische Sicherstellung von Einsatzlagen. Legt verbindliche Grundsätze und Rahmenbedingungen für die medizinische Einsatzversorgung von der Ersten Hilfe über die (notfall-)medizinische Versorgung bis zur Nachsorge fest.

## Arbeitsmedizinischer Dienst

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist Ausdruck der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Mit dem Arbeitsmedizinischen Dienst wird die überregionale Betreuung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem Arbeitsschutzgesetz gewährleistet.



## Sozialwissenschaftlicher Dienst

Dieser Bereich trägt mit seinen Aufgaben und Angeboten in den Fachbereichen psychosoziale Unterstützung, Mediation, Einsatzbegleitung sowie der empirischen Forschung zur Gesundheit und Leistungsfähigkeit aller Beschäftigten bei.

## Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)

BGM ist die Gestaltung, Lenkung und Entwicklung betrieblicher Strukturen und Prozesse, um Organisation und Verhalten am Arbeitsplatz gesundheitsförderlich zu gestalten. Es soll den Beschäftigten sowie dem Arbeitgeber gleichermaßen zugutekommen.

### Sucht- und Sozialberatung

Ist eine Anlaufstelle innerhalb der Bundespolizei für eine Vielzahl sozialer Anliegen und Fragestellungen. Zu den Aufgaben gehören Beratung und Begleitung der Beschäftigten und der Führungskräfte.

### Polizeiärztlicher Dienst Aus- und Fortbildung

Ist für die medizinische Aus- und Fortbildung in der Bundespolizei zuständig und stellt die kurative sowie arbeitsmedizinische Versorgung an den Standorten der Bundespolizeiakademie sicher. Im Jahr 2023 wurden 3.383 Auswahluntersuchungen der Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeivollzugsdienst sowie 36 medizinische Lehrgänge mit 474 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.



603

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
im Ärztlichen, Sicherheitstechnischen  
und Sozialwissenschaftlichen Dienst

MED



### Sozialmedizinischer Dienst

Der Sozialmedizinische Dienst stellt gutachterlich alle beamtenrechtlichen Untersuchungen bei Einstellung, Lebenszeitverbeamtung sowie bei vermuteter Dienstunfähigkeit sicher.

63

Polizeiärztinnen und Polizeiärzte

126

Medizinische  
Fachangestellte

220

Polizeisanitäterinnen und  
Polizeisanitäter

28

Fachkräfte für  
Arbeitssicherheit

7

Physiotherapeutinnen und  
Physiotherapeuten

26

Mitarbeiterinnen und  
Mitarbeiter in den Sozial-  
wissenschaftlichen Diensten

44

Mitarbeiterinnen und  
Mitarbeiter in der Heilfürsorge

2023

1.611  
Einsätze

Davon kamen in **363** Fällen  
Polizeiärztinnen und  
Polizeiärzte zum Einsatz.

32.972  
geleistete Einsatzstunden

1.067  
Behandlungen



# Bundespolizeiseelsorge

Über das gesamte Bundesgebiet verteilt sind 28 Bundespolizeiseelsorgerinnen und -seelsorger für die knapp 55.000 Angehörigen der Bundespolizei ansprechbar, unabhängig von deren Religion, Konfession und Weltanschauung. Rund um die Uhr an 365 Tagen – auch an Weihnachten und Ostern.

Seelsorge bedeutet, als Gesprächspartner bereitzustehen. Dabei nutzen die langjährigen Erfahrungen aus der seelsorglichen Begleitung von Menschen in den unterschiedlichsten Krisenmomenten des Lebens. Seelsorge ist in höchstem Maße diskret. Schweigepflicht und Beichtgeheimnis sind Garanten dafür, dass die Vertraulichkeit dauerhaft und unverbrüchlich gewahrt ist.

Mit ihren vielfältigen Tagungsangeboten bietet die Bundespolizeiseelsorge regelmäßig Veranstaltungen an, bei denen Stärkung und Orientierung für den alltäglichen oder einen besonders herausfordernden Dienst im Mittelpunkt stehen.

Die Seelsorgerinnen und Seelsorger der Bundespolizei wirken bereits in der Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst mit. Der berufsethische Unterricht ist eine Grundlage dafür, dass polizeiliche Arbeit gut fundiert und verantwortlich stattfinden kann.

Mit ihrer flexiblen Einsatzbegleitung sind Bundespolizeiseelsorgerinnen und Bundespolizeiseelsorger direkt vor Ort und stehen Betroffenen zur Seite – gerade dann, wenn ein Einsatz droht, besonders belastend zu werden.



# Führungs- und Einsatzmittel



93

pneumatische  
Einsatzzelte



28

Dienstpferde



434

Diensthunde



101.920.587  
gefahrte Kilometer



3.266

Streifenfahrzeuge



davon 35 mit  
alternativem Antrieb



126

Busse



1.777

Einsatzfahrzeuge der  
Bundesbereitschaftspolizei



15

Wasserwerfer



166

Motorräder



635

Fahrräder



4

Segways



2

Schneemobile



92

Rettings-  
fahrzeuge

# Hubschrauber



21.349

Flugstunden



24

Aufklärungs- und Beobachtungshubschrauber



19

leichte Transporthubschrauber



23

mittlere Transporthubschrauber



10

einmotorige Schulungshubschrauber



18

Zivilschutz-Hubschrauber

Die Bundespolizei betrieb 2023 94 Hubschrauber unterschiedlicher Typen. 76 von ihnen wurden für die alltäglichen bundespolizeilichen Aufgaben genutzt. Eine ständige Bereitschaft ermöglicht den kurzfristigen Einsatz in besonderen polizeilichen Lagen, etwa für die GSG 9 der Bundespolizei. Darüber hinaus können Hubschrauber zur Katastrophenhilfe auf Anforderung einzelner Bundesländer eingesetzt werden, etwa bei Hochwasser oder Waldbränden. Die technische Instandhaltung der Bundespolizeihubschrauber erfolgt überwiegend durch eigenes Fachpersonal an fünf Standorten deutschlandweit. Hinzu kommen 18 Zivilschutz-Hubschrauber des Bundes, die von Piloten der Bundespolizei geflogen und durch das luftfahrttechnische Personal der Bundespolizei gewartet werden.



# Schiffe



163.064  
gefahrere Seemeilen



7  
hochsee-  
taugliche  
Einsatzschiffe



5  
Kontroll- und  
Streifenboote  
davon 2 im  
Auslandseinsatz



29.589  
Einsatzstunden  
auf See

Die Bundespolizei See nimmt polizeiliche Aufgaben auf Nord- und Ostsee wahr. Dazu zählen Grenzüberwachung, Kriminalitätsbekämpfung, Eingreifen bei Gewalttaten oder terroristischen Anschlägen, umweltpolizeiliche und Zollaufgaben sowie Unterstützung des Havariekommandos des Bundes und der fünf Küstenländer im Rahmen der maritimen Notfallversorgung. Hierzu verfügt die Bundespolizei See über vier hochseetaugliche Einsatzschiffe der „Potsdam-Klasse“ (Typ P86). Das jüngste Schiff, die BP 84 „Neustadt“, wurde im Sommer 2023 in Dienst gestellt. Hinzu kommen zwei der „Bad Bramstedt-Klasse“ (Typ P66). Für den küstennahen Bereich verfügt die Bundespolizei über fünf Kontroll- und Streifenboote. Diese wurden zwischen 2006 und 2008 gebaut beziehungsweise in Dienst gestellt.

## Bundespolizei zukünftig mit eigenem Schulschiff

Mit der Indienststellung der BP 84 ergaben sich erhöhte Aus- und Fortbildungsbedarfe. Die Anforderungen an das maritime Fachpersonal steigen. Es wurde daher beschlossen, das Einsatzschiff BP 26 „Eschwege“ zu einem Mehrzweckschulschiff umzubauen. Seit August 2023 werden umfangreiche Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen für die künftige Nutzungsausrichtung als Schulschiff vorgenommen. Die Bundespolizei See verfügt somit ab 2024 erstmals über ein hochseetaugliches Schulschiff.

## Frontex-Mission „Poseidon“

Bereits seit 2016 unterstützt die Bundespolizei die griechischen Behörden bei der Kontrolle der EU-Außengrenze in der Ägäis im östlichen Mittelmeer. Zwei Kontroll- und Streifenboote der Bundespolizei sind Teil der „Frontex Joint Operation Poseidon“. Die Hauptaufgaben ihrer Besatzungen sind die Verhinderung der illegalen Migration und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Schleuserkriminalität. Die beiden Einheiten haben nach gut sieben Jahren Einsatz einen neuen Stützpunkt erhalten. Sie wurden mit Verlegung des deutschen Einsatzkontingentes Ende März 2023 von der griechischen Insel Samos auf die circa 70 Kilometer südöstlich gelegene Insel Leros verlegt.



## Sprech- und Datenfunk

### Mission: Stärkstes Mobilfunknetz Deutschlands

Für die Einsatzkommunikation ist eine leistungsstarke Funkverbindung enorm wichtig. Die Bundespolizei nutzt das besonders ausfallsichere, leistungsstarke sowie abhörsichere BOS-Digitalfunknetz. Dieses ist auch bei den Polizeien der Länder, der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und weiteren Sicherheitsbehörden aus Bund und Ländern im Einsatz. Betreiber dieses Netzes ist die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS). Der BOS-Digitalfunk wurde in den letzten Jahren maßgeblich ausgebaut, um auch in entlegensten Winkeln eine stabile Kommunikation zu gewährleisten – auch an Orten wie weitläufigen Waldgebieten, U-Bahn-Tunneln oder Gebäuden mit schlechten Bedingungen für herkömmliche Funkstrecken.

### Funkmessdienst: Die Signalverbesserer

Auch unter extremen Bedingungen muss die Einsatzkommunikation zuverlässig funktionieren. Der Funkmessdienst der Bundespolizei überprüft anlassbezogen, wie stabil und leistungsstark die Funkversorgung in einem spezifischen Einsatzbereich ist. Somit können in unterversorgten Bereichen technische Maßnahmen initiiert und damit Anforderungen an die notwendige Einsatzkommunikation erfüllt werden. Dieser Service wird auch anderen Behörden zur Verfügung gestellt. Von diesen Überprüfungen profitieren Einsatzkräfte während des regulären Dienstes, aber vor allem in besonderen Einsatzlagen. Dazu zählen Großereignisse.



1.741  
Überzieh-  
schutzwesten



50.693  
Unterzieh-  
schutzwesten



57.901  
P30 BPOL



12.190  
MP5



922  
Sonderwaffen



64  
Distanz-Elektro-  
impulsgeräte  
(in der Erprobung)

# Einzeildienstausstattung



# Abkürzungsverzeichnis

BFE	Beweissicherungs- und Festnahmeinheit	GSG 9 BPOL	GSG 9 der Bundespolizei
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	GUA	Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland
BPOL	Bundespolizei	gZ	Gehobener Dienst Zulage
BPOLABT	Bundespolizeiabteilung	GZ	Gemeinsames Zentrum
BPOLAFZ	Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum	h	Stunden
BPOLAST	Bundespolizeiausbildungsstätte	IT	Informationstechnik
BPOLD	Bundespolizeidirektion	KB	Kriminalitätsbekämpfung
BPOLFLS	Bundespolizei-Fliegerstaffel	kg	Kilogramm
BPolG	Bundespolizeigesetz	km	Kilometer
BPOLI	Bundespolizeiinspektion	LIES	Länderspezifisches Informations- und Erkenntnisssystem
BPOLSPSCH	Bundespolizeisportschule	MFE	Mobile Fahndungseinheit
BPOLTZK	Bundespolizeitrainingszentrum Kühroinhaus	Mio.	Millionen
Covid-19	Infektionskrankheit SARS-CoV-2 – Coronavirus	MKÜ	Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit
DNA	desoxyribonucleic acid – Desoxyribonukleinsäure	Mrd.	Milliarden
DVB	Dokumenten- und Visumberater	mZ	Mittlerer Dienst Zulage
ED	Erkennungsdienst	OWi	Ordnungswidrigkeit
ETIAS	European Travel Information and Authorisation System – Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem	PBL	Personenbegleiter Luft
EU	Europäische Union	PES	Polizeiliche Eingangsstatistik
Europol	Polizeibehörde der Europäischen Union	PNR	Passenger Name Record
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache	PSA BPOL	Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei
		VB BPOL	Verbindungsbeamte der Bundespolizei
		WM	Weltmeisterschaft

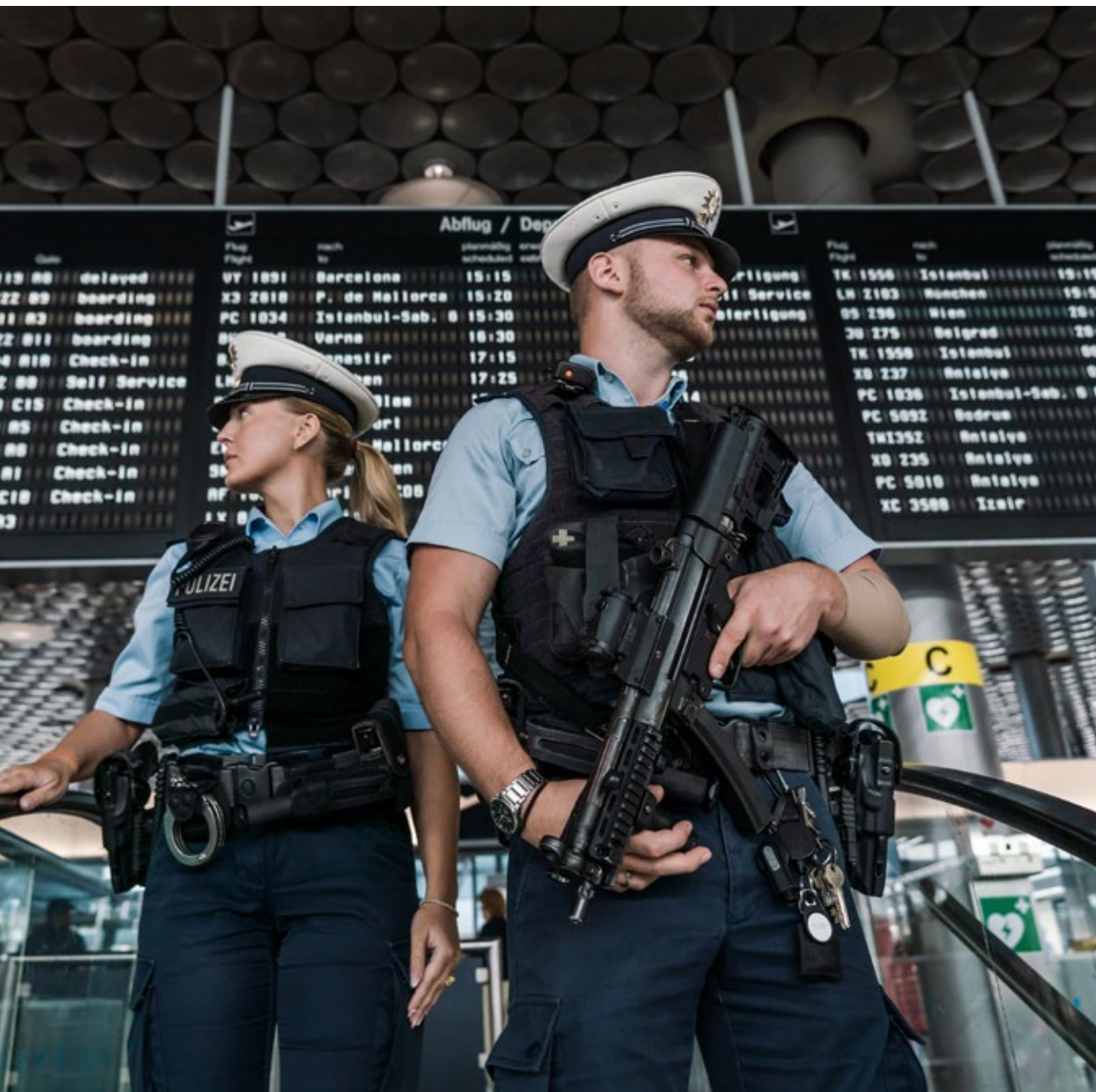


[bundespolizei.de/mediathek](https://bundespolizei.de/mediathek)



[komm-zur-bundespolizei.de](https://komm-zur-bundespolizei.de)





## Impressum

### Herausgeber

Bundespolizeipräsidium  
 LS 2 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
 Heinrich-Mann-Allee 103  
 14473 Potsdam  
 Tel. +49 331 97997-9410  
 Fax +49 331 97997-9321  
 presse@polizei.bund.de  
 www.bundespolizei.de  
 V.i.S.d.P.: Gero von Vegesack

### Redaktion

Helvi Abs, Sebastian Kalabis

### Layout, Satz und Foto

Barbara Blohm, Jakob Maibaum, Alexandra Stolze  
 Bundespolizeipräsidium, Referat 66 – Medien

### Lektorat

Textagentur Dr. Swen Wagner, Gladbeck

### Bildnachweis

Alle Bilder Bundespolizei, außer:  
 alle Icons von Flaticon;  
 S. 4 BMI/Henning Schacht; S. 28 picture alliance/SZ  
 Photo/Claus Schunk; S. 53 picture alliance/FotoMedien  
 Service/Ulrich Zillmann; S. 54 oben picture alliance/dpa/  
 Matthias Balk, unten picture alliance/photothek/Thomas  
 Trutschel; S. 57 unten picture alliance/dpa/Simon  
 Kremer; S. 66 oben Special Olympics World Games  
 Berlin 2023 Organizing Committee gGmbH, Juri Reetz;  
 S. 69 picture alliance/dpa/Hannes P. Albert; S. 73 Janine  
 Schmitz/photothek.de; S. 86 picture alliance/frontal-  
 vision/Arne Mill; S. 87 oben picture alliance/dpa/Daniel  
 Karmann, unten picture alliance/dpa/Marius Becker

Alle Rechte vorbehalten.

Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen  
 schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

### Druck

Köllen Druck+Verlag GmbH, 10115 Berlin

### Auflage

6.300 Exemplare in deutscher Sprache,  
 2.600 Exemplare in englischer Sprache.



**BUNDESPOLIZEI**